



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„EXPO `95 – Medien und Politik im Kampf um die
Meinungsführerschaft im Vorfeld der Volksbefragung
in Wien 1991“

verfasst von / submitted by

Julia Müllner, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien/ Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Deutsch
UF Geschichte, Sozialkunde und
Politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig und ohne die Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmitteln verfasst habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 29.2. 2016

Unterschrift:

Julia Müllner

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich zuallererst bei meinen Eltern bedanken, die mich immer unterstützen und es mir ermöglicht haben, ohne Druck meinen Weg zu gehen. Danke für alles!

Besonderer Dank gilt auch Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb, der mir immer wieder Denkanstöße geliefert und geduldig auf Ergebnisse gewartet hat.

Bedanken möchte ich mich außerdem bei Felix Josef von der Firma TRICONSULT, der mir ganz unbürokratisch Zugang zu seinem Archiv gewährt hat.

Ein großes Dankeschön gebührt auch meinem Partner Hannes, der alle meine Launen ertragen und mich beständig bestärkt hat weiterzumachen.

Danke auch an meinen Bruder Bernhard, der immer wieder mein technisches Unvermögen kompensieren musste.

Außerdem möchte ich mich noch bei meiner Tante Waltraud und meinen Freundinnen Babsi, Claudia, Theresa und Mildred bedanken, die immer ein offenes Ohr für mich hatten und mir sehr viel Mut und Kraft gegeben haben.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1. Ziele der Arbeit.....	6
1.1. Forschungsleitende Fragestellungen.....	6
2. Methodik.....	8
2.1. Metaphernanalyse.....	8
2.1.1. Die aristotelische Metapher.....	8
2.1.2. Die dekonstruktive Metaphernanalyse.....	9
2.2. Agenda Setting.....	9
2.2.1. Die Anfänge – Chapel Hill.....	10
3. EXPO '95 – Chronologie der Ereignisse.....	12
3.1. Von der Grundidee zur Bewerbung beim B.I.E.....	13
3.1.1. Die Positionen der Parteien im Wiener Landtag.....	14
3.1.2. Der Verein Weltausstellung.....	15
3.2. Die Vorbereitungsphase – grünes Licht für die EXPO '95.....	16
3.2.1. Brücken in die Zukunft.....	17
3.2.1.1. Die Brücken-Metapher.....	18
3.2.1.2. Brücken ins Nichts – Die Sinnfrage.....	19
3.3. Von der Ambition zur Resignation.....	20
4. Die EXPO Vienna AG.....	23
4.1. Gründung und Aufgabenbereich.....	23
4.2. Information und Argumentation zur Volksbefragung.....	24
4.2.1. Flugblatt der EXPO-Vienna AG.....	25
4.2.2. JA zur EXPO.....	26
5. Die politische Situation Österreichs 1988 – 1991.....	29
5.1. Von Gewinnen der FPÖ und EG-Beitrittsüberlegungen.....	29
5.2. EG- Beitrittsansuchen und Krise in der ÖVP.....	30

5.3. Eine neue geografische Ordnung für Europa.....	31
5.4. Wandel in (Ost-) Europa und ein neuer Konflikt in Jugoslawien.....	31
6. Medien und Politik im Vorfeld der Volksbefragung 1991.....	33
6.1. Volksbefragung als Wahlkampfmittel.....	34
6.2. Vorgehen und Einstellungen der einzelnen Parteien.....	35
6.2.1. Die Argumentation der FPÖ.....	35
6.2.2. Die Interessen der SPÖ.....	36
6.2.3. Der Kurs der ÖVP.....	37
6.2.4. Die Einstellung der Grünen.....	38
6.3. Der Einfluss der Bürgerinitiativen	40
6.3.1. Die Bürgerinitiative gegen Donau(alp)traum.....	40
6.3.2. Komitee zur Verhinderung der EXPO/2.Wiener City und Förderung von Alternativen.....	41
7. Medienberichterstattung im Zusammenhang mit der EXPO '95.....	42
7.1. Die Berichterstattung in der Anfangsphase der Planung	42
7.2. Die Berichterstattung im Vorfeld der Volksbefragung.....	44
7.2.1. Neue Kronen Zeitung.....	44
7.2.2. Der Standard.....	45
7.2.3. profil.....	46
8. Stimmungsbarometer und Meinungsumfragen 1990.....	47
8.1. Grundeinstellung zur EXPO Anfang 1990.....	47
8.2. Argumente pro EXPO.....	48
8.3. Argumente contra EXPO.....	49
8.4. Forschungsprojekt Ausländerfeindlichkeit.....	50
8.4.1. Ausländerfeindlichkeit – politischer Umbruch im Osten Europas.....	51
8.4.2. Die „Ausländerfrage“	52
8.5. Die Frage der Finanzierbarkeit.....	53
8.5.1. Die Stimmung in Ungarn Ende 1990.....	53

9. Analyse.....	55
9.1. Metaphern zur EXPO	55
9.1.1. EXPO-Metaphern in der Politik.....	55
9.1.1.1. Das Monsterprojekt.....	55
9.1.1.2. Das Prestigeprojekt.....	57
9.1.2. EXPO- Metaphern in Printmedien.....	58
9.1.2.1. Die Trägerrakete.....	58
9.1.2.2. Die Eintrittskarte.....	58
9.2. Metaphern zu Hans Mayr.....	59
9.2.1. Die Vaterfigur.....	59
9.2.2. Weitere metaphorische Vergleiche.....	61
9.3. Budapest und die EXPO-Zweifel.....	62
9.3.1. Die EXPO war tot – es lebe die EXPO.....	64
9.4. März 1991 – Eintritt in die heiße Phase.....	64
9.4.1. Die Causa Günther Sallaberger.....	64
9.4.1.1. Metaphern in Bezug auf die Causa Günther Sallaberger.....	65
9.4.2. Beschluss der Volksbefragung.....	66
9.4.2.1. Das EXPO- Wetter.....	67
9.4.2.2. Der Befragungswalzer.....	67
10. Agenda Setting – ein Analyseansatz.....	71
10.1. Agenda Setting in Österreich.....	71
10.2. Policy-Agenda Setting.....	72
10.2.1. Meinungsforschung.....	73
10.2.2. Medienanalyse.....	74
11. Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse.....	77
11.1. Politische und mediale Grundeinstellungen.....	77
11.2. Konkrete stimmungsbeflussende Ereignisse.....	78
11.2.1. Der Fall des Eisernen Vorhangs.....	79

11.2.2. Die vorbehaltliche Registrierung.....	80
11.2.3. Die Standortdiskussion.....	81
11.2.4. Wohnen und Verkehr.....	81
11.2.5. (Personal-)Politische Fehlentscheidungen.....	82
11.3. Medien und Politik im Kampf um die Meinungsführerschaft.....	82
12. Resümee.....	85
13. Literaturverzeichnis.....	87
13.1. Primärquellen.....	87
13.1.1. Zeitungs-und Zeitschriftenartikel.....	87
13.1.2. Forschungsprojekte.....	88
13.1.3. Politische Schriften.....	88
13.2. Sekundärliteratur.....	89
13.3. Internetquellen	91
Anhang.....	92
Abstract.....	95

Einleitung

„Sei heiter! Das Fest ist jetzt zu Ende; unsere Spieler wie ich Euch sagte, waren Geister und sind aufgelöst in Luft, in dünne Luft. Wie die Vision, auf Nichts gebaut, so werden Türme, hoch bis zu den Wolken, die Paläste, die heiligen Tempel, selbst der große Erdball, und alles, was daran nur teilhat, sich auflösen und, wie dieses leere Maskenspiel verblaßt, nicht mal ein Wölkchen hinterlassen, Wir sind aus solchem Stoff wie Träume sind, und unser kleines Leben umgibt ein Schlaf.“¹

Dieses Zitat aus William Shakespeares Romanze *Der Sturm* steht am Beginn des von der EXPO Vienna AG nach dem Scheitern der Weltausstellungspläne verfassten Schlussberichts. Wie bei Shakespeare beschrieben, lösten sich alle anfangs so großen Visionen und Pläne infolge der negativen Volksbefragung in Wien 1991 sehr schnell in Luft auf.

Übrig geblieben ist außer einigen Randnotizen in politischen und historischen Jahrbüchern kaum etwas. Dabei schien die Ausgangslage für eine nach 1873 erneut in Wien ausgetragene Weltausstellung sehr vielversprechend. Vor allem der innovative Ansatz, gemeinsam mit einer zweiten Stadt, nämlich mit Budapest, als Veranstalter aufzutreten, löste wahre Begeisterungstürme aus. Schnell war mit *Brücken in die Zukunft* ein in mehrfacher Hinsicht treffendes Thema gefunden. Doch mit dem historischen Fall des Eisernen Vorhangs war plötzlich ein großer Teil der Planung obsolet, da eigentlich alles auf den Brückenschlag zwischen Ost und West aufgebaut war. Österreich sah sich bereits als Mittler zwischen den Staatsformen und wieder im Zentrum Europas angekommen, als eben der Lauf der Geschichte dem Ganzen einen Strich durch die Rechnung machte.

Dass aber nicht die Grenzöffnung allein für den negativen Ausgang der zu den Themen *EXPO 1995* und *Bau des Kraftwerks Freudenu* im Mai 1991 in Wien abgehaltenen Volksbefragung verantwortlich war, soll unter anderem in dieser Arbeit gezeigt werden.

¹ Vgl.: EXPO '95 in Wien und Budapest. Schlussbericht
http://austria-forum.org/attach/AEIOU/Weltausstellung_in_Wien/Schlussbericht.pdf (Stand 26.11.2014)

1. Ziele der Arbeit

Im Zentrum der Betrachtung soll die Frage nach den Gründen des Scheiterns der Weltausstellungspläne aufgrund der Wiener Volksbefragung von 14. bis 16. Mai 1991 stehen. Wer trägt die Verantwortung für das negative Votum der Wienerinnen und Wiener? Waren es die Medien oder die Politik, die die Menschen mehr beeinflussen konnten? Gibt es einen Sieger im Kampf um die Meinungsführerschaft? Kann ein bestimmtes Ereignis als Wendepunkt der anfangs so positiven Einstellung gegenüber der Weltausstellung in Wien und Budapest herangezogen werden?

All diese Fragen sollen im Verlauf dieser Arbeit geklärt werden. Eine methodische Grundlage soll die Metaphernanalyse bieten. Meinungsbildende Phänomene werden mithilfe des Agenda-Setting-Ansatzes verständlich gemacht.

Als Quellen werden vor allem Zeitungsartikel verschiedener österreichischer Tageszeitungen sowie Artikel der Zeitschriften *profil* und *Falter* im Zeitraum 1987 bis 1991 herangezogen. Der Analysefokus wird auf die beiden Tageszeitungen *Neue Kronen Zeitung* und *Der Standard* gelegt. Des Weiteren dienen politische Schriften und Meinungsumfragen der Firma TRICONCONSULT als Quellen und Analysegrundlagen.

Hauptziel der Arbeit ist also eine umfassende Analyse des Ergebnisses der Volksbefragung, sowie die Frage zu klären, ob und vor allem welche Fehler seitens der politischen Akteure begangen wurden, die den negativen Ausgang gewissermaßen provoziert haben könnten.

1.1.Forschungsleitende Fragestellungen

1. Wie waren die politischen und medialen Grundeinstellungen zur Ausrichtung einer Weltausstellung?
 - 1.1. In welchen Punkten unterscheiden sich die Positionen der einzelnen Akteure voneinander?

- 1.2. Können einzelne Persönlichkeiten die Vorbereitungen zur EXPO'95 positiv oder negativ beeinflussen?
- 1.3. Gibt es erkennbare Unterschiede in der (print-)medialen Berichterstattung?
2. Gibt es ein konkretes Ereignis, das die Stimmung bezüglich EXPO'95 nachhaltig und vor allem entscheidend negativ beeinflusste?
 - 2.1. Welche Rolle spielen die Medien bei dieser Trendwende?
 - 2.2. Inwiefern beeinflusst der Umbruch in Osteuropa die politische Meinung?
3. Hat das Thema EXPO'95 insgesamt in den Medien oder in der Politik einen höheren Stellenwert?

2. Methodik

Wie bereits eingangs erwähnt, wird die Metaphernanalyse als zentrale Methode für die Arbeit mit den einzelnen Zeitungsartikeln herangezogen. Als möglicher Erklärungsansatz für das Scheitern der EXPO aufgrund des negativen Votums der Wienerinnen und Wiener soll in weiterer Folge die Agenda-Setting-Theorie dienen. Diese kann vor allem eine Grundlage für die Wechselwirkung zwischen Medien, Politik und Gesellschaft sein. Die gegenseitige Beeinflussung dieser drei Faktoren wird einen zentralen Punkt bei der Analyse einnehmen.

2.1. Metaphernanalyse

Die Metapher als rhetorische Figur steht im Zentrum dieser Forschungsmethode, die von George Lakoff und Mark Johnson begründet und somit für die Sozialwissenschaft zugänglich gemacht wurde. Die Grundthese, die hinter der systematischen Metaphernanalyse steht, ist jene, dass unser Denken in großem Ausmaß metaphorischer Natur sei. Dies impliziert auch, dass in Zeitungsartikeln und politischen Reden immer wieder mit Metaphern gearbeitet wird, da nach Lakoff und Johnson Metaphern nicht nur eine Form des Denkens, sondern des Handelns sind. Zentral an diesem Ansatz ist, dass „auf einzelne metaphorische Redewendungen weniger Wert“ gelegt wird, „als auf einen Sinn, der mehreren Metaphern gemeinsam ist.“² Durch die Entschlüsselung der metaphorischen Begriffe rund um die EXPO 1995 soll ein Weg gefunden werden, die Gründe für das Scheitern dieses ambitionierten Großprojektes aufzuzeigen.

2.1.1. Die aristotelische Metapher

Als Begründer der Metaphern beziehungsweise als Erster, der eine Definition derselben versuchte, gilt der altgriechische Philosoph Aristoteles:

„Metapher ist die Übertragung eines Wortes (...) und zwar entweder von der

² Vgl.: Schmitt, Rudolf: Versuch, die Ergebnisse von Metaphernanalysen nicht unzulässig zu generalisieren. In: Zeitschrift für Qualitative Forschung 1/2007, S. 139

*Gattung auf die Art oder von der Art auf die Gattung oder von einer Art auf eine andere, oder nach den Regeln der Analogie. (...)*³ Im Zentrum der aristotelischen Definition steht also die Übertragung, was sich auch in der Etymologie des Wortes niederschlägt: das altgriechische Wort *metaphorein* bedeutet nämlich wörtlich *von einem Ort zum anderen tragen*. Des Weiteren gehören Metaphern für Aristoteles zum sinnvollen Sprachgebrauch.⁴

2.1.2. Die rekonstruktive Metaphernanalyse

Als konkrete Forschungsmethode für die Bearbeitung und Auswertung der Zeitungsartikel rund um die EXPO '95 wurde der rekonstruktive Ansatz einer Metaphernanalyse gewählt. Die Grundlage stellt die von Rudolf Schmitt entwickelte vierstufige Analysestrategie dar, die von Jan Kruse, Kay Biesel und Christian Schmieder mit neuen Namen versehen wurde, inhaltlich aber auf Schmitt aufbaut.

Konkret werden mithilfe eines vierstufigen Analyseverfahrens die Metaphern aus den einzelnen Zeitungsberichten

1. ausgeschnitten und gesammelt,
2. kategorisiert,
3. abstrahiert und vervollständigt,
4. interpretiert und eingebunden.⁵

2.2. Agenda-Setting

Die Grundthese, die hinter dem Agenda-Setting-Ansatz steht, ist jene, dass „die Weltsicht der Menschen wesentlich durch die Berichterstattung der Massenmedien geprägt ist“⁶. Diese Erkenntnis wird auf Walter Lippmann, konkret auf sein 1922 erschienenes Werk *Public Opinion*⁷ zurückgeführt, in

³ Vgl.: Niedermair, Klaus: Metaphernanalyse. In: Hug, Theo (Hrsg.): Einführung in die Forschungsmethodik und Forschungspraxis. Hohengehren: Schneider 2001, S.144

⁴ Vgl. Ebd.: S.145

⁵ Vgl.: Kruse, Jan; Biesel, Kay; Schmieder, Christian: Metaphernanalyse: Ein rekonstruktiver Ansatz. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2011, S.94-103

⁶ Vgl.: Maurer, Marcus: Agenda-Setting. Baden-Baden. Nomos 2010, S.18

⁷ Lippmann, Walter: Public Opinion. New York: Harcourt, Brace, and Company 1922

welchem er sich mit dem Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung auseinandersetzt. Er sieht die Massenmedien als notwendige Orientierungshilfe für die Menschen um die Welt zu verstehen, da diese so komplex geworden sei. Was 1922 schon kompliziert zu verstehen war, ist mit Fortschreiten des 20. Jahrhunderts und damit verbundenen Meilensteinen der Menschheitsgeschichte, wie revolutionäre technische Erfindungen – etwa Computer, Internet, Handys – aber auch der Globalisierung nur noch unverständlicher und vor allem unübersichtlicher geworden. Eine große Orientierungs- und Analysehilfe für diese Arbeit werden daher sogenannte Massenmedien darstellen.

2.2.1. Die Anfänge – Chapel Hill

Als Begründer oder Pioniere des Agenda-Settings gelten die amerikanischen Journalismus-Professoren Maxwell E. McCombs und Donald L. Shaw. Die beiden waren es auch, die den Begriff der *Agenda-Setting-Function of Mass Media* prägten und die Grundthese des Ansatzes formulierten: „Massenmedien beeinflussen durch die Schwerpunktsetzung in ihrer Berichterstattung die öffentliche Aufmerksamkeit für bestimmte Themen.“⁸

Erstmals wurde die Agenda-Setting-Theorie in der sogenannten Chapel-Hill-Studie, die von McCombs und Shaw durchgeführt und 1972 publiziert wurde, angewandt. Durchgeführt wurde die Studie im Zuge des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes 1968 im Bundesstaat North Carolina in der Universitätsstadt Chapel Hill. Die beiden Professoren verglichen die Aussagen von 100 wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern zu einzelnen Wahlkampfthemen, mit der Berichterstattung der von diesen Menschen konsumierten Medien. Zwischen den genannten Themen der Wählerinnen und Wähler und jener, die medial vermehrt behandelt wurden, bestand „ein starker Zusammenhang“.

Das Ergebnis der Befragung untermauert die Hypothese, „dass die Medien

⁸ Vgl.: Eichhorn, Wolfgang: Agenda-Setting-Prozesse. Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierungen. München ²2005 (digitale Ausgabe), S.1
URL: <http://epub.ub.uni-muenchen.de/archive/00000734/> (Stand 30.11.2014)

einen bestimmten Einfluss auf die Agenda, die „Tagesordnung“ von Wahlkämpfen haben.“⁹

Ob und inwiefern diese Aussage auch auf die Berichterstattung im Zusammenhang mit der Volksbefragung zur EXPO'95 im Jahr 1991 zutrifft, wird im letzten Teil der Arbeit zu klären sein.

⁹ Ebd. S.5f

3.EXPO `95 – Chronologie der Ereignisse

Als Mitte der Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts die Idee geboren wurde, rund um die Tausendjahr-Feier der Ersterwähnung Österreichs in der Ostarichi-Urkunde 996 - also 1996 - erstmals nach 1873 wieder eine Weltausstellung in Wien zu organisieren, ahnte niemand, welch jähes Ende die anfangs sehr ambitionierten Pläne nehmen würden.

Bereits kurz nach ersten öffentlichen Überlegungen wurde begonnen, laut über ein – in der langen Geschichte der Weltausstellungen bis dato nicht dagewesenes - sogenanntes Twin-City-Projekt mit der ungarischen Hauptstadt Budapest nachzudenken. Die Durchführung einer Weltausstellung in zwei Städten unterschiedlicher Länder gleichzeitig, wäre vermutlich als absolut innovatives Format an der Grenze zum neuen Jahrtausend in die Geschichtsbücher eingegangen.

Ein wichtiger Punkt bei den Betrachtungen rund um das Scheitern einer gemeinsamen Weltausstellung ist die Berücksichtigung der politischen Ereignisse in den Folgejahren nach dem Entschluss für die EXPO `95. Die rasche Wende hin zu einer dauerhaft erfolgreichen Politik der Öffnung im Osten Europas war in dieser Form noch Mitte der 1980er-Jahre nicht vorhersehbar. Durch die Liberalisierung und Demokratisierung in Osteuropa, durch Perestroika und Glasnost und den daraus resultierenden Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs haben sich die Vorzeichen für eine Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn grundlegend verändert. Die Grundidee, dass eine gemeinsam organisierte Weltausstellung den Dialog zwischen den Völkern weiter vorantreiben sollte, war damit zumindest zum Teil obsolet geworden.

Im Folgenden sollen nun die Ereignisse von ersten Annäherungen an das Thema Weltausstellung bis hin zum endgültigen Aus als Folge des negativen Votums bei der Wiener Volksbefragung 1991 chronologisch dargestellt werden.

3.1.Von der Grundidee zur Bewerbung beim B.I.E.¹⁰

Ob die Grundidee, eine Weltausstellung in Wien abzuhalten, vom damaligen Wiener Kulturstadtrat Jörg Mauthe oder von Vizebürgermeister Hans Mayr stammte, darüber scheiden sich die Geister. Erste Überlegungen von beiden wurden jedenfalls 1985 öffentlich gemacht. Große Unterstützung erhielt Mauthe von Beginn an vor allem von Erhard Busek, der zu dieser Zeit ebenfalls Mitglied der Wiener Stadtregierung und Landesparteibeamten der ÖVP in Wien war. Nach dem Tod Mauthes 1986 blieb Busek als Visionär der ersten Stunde allerdings nicht alleine zurück.

Neben dem zwar parteiunabhängigen, aber von Busek in die Stadtpolitik beorderten Mauthe, zählte, wie bereits erwähnt, auch der damalige Vizebürgermeister Hans Mayr von der SPÖ zu den EXPO-Befürwortern der ersten Stunde. Somit war von Beginn an ein überparteilicher Konsens bezüglich dieses Themas gesichert, der über Jahre hinweg halten sollte. Nach Mayrs Auffassung war einer der Hauptbeweggründe eine EXPO zu veranstalten, den Boom, den Wien Mitte der 1980er Jahre erlebte, möglichst lange fortzuführen.

„Diese für Wien günstige Phase auch in das dritte Jahrtausend hinein zu retten, das war ein Anstoß für die Idee der Weltausstellung, Sie sollte ein Vehikel dafür sein, dass sich Wien international einen dauerhaften Platz auf der Skala der bemerkenswerten Städte in Europa sichert.“¹¹

Anfangs wurde das Jahr 1996 für die Durchführung ins Auge gefasst, da sich im Rahmen einer Tausend-Jahre-Ostarrichi-Feier eine solch große Veranstaltung für die Präsentation Österreichs im Ausland perfekt geeignet hätte¹².

Die Idee für eine gemeinsame Weltausstellung mit Budapest hatte man dann aber eindeutig Mauthe zu verdanken, der mit dem „Gedanken bezüglich einer Kooperation mit Budapest“¹³ spielte. Die ungarische Hauptstadt hatte zu diesem

¹⁰ „The Bureau International des Expositions (BIE) is the intergovernmental organization in charge of overseeing and regulating World Expos, also known as World's Fairs. Since 1931.“

Vgl.: <http://www.bie-paris.org/site/en/> (Stand 22.11.2014)

¹¹ Vgl.: Mayr, Hans: EXPO 95 – Brücken in die Zukunft bauen. In: Horak, Kurt (Hrsg.): Europa ist mehr als die EG. Jahrbuch 1990 des österreichischen Gewerkschaftsbundes. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GesmbH 1989, S.111

¹² Vgl.: Lang, Alfred: Chronologie zur EXPO '95. In: Krajasits, Cornelia; Lang, Alfred (Hrsg.): EXPO '95 – abgesagt! Ein dokumentarischer Rückblick zum Forschungstag 1990. Burgenländische Forschungsgemeinschaft, Eisenstadt 1991. S.5f

¹³ Vgl.: EXPO '95 in Wien und Budapest. Schlussbericht, S.4

Zeitpunkt bereits beim in Paris ansässigen Weltausstellungskomitee *Bureau International des Expositions (B.I.E.)* Interesse bekundet, um die Jahrtausendwende eine Weltausstellung veranstalten zu wollen. Daraufhin wurde ab 1986 an einem Projektentwurf für eine gemeinsame Bewerbung gearbeitet. Den ersten offiziellen Schritt Österreichs in Richtung EXPO machte der damalige Vizekanzler und Handelsminister Steger von der FPÖ, indem er in einem Brief an das B.I.E. den „Wunsch Österreichs eine Weltausstellung gemeinsam mit Ungarn durchführen zu wollen und dem Ersuchen um Vormerkung Wiens für den Termin 1995¹⁴“ niederschrieb. Damit beugte man sich bereits sehr früh in den Vorbereitungen dem Partner Ungarn und verzichtete auf die Austragung im von Österreich favorisierten Jahr 1996. Im September 1987 wurde in Form einer gemeinsamen Regierungserklärung des damaligen österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky und des Vorsitzenden des ungarischen Ministerrates, Károly Grósz, „die Entschlossenheit der beiden Länder zur Durchführung der gemeinsamen Weltausstellung 1995“ bekräftigt.¹⁵

Am 19. Mai 1988 übergaben schließlich die Botschafter Österreichs und Ungarns an den Präsidenten des B.I.E. die gemeinsame Vorbewerbung beider Länder für die Veranstaltung einer Weltausstellung in Wien und Budapest im Jahr 1995.¹⁶ Damit war es amtlich. Österreich und Ungarn traten gemeinsam für ein Projekt auf der Weltbühne auf.

3.1.1. Die Positionen der Parteien im Wiener Landtag

In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, als das EXPO-Projekt noch in den Kinderschuhen steckte, herrschte bei den drei damals im Wiener Landtag vertretenen Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ nach außen hin ein breiter politischer Konsens, dass man gemeinsam hinter der geplanten Großveranstaltung stehen würde. Verstärkt wurde diese Einigkeit vor allem zwischen den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP durch das imaginäre Band zwischen den Visionären aus beiden Lagern. Auf der Seite der Wiener Volkspartei war dies, wie bereits erwähnt, neben dem früh verstorbenen Jörg Mauthe vor allem

¹⁴ Vgl.: EXPO '95 in Wien und Budapest. Schlussbericht, S.11

¹⁵ Vgl.: EXPO '95 in Wien und Budapest. Schlussbericht

¹⁶ In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, S.866

Erhard Busek und auf jener der Sozialdemokraten galt Vizebürgermeister Hans Mayr als *EXPO-Vater*, worauf an anderer Stelle noch näher eingegangen werden muss.

Solch ein über die Maßen begeistertes parteiinternes Zugpferd fehlte in den Reihen der FPÖ von Beginn an. Man lehnte sich zwar nicht gegen die Weltausstellungspläne auf, stimmte auch im Gemeinderat geschlossen für die Bewerbung um die EXPO'95, nahm aber eher eine reservierte Haltung ein.

3.1.2. Der Verein Weltausstellung

Am 22. Oktober 1986 konstituierte sich der *Verein zur Förderung der Bewerbung um eine internationale Fachausstellung in Wien*. Dessen Präsident war anfangs der ehemalige Bundeskanzler Bruno Kreisky, der das Amt aber relativ rasch gemeinsam mit der Ehrenpräsidentschaft bei der SPÖ zurücklegte. Ab März 1987 übernahm diese Position der damals noch amtierende Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, unterstützt von zwei ehrenamtlichen Generalsekretären, nämlich Gerhard Feltl, Mitglied der Geschäftsleitung von IBM und Ernst Stock, damals Hofburg-Geschäftsführer. Als geschäftsführende Obmänner fungierten Busek und Mayr. Die Finanzierung des Vereins erfolgte durch die Stadt Wien.¹⁷ Die Aufgabe dieses Vereins war „die Planung und Vorbereitung der Bewerbung Wiens“ beim B.I.E. „um die Durchführung einer Weltausstellung in Wien und Budapest.“¹⁸ Auf ungarischer Seite wurde zeitgleich ein „Regierungs- und ein Operativkomitee“¹⁹ gebildet. Der Arbeitsauftrag an den Verein Weltausstellung galt mit der positiven Bewertung der Kandidatur von Wien und Budapest im April 1989 als erfolgreich beendet.

¹⁷ Ebd.: S.7

¹⁸ Vgl.: Feltl, Gerhard, Semrau, Eugen: Von der Ambition zur Resignation. EXPO '95 – Ein österreichisches Schicksal. In: Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1992, S.689

¹⁹ Vgl.: Lang (1991), S.6

3.2. Die Vorbereitungsphase – grünes Licht für die EXPO '95

Bereits kurz nach der Einreichung wird kommuniziert, dass „das gemeinsame Projekt von Wien und Budapest zur Abhaltung einer Weltausstellung 1995 (...) nach Einschätzung der Generalsekretärin des Weltausstellungsbüros in Paris, gute Chancen auf Verwirklichung“²⁰ hätte. Als mögliche Konkurrenten für Wien und Budapest zeichneten sich demnach die Städte Miami und Hannover ab. In dieser Phase des Wartens auf einen möglichen Zuschlag für die EXPO '95 wurde in Österreich eine sehr emotionale Debatte über den Standort für die Weltausstellung in Wien geführt. Hugo Potyka formulierte in Bezug auf die Standortwahl folgende Zeilen: „Von keinem Standort für eine Großveranstaltung darf erwartet werden, dass er ungeteilte Zustimmung findet. Dies gilt auch für die Weltausstellung.“²¹ Im Gespräch waren etwa das Gelände rund um den Nordbahnhof und der Donaupark samt Papstwiese, was vor allem bei der Bevölkerung des 22. Wiener Gemeindebezirkes für großen Unmut sorgte. Auf die daraus resultierenden Bürgerinitiativen gegen die EXPO wird an späterer Stelle noch einzugehen sein.

Bereits 1986, als noch keineswegs klar, war ob Wien und Budapest eine Weltausstellung ausrichten würden, wurde ein Wettbewerb unter dem Titel *Chancen für den Donaupraum* ausgeschrieben. Eine der Aufgabenstellungen war auch Vorschläge für mögliche Standorte für die Weltausstellung zu präsentieren.

Schlussendlich einigten sich die „beiden Großparteien im Wiener Rathaus“, SPÖ und ÖVP, im Oktober 1988 auf folgenden Standort: „rings um das Konferenzzentrum, der Donaupark bleibt unangetastet.“²² Die dritte zu diesem Zeitpunkt im Wiener Gemeinderat vertretene Partei, die FPÖ, war mit der Standortwahl zwar einverstanden, warnte aber zugleich vor einer „großkoalitionären Weltausstellung, die nur mit einem finanziellen Debakel enden könne.“²³

²⁰ Ebd.: S.904

²¹ In: Potyka, Hugo: Standortwahl. In: Institut für Wirtschafts-und Sozialforschung (Hrsg): Offene Herausforderung. Perspektiven, Befunde, Positionen. Weltausstellung '95 Wien-Budapest. transfer verlag 1989, S.33

²² Ebd.

²³ Vgl. *Kronen Zeitung*, Nach Parteieneinigung fiel jetzt der Startschuß für die EXPO in Wien! 11.10.1988, S.13

Im April 1989 besuchte der „Exekutivausschuß der Weltausstellungsorganisation“²⁴, auch als „Fact-Finding-Mission“²⁵ bezeichnet, Wien und Budapest, um die Bedingungen für die Abhaltung einer Weltausstellung zu erkunden und bewertete die österreichischen Vorarbeiten positiv.

Die Chancen für einen Zuschlag erhöhten sich für Wien und Budapest nochmals erheblich, als am 25. Mai 1989 Miami „als letzter verbleibender Konkurrent für das Jahr 1995“²⁶ seine Kandidatur zurückzog. Die endgültige Vergabe der Weltausstellung an Wien und Budapest erfolgte schließlich am 14. Dezember 1989 im Rahmen der Generalversammlung des B.I.E. in Paris.²⁷

3.2.1. Brücken in die Zukunft

Nach dem grundlegenden Beschluss, gemeinsam mit Ungarn eine Weltausstellung zu planen, wurde im Laufe des Jahres 1986 begonnen, das Projekt zu entwickeln. Anfangs unter dem Motto „50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs“.²⁸ Diese Bezugnahme wurde aber bis zum offiziellen Ansuchen beim B.I.E. im Mai 1988 zugunsten des offiziellen Hauptthemas „Brücken in die Zukunft“ immer weiter in den Hintergrund gedrängt. Man entschied sich also anstelle eines Blicks in die Vergangenheit für eine vorwärts, in die Zukunft ausgerichtete Betrachtungsweise. Dieses Thema sollte Österreich die Möglichkeit geben, sich nach außen als dynamischer Teil Europas, als *Brückenkopf*²⁹ zum ehemaligen Osteuropa darzustellen. Doch die Themenwahl erfreute sich nicht uneingeschränkter Zustimmung. So war im monatlich erscheinenden österreichischen Wirtschaftsmagazin *Trend* vom Februar 1990 zu lesen, dass ein „Kultur-Beirat“ das Motto *Brücken in die Zukunft* als „zu langweilig“ erachte. Als Gegenvorschlag wurde die Fragestellung „Was trägt noch?“ gebracht. Ziel eines solchen Leitmotivs sollte sein, „Fragen des Überlebens in der Stadt“ zu klären. Als prominente Vertreterin

²⁴ Ebd.: S.873

²⁵ Lang (1991), S.6

²⁶ Vgl.: Feltl/Semrau (1992)

²⁷ Ebd.:S.939

²⁸ Vgl.: Lang (1991), S.6

²⁹ Busek, Erhard: Was kann bis 1996 aus Österreich werden? Weltausstellung und österreichisches Millennium. In: Busek, Erhard (Hrsg.) Vision. Brücken in die Zukunft. Weltausstellung Wien- Budapest 1995. Edition Atelier: Wien 1989, S.157

dieses Vorschlags galt die damalige Wiener Kulturstadträtin Ursula Pasterk.³⁰ Gegner des Brückenthemas blieben allerdings weitgehend ungehört. Erhard Busek, ein EXPO-Visionär der ersten Stunde, gab bereits im Mai 1989, also noch vor der endgültigen Entscheidung über die Austragung der Weltausstellung 1995, einen Band mit dem Titel *Vision. Brücken in die Zukunft* heraus.³¹ Bereits im Vorwort eben dieses Werkes verweist er auf die Chance für Österreich, sich dadurch in Europa neu zu positionieren:

*Die geplante Weltausstellung ist auch als Herausforderung an Wien und Österreich zu werten – als eine Standortbestimmung in Europa, als Selbstaktivierung vor der Schwelle eines neuen Jahrtausends, als Mobilisierung seiner kreativen und gestalterischen Kräfte, als neuer Kristallisationspunkt seiner Identität in einer vielfältigen und universalen Weltgesellschaft. Ein Aufbruch Österreichs zu sich selbst und über sich hinaus.*³²

In diesen Zeilen steckt so viel Euphorie, so viel Glaube und Hoffnung an eine große Zukunft Österreichs als Vermittler zwischen West und Ost.

3.2.1.1. Die Brücken-Metapher

Brücken, in den beiden Donaumetropolen Wien und Budapest fixer Bestandteil des Stadtbildes und wichtige Verbindung der einzelnen Stadtteile an beiden Seiten des Flusses, als zentrale Metapher für einen gemeinsamen Weg in eine barrierefreie Zukunft zu wählen, kann in vielerlei Hinsicht gedeutet werden. Aus der bis Ende der 1980er-Jahre aktuellen politischen Betrachtung heraus, kann die Brücke als eine imaginäre Überwindung eines realen Hindernisses – des Eisernen Vorhangs gedeutet werden, als Verbindung zweier konträrer politischen Systeme.

Historisch gesehen, kann man auf eine lange gemeinsame Geschichte zwischen zwei Städten und Ländern Bezug nehmen, die die Brücken zueinander nach fast einem Jahrhundert der Trennung infolge des Zerfalls der Habsburgermonarchie erst wieder aufbauen müssen.

Eine solche Möglichkeit des Wiederaufbaus der Verbindung – sowohl politisch als auch wirtschaftlich und kulturell – wäre diese gemeinsam veranstaltete Weltausstellung zweifelsohne gewesen.

³⁰ Vgl.: Trend. 2/90, S.154

³¹ Busek, Erhard (Hrsg.): *Vision. Brücken in die Zukunft*. Weltausstellung Wien- Budapest 1995. Edition Atelier: Wien 1989

³² Ebd.: S.5

Geografisch und wirtschaftlich betrachtet, wäre ein Brückenschlag zwischen Österreich und Ungarn ein logischer Schritt, da es durch die Donau eine sowohl geografisch als auch infrastrukturell und wirtschaftlich wichtige enge Verbindung zwischen Wien und Budapest gibt, die als Brücke in die Zukunft weiter ausgebaut werden sollte.

Der Donau wäre im Falle eines Zustandekommens der Weltausstellung sicherlich eine eminente Bedeutung gegeben worden.

Ganz allgemein wurde in einem Artikel der Tageszeitung *Der Standard* die Brückenmetapher gedeutet, nämlich als „Brücke, die auch geistige Schluchten überwindet.“³³ In dieser neutralen Formulierung finden politische, gesellschaftliche und kulturelle Auslegungen des EXPO- Themas Raum, um weiter gedacht zu werden.

3.2.1.2. Brücken ins Nichts – Die Sinnfrage

Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Motto *Brücken in die Zukunft* wurde auch immer wieder die Frage aufgeworfen, wie sinnvoll eine Weltausstellung an der Grenze zum 21. Jahrhundert überhaupt noch war. Dies zeigt auch ein Gedankenanstoß von Irene Hanappi in ihrem 1988 im *Falter* erschienen Artikel „Ließ er schlagen eine Bruckn“³⁴:

„Ohne in Kulturpessimismus zu verfallen, bleibt dennoch dahingestellt, ob 1995 ein ungetrübter Fortschrittsglaube als gedanklicher Motor der Weltausstellung fungieren kann. Mit der gleichen Begeisterung wie einst für die Näh- oder Schreibmaschine werden wir wohl kaum bei der Sache sein.“³⁵

Einwände dieser oder ähnlicher Art hatten mit Sicherheit ihre Berechtigung. Welche Ziele sollte man sich für die Austragung einer Weltausstellung setzen? Die Argumentation in Form eines Brückenschlags zwischen Ost und West verlor spätestens mit dem Fall des Eisernen Vorhangs eindeutig seine Berechtigung. Irene Hanappi schlug in ihrem Artikel noch eine andere Betrachtungsweise der Brücken-Metapher vor, nämlich die der „Eselsbrücke (...) zwischen dem 19. Jahrhundert, in dem derartige Leistungsschauen

³³ Vgl.: *Der Standard*, EXPO 1995: Architektur-Visionen. 1.4.1989, S.XI- Album

³⁴ Anspielung auf das Volkslied *Prinz Eugen, der edle Ritter*

³⁵ In: *Falter*, Ließ er schlagen eine Bruckn. 43/1988, S.5

avanciert wurden und dem 21. Jahrhundert³⁶, das mit diesem Großereignis eingeleitet hätte werden sollen. Somit wäre es auch Aufgabe der Planungskomitees in Wien und Budapest gewesen, sich mit der Frage einer neuen Sinngebung von Weltausstellungen im Allgemeinen auseinanderzusetzen.

In einem Rückblick der Tageszeitung *Der Standard* auf das Jahr 1990 war von einem *Brücken-Knick*³⁷ in Bezug auf das EXPO-Thema und die nun neue politische Situation in Europa zu lesen. Ausgehend von einem realen Brückeneinsturz, nämlich einer Brücke in Kufstein in Tirol, spann man den Knick-Gedanken weiter:

„Auch andere Brücken knickten – vor allem jene „in die Zukunft“. Dieses Motto der Weltausstellung „Wien-Budapest 1995“ wurde einerseits durch die sich überstürzenden Öffnungs-Ereignisse im Osten in Frage gestellt, andererseits wurden die „Brücken“ zum Nachbarn Ungarn stark zermüht – durch dessen fortdauerndes Zaudern.“

Neben dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde in diesem Artikel auch Bezug auf das unentschlossene Vorgehen Ungarns gegenüber der EXPO genommen. Darauf wird im später folgenden Analyseteil noch näher einzugehen sein.

3.3. Von der Ambition zur Resignation³⁸

Nachdem das B.I.E. grünes Licht für die EXPO '95 gegeben hatte, wurde eine Österreichisch-Ungarische Regierungskommission gegründet, die im Jänner 1990 zu ihrer ersten Sitzung in Graz zusammentrat.

Die Vorbereitungsarbeiten auf österreichischer Seite waren im ersten Halbjahr 1990 vor allem vom „Internationalen Architektenwettbewerb zur Erlangung von Bau-, Gestaltungs- und Nachnutzungskonzepten für die EXPO'95 in Wien“ geprägt, der von der EXPO-Vienna-AG – auf die im nachfolgenden Kapitel näher eingegangen wird – im Mai 1990 ausgelobt wurde. Grundlegend für den Wettbewerb war ein (einstimmiger) Beschluss des Wiener Gemeinderates von März 1990 über das städtebauliche Leitprogramm.

³⁶ Ebd.

³⁷ Vgl.: *Der Standard*, Brücken-Knick und Parteien-Trick. 31.12.1990, Rückblick90

³⁸ Vgl. Titel Feltl/Semrau (1992)

Im Juni 1990 wurde eine „Österreich-Ungarn-Enquête“ abgehalten, bei der Kulturschaffende beider Länder die „Hauptelemente der Projekt-Philosophie“ definierten. Ziel war es einer neuen Art von Weltausstellung zu kreieren, die sich vom „bisherigen Klischee“ abheben sollte. In dieser Absicht wird ein weiteres Mal verdeutlicht, dass man gewillt war, eine neue Dimension in der Geschichte der Weltausstellungen zu eröffnen. Neben der innovativen Idee, die EXPO in zwei verschiedenen Ländern abzuhalten, sollte sich nun auch der Leitgedanke von allem bisher Dagewesenen abheben.

Am 12. Dezember 1990 erfolgte in einer weiteren Generalversammlung des B.I.E. die „vorbehaltliche“³⁹ Registrierung der EXPO '95 in Wien und Budapest. Am Tag davor bekannte sich die Wiener Stadtregierung in einer gemeinsamen Pressekonferenz nochmals klar zur Entscheidung, eine Weltausstellung abhalten zu wollen, erstmals wurde hier allerdings auch von einer theoretischen Möglichkeit gesprochen, dies auch ohne den ungarischen Partner zu tun, falls man sich im Nachbarland doch noch gegen eine Austragung entscheiden sollte. Diese Formulierung ist durchaus als bemerkenswert zu betrachten, da bis zu diesem Zeitpunkt zumindest nach außen hin immer der Eindruck erweckt wurde, die Verantwortlichen beider Länder seien sich in der Gangart stets einig. Doch auch in Österreich begann eine öffentliche Debatte über die Weltausstellung, die – und das war wiederum einzigartig in der Geschichte der Weltausstellungen – in einer Volksbefragung über die Abhaltung endete. Dies geschah vier Jahre nach Beginn der Vorbereitungsarbeiten. Der Gemeinderatsbeschluss über diese Volksbefragung wurde am 25. März 1991 gefasst. Die Wiener Bevölkerung konnte von 12. bis 14. Mai 1991 abstimmen. Zweites Thema dieser Volksbefragung war die geplante Errichtung des Kraftwerks Freudenau. Das Ergebnis war ebenso überraschend wie deutlich: dem Projekt EXPO '95 wurde eine klare Absage erteilt. Als Konsequenz daraus zog Österreich seine Bewerbung für eine Weltausstellung in der B.I.E.-Generalversammlung am 5. Juni 1991 zurück. Dies wurde vonseiten des Weltausstellungsbüros mit „mit Erstaunen, Betroffenheit und allergrößtem

³⁹ Die „vorbehaltliche“ oder auch „bedingte“ Registrierung war ebenfalls ein Novum in der Geschichte der Weltausstellungen. Das B.I.E. entsprach damit einem mit den neuen politischen Gegebenheiten argumentierenden Wunsch Österreichs und Ungarns. Die Registrierung war damit beschlossen, die endgültige Wirksamkeit aber von der Klärung noch offener Fragen wie einer gemeinsamen Marketinggesellschaft und noch offenen Finanzierungsfragen, abhängig. Vgl.: EXPO '95 in Wien und Budapest. Schlussbericht S.12

Bedauern“ hingenommen.⁴⁰ Damit waren die so ambitionierten Pläne einiger österreichischer Politiker, die Weltausstellung für eine Neupositionierung des Landes in der Mitte Europas zu nützen, mit einem Schlage zunichte gemacht. Die Ursachen des Scheiterns sollen im Rahmen dieser Arbeit ergründet werden.

⁴⁰ Vgl.: Ebd.

4. Die EXPO Vienna AG

4.1. Gründung und Aufgabenbereich

Im März 1989 einigte sich der „Lenkungsausschuß für die im Jahr 1995 geplante Weltausstellung von Wien und Budapest“ - ihm gehörten die damaligen Minister Neisser, Lacina und Graf sowie die Wiener Stadträte Mayr, Swoboda und Busek an - auf ein „Vertragswerk, das die Gründung der Planungs-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft festlegt.“⁴¹ In einem „Syndikatsvertrag zur Durchführung der EXPO '95“ zwischen der Stadt Wien und der Republik Österreich vom 8. Juni 1989 wurde die Gründung dieser Gesellschaft für die Planung und Organisation der Weltausstellung auf österreichischer Seite schriftlich legitimiert. Anfangs teilten sich der Bund und die Stadt Wien die Aktien zu gleichen Teilen, wobei von Beginn an beabsichtigt war, das „gesamte stimmberechtigte Kapital“ an private Investoren weiterzugeben. Ziel war es, keine öffentlichen Gelder für die Planung der EXPO '95 zu benötigen. Als möglichen privaten Geldgeber brachte sich rasch die Wiener Messe AG ins Spiel, die nach Abhaltung der Weltausstellung das Gelände für die Wiener Messe nutzen wollte.⁴² Der damalige Planungsstadtrat von der SPÖ Hannes Swoboda sprach sich allerdings gegen diese Lösung aus. Die Privatisierung der EXPO Vienna AG brachte schließlich eine Verteilung auf folgende Investoren: 70 Prozent der Anteile hielt an Bankenkonsortium aus CA, Länderbank, Raiffeisen, Erste, Girozentrale, Österreichische Investitionskredit, BAWAG, Bundesländer Versicherung und Wiener Städtische; 20 Prozent übernahm die japanische Investmentbank Nomura und 10 Prozent die Wiener Holding.

Die genannten neuen Eigentümer gründeten wiederum eine weitere Firma, die *Wiener Entwicklungsgesellschaft Donauraum AG (WED)*, die für die Nachnutzung des EXPO-Geländes zuständig gewesen wäre.⁴³

„Die Einigung darauf, die EXPO '95 privatwirtschaftlich durchzuführen, war Beweis dafür, dass man anfangs durchaus bereit war, sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Rückblickend muss allerdings festgestellt

⁴¹ In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, S.870

⁴² Vgl.: Wochenpresse 37/1988, S.16

⁴³ Vgl.: Lang (1991), S.9

werden, dass sich das Weltausstellungs-Projekt nie aus der Sphäre parteipolitischer Vereinnahmung emanzipieren konnte und letztlich an von der Politik zu verantwortenden Unterlassungen und Fehlern gescheitert ist.“⁴⁴

Personell bestand die EXPO-Vienna AG aus einem zweiköpfigen Vorstand, nämlich Gerhard Feltl, der diese Position - wie bereits erwähnt - auch im *Verein Weltausstellung* inne hatte und dem damaligen Direktor des Wiener Hafens Sigmund Krämer. Vorsitzender des Aufsichtsrates war der Direktor der Kontrollbank Helmut Haschek.⁴⁵

Um bei den Vorbereitungen für die Weltausstellung in der Bundeshauptstadt auch die anderen acht Bundesländer zu integrieren wurde von der EXPO-Vienna AG ein sogenannter Bundesländer-Beirat installiert, der für die Kooperation der Aktivitäten in den Arbeitsgruppen der einzelnen Länder zuständig war. Vorsitzender dieses Beirats war Heinrich Neisser. Eine der wichtigsten Funktionen dieses Beirats war vor allem sicherzustellen, dass die EXPO '95 ein „gesamtösterreichisches Ereignis“ werden sollte⁴⁶. Eine konstruktive Zusammenarbeit der Bundesländer konnte allerdings nicht bewirkt werden, wie auch dem bereits mehrfach zitierten Text von Gerhard Feltl und Eugen Semrau zu entnehmen ist:

„Die Notwendigkeit eines stärkeren Engagements der (westlichen) Bundesländer in Sachen Expo wurde von Anfang an erkannt. Es existieren entsprechende Schreiben von Bundesminister Alois Mock an Erhard Busek aus Juli 1987 und an Bundeskanzler Vranitzky aus November 1988. Der unter Vorsitz von Heinrich Neisser eingerichtete „Bundesländer-Beirat“ konnte diese Aufgabe jedoch nicht erfüllen. Durchgehend war in den Sitzungen dieses Beirats eine Art Forderungsmentalität seitens der Bundesländervertreter spürbar, die vor allem auf finanzielle Unterstützung eigener kultureller Vorhaben durch die EXPO-VIENNA AG abzielte.“⁴⁷

4.2. Information und Argumentation zur Volksbefragung

Neben dem einmal monatlich von der EXPO-Vienna AG publizierten Magazin *EXPO-NEWS 95* mit aktuellen Informationen zum Stand der Vorbereitungen für die Weltausstellung wurden im Vorfeld der Volksbefragung zusätzlich

⁴⁴ Feltl/Semrau (1992)

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Vgl.: EXPO '95 in Wien und Budapest. Schlussbericht S.24

⁴⁷ In: Feltl/Semrau (1992)

Flugblätter gedruckt, die die „Vorteile für Wien durch die EXPO’95“⁴⁸ den Wienerinnen und Wienern aufzeigen sollten. Des Weiteren wurde eine Kampagne mit prominenten EXPO-Befürwortern gestartet.

4.2.1. Flugblatt der EXPO-Vienna AG

Ein Vorwurf, der im Zusammenhang mit Erklärungsversuchen für das Scheitern der EXPO’95 am Veto der Wiener Stadtbevölkerung immer wieder zu lesen ist, ist jener, dass die EXPO-Verantwortlichen zu lange nicht oder nicht ausreichend auf die Negativwerbung der Weltausstellungsgegner reagiert hätten. Zu lange hätte man sich in Sicherheit gewogen und daher nicht gehandelt.

Tatsache ist, dass weit mehr und vor allem ausführlichere Flugblätter und Informationsbroschüren von FPÖ, Grünen und Bürgerinitiativen vorliegen. Daher wurde nach dem Agenda-Setting-Prinzip, auf das an späterer Stelle noch einzugehen sein wird, die Bevölkerung vor allem mit Kontra-Argumenten zur Weltausstellung überhäuft. Beinahe als Rarität kann daher das auch im Anhang dieser Arbeit befindliche Flugblatt der EXPO Vienna AG gelten. Die darauf angeführten Argumente können allerdings leicht als Teil einer eher banalen Anlockungsstrategie entlarvt werden.⁴⁹

- Arbeitsplätze für tausende Wienerinnen und Wiener
- Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und Entlastung des Autoverkehrs durch „autofreie“ EXPO
- Private Finanzierung, daher keine Kosten für den Steuerzahler
- Als Teil der Nachnutzung Errichtung von mindestens 1000 neuen Wohnungen am EXPO-Gelände
- Neue Freizeiteinrichtungen und attraktive Einkaufsmöglichkeiten im Bereich der Donau
- Umweltbewusste Planung – Sanierung der Mülldeponie vor dem Konferenzzentrum

⁴⁸ Vgl.: Anhang 3

⁴⁹ Ebd.

- Grünräume im Bereich Donaupark und Donauinsel werden vergrößert und aufgewertet
- 6 Monate bestes Kultur –und Unterhaltungsprogramm aus aller Welt direkt vor der Haustür

4.2.2. JA zur EXPO...

In einer groß angelegten Kampagne mit dem klaren Ziel, die Stadtbevölkerung für die Weltausstellung zu begeistern, wurden Statements zahlreicher Prominenter aus den verschiedensten Genres Kultur, Film und Fernsehen, bis hin zu Politik und Wirtschaft, gesammelt und unter anderem in den Printmedien als bezahlte Anzeige veröffentlicht.

Im Folgenden eine Auswahl der Stimmen für die EXPO⁵⁰:

„Ja zur EXPO, weil es die Zeit ist, allen zu zeigen, dass gerade dieses schöne Land auch heute voller Musik und Zukunft ist.“⁵¹

(Udo Jürgens, Sänger)

„Ja zur EXPO, weil soviel internationales Interesse nur gut sein kann – auch für Wien und die Zukunft unserer Kinder.“⁵²

(Vera Russwurm, Moderatorin und Journalistin)

„Ja zur EXPO, weil es eine einmalige Gelegenheit ist, die Welt nach Wien zu bringen, und ein starker Impuls für unsere Jugend.“⁵³

(Arnold Schwarzenegger, Filmschauspieler)

„Ja zur EXPO, weil wir unsere Heimat und ihre Schönheiten der ganzen Welt präsentieren können.“⁵⁴

(Dr. Leo Wallner, CASIONS AUSTRIA AG, Generaldirektor)

„Ja zur EXPO, weil die EXPO´95 ein Meilenstein in unserer Geschichte sein könnte – das erneute Zusammenwachsen des Donauraumes im Zeichen Europas.“⁵⁵

(DR. Otto von Habsburg, Mitglied des Europa Parlamentes, Präsident der Internationalen Paneuropa Union)

⁵⁰ Die Berufsbezeichnungen wurden von der Kampagne der EXPO Vienna AG übernommen.

⁵¹ Vgl.: *Kronen Zeitung*, JA zur EXPO...(Anzeige). 6.5.1991, S.14

⁵² Vgl.: *Kronen Zeitung*, JA zur EXPO...(Anzeige). 11.5.1991, S.17

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Vgl.: *Kronen Zeitung*, JA zur EXPO...(Anzeige). 12.5.1991, S.21

⁵⁵ Ebd.

„Ja zur EXPO, weil wir uns in der Verwirklichung dieser Aufgabe nicht nur bestätigen können, sondern damit auch Arbeitsplätze auf Dauer schaffen.“⁵⁶
(Anton Benya, ehemaliger Präsident des ÖGB)

„Ja zur EXPO, weil die EXPO´95 als Zeichen einer neuen und erfolgreichen kulturellen und gesellschaftlichen Einheit von Ost/Westeuropa, als „Sonntag der Zukunft unserer Welt, ein Wunsch ist, der erfüllbar ist.“⁵⁷
(Attersee, Künstler)

„Ja zur EXPO, weil ich mir wünsche, dass in Wien nicht nur von Weltstadt geredet wird, sondern Weltstadt auch stattfindet.“⁵⁸
(Eliette von Karajan, Malerin)

„Ja zur EXPO, weil gerade kleine Länder große Bühnen benötigen, um sich der Welt zu präsentieren.“⁵⁹
(Maria Schell)

„Ja zur EXPO, weil die Weltausstellung eine Weltchance für Wien ist.“⁶⁰
(Niki Lauda)

„Ja zur EXPO, weil dieses Projekt unser Ansehen in der ganzen Welt vergrößern wird.“⁶¹
(Prof. Peter Weck)

Weiter prominente Unterstützer dieser Kampagne der EXPO Vienna AG waren etwa auch noch Dr. Klaus P. Heiss, Bischof Egon Kapellari, Prof. Herbert Krejci, Dr. Gert Riesenfelder, Dr. Hugo Michael Sekyra, Dr. Helmut Sohmen oder Sir Georg Solti..⁶²

Die Intention der EXPO Vienna AG, die an diese aufwändige Propagandamaßnahme geknüpft war, ist klar ersichtlich: man wollte möglichst alle gesellschaftlichen Schichten mit ihren jeweiligen Vorbildern beziehungsweise Vertretern locken oder besser überzeugen. Die Auswahl der Prominenten kann daher als gelungen betrachtet werden, da sowohl religiöse Würdenträger als auch politisch und wirtschaftlich einflussreiche Persönlichkeiten und ebenso Künstler und Schauspieler für die Kampagne gewonnen werden konnten. Der sogenannte „kleine Mann“ wird sich eher durch Arnold Schwarzeneggers Worte überzeugen lassen als von den schon

⁵⁶ Vgl.: *Kronen Zeitung*, JA zur EXPO...(Anzeige). 15.5.1991, S.12

⁵⁷ Vgl.: *Der Standard*, JA zur EXPO...(Anzeige). 8./9.5.1991, S.15

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Vgl.: EXPO 95 Extra. Eine Sondernr. der EXPO-News

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

⁶² Vgl.: *Der Standard*, JA zur EXPO...(Anzeige). 10.5.1991, S.16

philosophisch anmutenden Gedanken zum Thema von Künstlern wie Attersee oder Eliette von Karajan. Diese beiden wiederum sollten die elitäre, bildungsnahe Schicht für die EXPO'95 begeistern.

Die in den beiden zur Analyse vorliegenden Printmedien *Neue Kronen Zeitung* und *Der Standard* veröffentlichten Statements spiegeln dies ebenso wider. Der intendierten Leserschaft der Kronen Zeitung, Arbeiter und Angestellte mit weniger hohem Bildungsniveau, wird die Weltausstellung über bekannte Größen wie Udo Jürgens oder eben Arnold Schwarzenegger versucht schmackhaft zu machen.

Im Standard wiederum, der den Anspruch hat, ein Qualitätsmedium zu sein, kommen Denker und Künstler wie die bereits oben erwähnten Attersee oder Eliette von Karajan zu Wort.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass diese Kampagne sowohl aufwendig als auch gut durchdacht war, aber dennoch den gewünschten Erfolg verfehlte, wie das eindeutige Votum der Wienerinnen und Wiener gegen die Weltausstellung eindrucksvoll gezeigt hat.

Daraus kann außerdem geschlossen werden, dass eine gute Marketingstrategie, positive Meinungsumfragen und viele prominente Unterstützerinnen und Unterstützer nicht ausreichen, wenn die politischen Akteure sich sozusagen bereits auf der Zielgeraden befinden, selbst ausbremsen. Auf maßgebliche Fehlentscheidungen seitens der beiden Wiener Großparteien im Frühjahr 1991 wird an späterer Stelle näher einzugehen sein.

5. Die politische Situation Österreichs 1988-1991

5.1. Von Gewinnen der FPÖ und EG-Beitrittsüberlegungen

Wirtschaftspolitisch gesehen war das Jahr 1988 für Österreich ein durchaus positives. Die Budgetsanierungsziele wurden erreicht und erstmals seit Beginn der 1980er- Jahre konnte ein Rückgang der Arbeitslosenrate verzeichnet werden.

„Im Gegensatz dazu verlief die innenpolitische Entwicklung durchaus spannungsreich (...)“⁶³. Damit spielten die Herausgeber des Jahrbuchs für Politik 1988 Andreas Kohl, Günther Ofner und Alfred Stirnemann im Vorwort auf den überraschenden Erfolg der damals bereits von Jörg Haider geführten FPÖ bei den Landtagswahlen in Niederösterreich an, der das bis dahin vorhandene Gleichgewicht zwischen den beiden großen Parteien gehörig ins Wanken brachte.

Einen weiteren Schwerpunkt der politischen Diskussion des Jahres 1988 bildete die „Debatte über mögliche Auswirkungen eines Nicht-Beitritts bzw. des EG-Beitritts“⁶⁴ Österreichs.

Im Laufe dieser Beitrittsüberlegungen spielten auch Bedenken über den möglichen Verlust verschiedener Autonomien eine Rolle, wobei hier bereits auch im Hinblick auf die EXPO `95 argumentiert wurde:

*„Seinem Selbstverständnis zufolge (...) muß Österreich auch die Möglichkeit haben, den Personenverkehr mit den Oststaaten autonom zu regeln. Das Projekt einer gemeinsamen Weltausstellung mit Ungarn zum Beispiel wäre wohl ernstlich gefährdet, wenn Österreich dazu verhalten würde, die Visapflicht gegenüber Ungarn wieder einzuführen. Eben das könnte die EG aber von Österreich verlangen, wenn es EG-Mitglied wäre, (...) und Österreich könnte sich dem nicht widersetzen.“*⁶⁵

Für Österreich war also wichtig, in den Überlegungen für einen möglichen EG-Beitritt die Nähe zu den damals noch durch den Eisernen Vorhang geografisch und politisch getrennten östlichen Nachbarstaaten nicht zu vernachlässigen. Abgesehen von der angedachten Kooperation mit Ungarn im Zuge einer

⁶³ In: Kohl, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1989, S.7

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd. S.89

gemeinsamen Weltausstellung musste auch der Osthandel allgemein berücksichtigt werden.

5.2. EG-Beitrittsansuchen und Krise in der ÖVP

Das bereits im Jahr davor diskutierte EG-Beitrittsansuchen Österreichs wurde im Juli 1989 der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel vom österreichischen Außenminister eingebracht. Wirtschaftspolitik setzte sich die positive Tendenz vor allem am Arbeitsmarkt weiter fort. Entgegengesetzt dazu verlief die innenpolitische Entwicklung. Nach den Landtagswahlen in Kärnten verlor die SPÖ den Landeshauptmannsessel an die FPÖ und die ÖVP schlitterte in eine „quälende Führungsdiskussion“, der den Wechsel des Parteiobmannes und eine Regierungsumbildung zur Folge hatte.⁶⁶

Außenpolitisch waren die raschen Reformentwicklungen in Osteuropa tonangebend. Andreas Kohl bezeichnet daher in diesem Zusammenhang das Jahr 1989 als „Annus mirabilis“⁶⁷ für Europa. Das kommunistische System im östlichen Mitteleuropa implodierte. „Eine neue europäische Architektur, eine neue europäische Sicherheitsordnung beginnen sich abzuzeichnen.“⁶⁸ Die sich rasch und vor allem fundamentale politische Lage in den östlichen Nachbarstaaten verlangte auch von Österreich ein Umdenken in vielen Belangen. „Die Träume von Mitteleuropa als Zwischenreich zwischen Ost und West“, wie sie von vielen österreichischen Politikern geträumt wurden, mussten schnellstmöglich begraben und durch der neuen Situation angepasste Vorgehensweisen ersetzt werden.

Diese rasche und in diesem Ausmaße nicht vorhersehbare Entwicklung beeinflusste auch die Vorbereitungen für die gemeinsame Weltausstellung in Wien und Budapest.

⁶⁶ Vgl.: Kohl, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1990, S.7

⁶⁷ In: Kohl, Andreas: Österreich und Europa im Annus mirabilis Europae 1989. In : Kohl, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1990, S.814

⁶⁸ Ebd.

5.3. Eine neue geografische Ordnung für Europa

Das Jahr 1990 brachte für Österreich eine große geopolitische Veränderung. Das Land lag plötzlich nicht mehr „an der Bruchlinie zwischen Ost und West, sondern diese Linie ist verschwunden (...)“⁶⁹. Damit änderte sich die außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Ausgangsposition Österreichs mit einem Schlag.

Innenpolitisch war die Nationalratswahl eines der wichtigsten Themen des Jahres. Der dieser Wahl vorausgehende Wahlkampf war vor allem von der Ausländerfrage geprägt. Dies machte sich wenig überraschend auch die FPÖ als potentiell Wahlmotiv zunutze.

Ob und inwieweit dieses Thema auch für das schlussendlich negative Votum der Wienerinnen und Wiener bei der Volksbefragung zur EXPO '95 von Bedeutung war, wird an späterer Stelle noch zu klären sein.

5.4. Wandel in (Ost-)Europa - ein neuer Konflikt in Jugoslawien

Viele von den durch den Fall des Eisernen Vorhangs hervorgerufenen Veränderungen in Österreich und Europa wurden 1991 weitergeführt, beziehungsweise führten zu „ungelöste[n] Probleme[n] in wirtschaftlicher, sozialer, umweltpolitischer und politischer Hinsicht.“⁷⁰

Besonders dramatisch war die Entstehung des Bürgerkrieges in Jugoslawien, womit nach jahrzehntelangem Frieden wieder ein blutiger Konflikt an den Grenzen zu Österreich ausgetragen wurde.

Innenpolitisch war das Jahr wiederum durch die „massive Thematisierung der Ausländerfrage durch die FPÖ und dramatische Landtagswahlergebnisse im Burgenland, in der Steiermark, in Oberösterreich und in Wien“ geprägt.

⁶⁹ In: Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1991, S.7

⁷⁰ In: Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1992, S.7

Zu den „dominierenden Ereignissen des Jahres 1991“ zählen die Herausgeber des *Österreichischen Jahrbuchs für Politik 1991* aber auch die „Ablehnung der EXPO 1995 in Wien in der darüber durchgeführten Volksbefragung.“⁷¹

⁷¹ Ebd.: S.8

6. Medien und Politik im Vorfeld der Volksbefragung

Von der positiven Grundeinstellung gegenüber einer Weltausstellung in Wien, die zu Beginn der Überlegungen quer durch alle im Wiener Rathaus vertretenen Parteien zu spüren war, war in den Monaten vor der geplanten Volksbefragung nicht mehr viel übrig geblieben. Ausgelöst wurde die Debatte über eine mögliche Befragung des Volkes bezüglich der Abhaltung einer Weltausstellung von der Wiener FPÖ, rund um den damaligen Landesparteiobmann Erwin Hirschnall. Von der Partei wurde eine „Unterschriftenaktion zur Einleitung einer Volksbefragung“⁷² durchgeführt. Nach Einschätzung von Gerhard Feltl kam der radikale Kurswechsel der FPÖ bezüglich der EXPO’95 vor allem in Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Wien. So hätte sich Erwin Hirschnall „Profilierungschancen aus einer EXPO-Ablehnung“⁷³ ausgerechnet. Die offizielle Argumentation der FPÖ, warum eine Volksbefragung unerlässlich war, klang naturgemäß etwas anders: „Eine derartige Veranstaltung muss einfach vom Wollen der Bevölkerung – die ja der eigentliche Gastgeber ist – getragen werden.“⁷⁴ Eine Analyse der Broschüren und Flugblätter, die zwischen März und Mai 1991 die Wiener Bevölkerung erreichten, wird dies ganz klar zeigen. Aufgrund der Tatsache, dass die Grünen zum Zeitpunkt der Volksbefragung zwar noch nicht im Rathaus aber bereits seit 1987 in allen 23 Bezirksvertretungen Wiens vertreten waren und so schon viele Menschen mit ihren Ideen und Forderungen erreichen konnten, wird auch diese Partei in der folgenden Betrachtung berücksichtigt. Bemerkenswert ist, dass in dieser Phase vor der Volksbefragung 1991, die beiden Wiener Großparteien weiter auf einer – nach außen hin – gemeinsamen Linie beharrten. Man ließ sich vor allem deshalb auf die Abhaltung einer Volksbefragung ein, da man auf Meinungsumfragen vertraute, die eine hohe Akzeptanz seitens der Bevölkerung für die EXPO aufzeigten. Auf diese von der EXPO-Vienna AG beauftragten Umfragen wird in weiterer Folge noch einzugehen sein.

⁷² Vgl.: Wiener Freie Zeitung 4E/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung)

⁷³ Vgl.: Feltl/Semrau (1992)

⁷⁴ Vgl.: Wiener Freie Zeitung 4E/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung)

6.1. Volksbefragung als Wahlkampfmittel

„Ein Selbstmord wie aus dem Lehrbuch für Gerichtsmedizin. Die FPÖ klappte das Messer auf – und die ÖVP stürzte sich mit voller Wucht hinein.“⁷⁵ So wurde im *profil* von 2. April 1991 die Entscheidung der ÖVP analysiert, die von der FPÖ initiierte Volksbefragung zu unterstützen. Besonders bemerkenswert an dieser Entscheidung ist vor allem, dass der damals gerade erst seit knapp zwei Monaten amtierende Obmann der Wiener ÖVP, Heinrich Wille, noch im Februar öffentlich gemeint hatte, eine Volksbefragung zur EXPO sei nicht nur unnötig, sondern auch „wenig sinnvoll, weil die Zeit drängt.“⁷⁶ Knapp acht Wochen später formulierte Wille wiederum in der Öffentlichkeit bereits die Fragestellung für die Volksbefragung. Die SPÖ wurde von dem radikalen Kurswechsel der des Koalitionspartners mehr oder weniger kalt erwischt und war fast gezwungen auf den Volksbefragungs-Zug aufzuspringen. Der klare Sieger dieser politischen Kontroversen war der Initiator der Volksbefragung Erwin Hirnschall samt seiner FPÖ. Die beiden großen Parteien wenige Monate vor der Landtagswahl dermaßen in Bedrängnis zu bringen und zu einem radikalen Kurswechsel zu zwingen, war eine strategische Meisterleistung auf Kosten der Weltausstellung, deren Austragung spätestens mit dem Kurswechsel der ÖVP gehörig zu wackeln begonnen hatte. Die FPÖ würde egal wie die Volksbefragung ausginge, als Sieger vom Platz gehen. Bei einer klaren Mehrheit für die EXPO `95 hätte man sich einfach auf die Stimme des Volkes berufen können und durch die Absage der Bevölkerung konnte man sagen, man wäre immer schon gegen dieses Milliardenpektakel gewesen. Dass dieses Argument eine Verdrehung der Tatsachen war, da die FPÖ 1988 gemeinsam mit den beiden andern damals im Gemeinderat vertretenen Parteien einstimmig dafür gestimmt hatte, die Bewerbung für eine Weltausstellung zu unterstützen, war 1991 wohl schon längst vergessen.

⁷⁵ Vgl.: *profil*, Wien, wie es lebt und lebt. 14/1991, S.44

⁷⁶ Ebd.

6.2. Vorgehen und Einstellungen der einzelnen Parteien

6.2.1. Die Argumentation der FPÖ

Mit dem ins Ohr gehenden Slogan „EX für die EXPO“ bewarb die Wiener FPÖ ein negatives Befragungsergebnis, mobilisierte aber in erster Linie auch ihre potentielle Wählerschaft an der Volksbefragung teilzunehmen. In umfangreichen Broschüren, die an die Wiener Haushalte verschickt wurden, legte man Punkte gegen die geplante Weltausstellung dar. Die Hauptargumente waren Preissteigerungen in allen Lebensbereichen vor allem aber bei den Mieten, steigende Kriminalitätsraten durch Massentourismus, Verkehrshölle und Umweltschäden.⁷⁷ Man versuchte also mit altbewährten Methoden und Argumenten die Angst in der Bevölkerung vor allem Fremden und Neuen zu wecken. Des Weiteren versuchte man in eben diesen Broschüren die Frage zu klären, wozu eine EXPO ausgerichtet werden sollte. Hauptargument hierbei war, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhangs das Projekt „seinen außenpolitischen Sinn“ verloren hätte. Bezüglich Finanzierbarkeit wurde das Argument aufgeworfen, dass sich Ungarn die EXPO in Wahrheit nicht leisten könnte und im Endeffekt „wir [die Wienerinnen und Wiener, Anm.] die gesamte Zeche dieses Spektakels bezahlen müssten“. Die geplante Weltausstellung wird in den hier zitierten Quellen mehrfach als „Monsterspektakel“ oder „Prestigeprojekt“ bezeichnet, was in der später folgenden Analyse noch behandelt werden soll. Interessant zu bemerken ist auch, dass in zwei separaten Postwurfsendungen (die erste als Unterschriftenwerbung als Grundlage für einen Antrag zur Durchführung einer Volksbefragung, die zweite als Werbung für ein negatives Abstimmen bei der Befragung selbst) nahezu idente Informationen an die Wiener Haushalte versendet wurden. Nicht nur die Argumente, auch die Formulierungen waren hierbei nahezu ident.⁷⁸ Die im Abstand von einem Monat erschienen Blätter unterscheiden sich vor allem durch unterschiedliche Layouts. Eine Formulierung findet sich allerdings nur im ersten Schreiben von März 1991, nämlich, dass es „bei der überwältigenden Mehrheit der Wiener Bevölkerung (...) längst keine Akzeptanz mehr für das

⁷⁷ Vgl.: Wiener Freie Zeitung 4E/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung)

⁷⁸ Vgl. Wiener Freie Zeitung 3/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung) und Wiener Freie Zeitung 4E/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung)

Großspektakel EXPO⁷⁹ gäbe. Zu diesem Zeitpunkt konnte diese These mit Sicherheit nicht belegt werden, da Meinungsumfragen, auf die noch einzugehen sein wird, noch wenige Wochen vor Abhaltung der Volksbefragung, eine mehrheitlich positiv gestimmte Bevölkerung vermeldeten. Hier wird bereits die große Diskrepanz zwischen den Einschätzungen der einzelnen politischen Lager bezüglich der Bevölkerungsakzeptanz deutlich. Während die FPÖ bereits früh zu erkennen schien, dass die Stimmung bereits gekippt war oder zumindest dabei war zu kippen, verließen sich die Koalitionsparteien im Rathaus auf die positiven Meinungsumfragen und stiegen daher auch viel später und bei weitem nicht so offensiv, im Falle der FPÖ schon fast aggressiv, in den „Wahlkampf“ für die Volksbefragung ein. Dies kann man auch ganz klar an der Wortwahl Erwin Hirschsalls in einem Statement zur EXPO im April 1991 erkennen:

„ SPÖ und ÖVP verschweigen den Wienern die Nachteile der EXPO. Schon jetzt sind die Wohnungskosten explodiert. Bis zu 280 000 EXPO-Besucher täglich garantieren das permanente Verkehrschaos. Fehlende Polizeikräfte lassen den Sicherheitsnotstand erwarten. Der Steuerzahler hat das EXPO- Abenteuer zu bezahlen – bis jetzt schon mit knapp einer Milliarde Schilling. Daher „NEIN“ zur EXPO“⁸⁰

Der Wiener FP-Obmann greift nicht nur die beiden Großparteien direkt an, er verwendet auch ansonsten eine – für die FPÖ - wahlkampftypische Rhetorik. Durch die Argumentation wird versucht, die Bevölkerung zu verunsichern und Angst und Hass gegenüber Neuem und Fremden - in diesem speziellen Fall gegenüber der EXPO – zu schüren.

6.2.2. Die Interessen der SPÖ

Im Vorfeld der Volksbefragung setzte die SPÖ vor allem auf Plakatstände, auch Dreiecksstände oder „Propagandatafeln“ genannt, (die sie selbst noch zu Beginn der 1980er-Jahre durch eine Volksbefragung abschaffen wollte⁸¹) und weniger auf Flugblätter und Informationsbroschüren, wie die FPÖ. In einem Extrateil der Lokalzeitung *Unser Wien* wurde Vizebürgermeister Mayr vor allem

⁷⁹ Vgl. Wiener Freie Zeitung 3/1991 – Hrsg FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung)

⁸⁰ Vgl.: *Unser Wien* Extra, Das sagt Wille. VI/91, S.6

⁸¹ Vgl.: *profil*, „Abgewürgt“. 19/1991, S.38

mit zwei Argumenten für die EXPO zitiert: Er stellte die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Entstehen eines neuen Stadtviertels in den Vordergrund. Auf den bereits erwähnten Plakattafeln war etwa zu lesen: „Sag ja zur EXPO, weil sie uns Wienern nichts kostet, aber viel bringt“. Neben den beiden oben genannten Argumenten wurden noch das Steigen des internationalen Ansehens und die Chancen für die Wirtschaft aufgelistet.⁸²

6.2.3. Der Kurs der ÖVP

Die Wiener ÖVP verfolgte bis März 1991 einen ähnlichen EXPO -Kurs wie die SPÖ. Beide Parteien wollten die Weltausstellung als Prestigeprojekt für die gemeinsame Regierungsarbeit nützen und zogen so zumindest in der Öffentlichkeit im Vorfeld der Volksbefragung an einem Strang.

Spätestens ab dem Zeitpunkt aber, als die Bestellung des ehemaligen SPÖ-Politikers Günther Sallabergers zum Vorstandsdirektor der EXPO im Raum stand, war die gemeinsame öffentliche Linie ausgelöscht. Auf die genauen Hintergründe wird im Analyseteil näher eingegangen werden.

Auch der rasante Kurswechsel des ÖVP-Obmanns Heinrich Wille in der Frage, ob es zu einer Volksbefragung kommen sollte, wirkte sich nicht sehr positiv auf das Image der Wiener ÖVP aus. Besonders die Volkspartei sah sich angesichts der vielen Unterschriften, die die FPÖ schon gesammelt hatte, um eine Volksbefragung einzuleiten, deutlich unter Druck gesetzt und reagierte dementsprechend panisch und unüberlegt. Auch auf diese Entwicklungen wird im später folgenden Analyseteil noch einzugehen sein. Die Worte Heinrich Willes, die eigentlich als Motivation für die Wienerinnen und Wiener dienen sollten, klangen im April 1991, etwa ein Monat vor der Volksbefragung eher hohl und leer:

„JA zur EXPO! 1. Die EXPO ist Anlass für die Verbesserung der Infrastruktur, vor allem des öffentlichen Verkehrs. 2. Die EXPO fördert Wirtschaft und Fremdenverkehr und damit den Wohlstand. 3. Die EXPO ist eine atemberaubende Weltreise zum Preis einer Theaterkarte.“⁸³

⁸² Vgl. Abb. In : AKIN-aktuelle Informationen. Bewegung für Sozialismus (Hrsg.) 16/1991

⁸³ Vgl.: *Unser Wien Extra*, Das sagt Wille. Nr VI/91, S.6

6.2.4. Die Einstellung der Grünen

Im Gegensatz zu den drei damals im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ war die Grüne Alternative, wie sich die Bewegung in den 1980er- Jahren nannte, von Beginn an gegen eine Bewerbung für eine Weltausstellung in Wien. Besonders kritisiert wurde die Bindung an einen zentralen Standort. In verschiedenen Protokollen von Sitzungen der Grünen Alternative sind Alternativvorschläge enthalten, die mit einer Weltausstellung im klassischen Sinn nicht mehr viel zu tun hätten. Unter anderem wollte man „eine dezentrale, sich über weite Bereiche Wiens und Teile Niederösterreichs erstreckende, zeitlich andauernde *Internationale Präsentation Stadtökologie*“⁸⁴ anstatt einer typischen Weltausstellung vorschlagen. So sollte die Nachnutzungsdebatte eines zentralen Standortes ausgestochen werden, da verschiedene kleinere Standorte eine Dauernutzung besser zugelassen hätten. Des Weiteren sollten sich die Besuchermassen nicht auf wenige Monate beschränken sondern über Jahre hinweg eine „Attraktivität und Anziehungskraft“ für den Tourismus in Wien und Umgebung erhalten werden. Das Thema „Stadtökologie“ wurde von der Grünen Alternative auch den Verantwortlichen in Budapest empfohlen umzusetzen. Die Donau sollte als „ökologisches Band“ zwischen Wien und Budapest dienen. Außerdem brachte Dieter Schrage in seinen Ausführungen auch den Vorschlag, Bratislava in das Projekt zu integrieren.

Weitere Ideen und Anregungen der Grünen Alternative waren unter anderem anstatt der geplanten Autobahnverbindung zwischen Wien und Budapest die beiden Städte „durch Nationalparks an der Donau“⁸⁵ zu verbinden. Konkrete Vorschläge für eine dezentrale Ausrichtung der Weltausstellung innerhalb Wiens waren etwa die Sanierung und Nutzung von Messepalast, Nordbahngelände und Gasometer. In Bezug auf die Verbesserung der Infrastruktur machte man sich vor allem für die Verlängerung der U1 nach Leopoldau stark.⁸⁶

⁸⁴ Vgl.: Schrage, Dieter: Statt „Weltausstellung“ – Ökologiestadt: eine grüne Alternative. Wien, 8.Juni 1988

⁸⁵ Vgl.: *Zeitung der Grünen Alternative (Grüne) Bezirksgruppe Donaustadt*, Hände weg vom Donaupark! Keine Weltausstellung im Erholungsgebiet! September/Okttober 1988. S.1f

⁸⁶ Vgl.: Ebd. S.2

An der Wortwahl der Grünen Alternative in ihren Flugblättern gegen die Weltausstellung ist bemerkenswert, dass ebenso wie in jenen der FPÖ immer wieder die Monster-Metapher vorkommt. Darauf wird an späterer Stelle noch einzugehen sein.

Bemerkenswert ist auch, dass in den Reihen der Grünen bereits im Jahr 1988 Rufe nach einer Befragung der Wiener Bevölkerung zum Thema EXPO laut wurden. Man wünschte sich im Vorfeld einer Volksbefragung eine „umfassende Informations- und Diskussionskampagne über das Für und Wider der Projekte“. In einer anderen Postwurfsendung steht der Nutzen für die Bevölkerung im Vordergrund. Die Grundaussage der Grünen Alternative war, dass das Geld, das für die EXPO aufgebracht werden sollte, besser für andere Projekte verwendet werden könnte, die den Wienerinnen und Wienern mehr bringen würden, wie etwa Schaffung von Wohnraum, die Lösung des Müllproblems und Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes.⁸⁷

Des Weiteren wurde die EXPO in einer Aussendung der GAZ (Grüne Alternative Zeitung) unmittelbar vor der Volksbefragung 1991 mit einem Gewinnspiel verglichen, an dem allerdings nur „japanische Investoren [Nomura, Anm.], österreichische Großbanken, österreichische Großbauunternehmen“ und „österreichische Großparteien“ teilnehmen dürften. „Bürger und Steuerzahler sind von der Teilnahme ausgeschlossen!“⁸⁸ Mit diesem zynischen Zugang sollten die Wienerinnen und Wiener dazu gebracht werden, gegen die EXPO zu stimmen.

Ein weiterer Vorwurf der Grünen Alternative richtete sich direkt an einige Wiener SPÖ-Stadtpolitiker, konkret gegen Bürgermeister Helmut Zilk und Vizebürgermeister Hans Mayr. „Nach Bruno Kreisky wollen sich nun auch Zilk und Mayr ein Denkmal an der Donau errichten.“⁸⁹

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass keine andere in Wien vertretene Partei von Beginn an den Weltausstellungsplänen so kritisch gegenüber stand. Man lehnte anfangs das Projekt zwar nicht gänzlich ab, setzte sich allerdings ausschließlich für dezentrale Ansätze ein. Im Vorfeld der Volksbefragung positionierte man sich dann mit einer Fülle an Flugblättern,

⁸⁷ Vgl.: Anhang 1

⁸⁸ Vgl.: Die Grüne Alternative (Hrsg.): GAZ Nr.14, Wien 1991

⁸⁹ Vgl.: Die Grüne Alternative (Hrsg.): GAZ, Nr.1, Wien 1991, S.4

Broschüren und Artikel in verschiedenen Printmedien klar gegen eine Weltausstellung und auch gegen das geplante Kraftwerk Freudenau.

6.3. Der Einfluss der Bürgerinitiativen

Bereits relativ früh in der Planungsphase für die EXPO '95 formierten sich die ersten Bürgerinitiativen in erster Linie gegen dieses Projekt aber in einem nicht unwesentlichen Ausmaß auch gegen die Stadtregierung. Besonders engagiert waren hierbei neben Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener Umweltschutzorganisationen die Bürgerinnen und Bürger des 22. Wiener Gemeindebezirkes, da das EXPO-Gelände in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung entstehen sollte und von vielen befürchtet wurde, dass ein beliebtes Naherholungsgebiet, nämlich der Donaupark diesen Bauvorhaben zum Opfer fallen könnte.

6.3.1. Die Bürgerinitiative gegen Donau(alp)traum

Die *Bürgerinitiative gegen Donau(alp)traum* formierte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 und war laut Selbstdefinition überparteilich. Hauptziel war ein Mitspracherecht der Bevölkerung bezüglich der (Teil-)Verbauung des Donauparks. Man schoss sich besonders auf den Wiener Gemeinderat ein, der trotz des Versprechens keine Steuergelder zu Finanzierung der EXPO zu verwenden, dennoch einige Millionen Schilling „bewilligt und ausgegeben“⁹⁰ haben soll. Ebenso hegte man die Befürchtung, dass „massive Hochhausbauten erfolgen“ würden und Wien zu einem zweiten Manhattan werden könnte. Man sprach sich bei der hier zitierten Pressekonferenz des Weiteren klar für die Abhaltung einer Volksbefragung aus. Wie schon in Schreiben der Grünen Alternative und der FPÖ wurde auch in diesem Protokoll der Terminus „Monsterprojekt“ für die Beschreibung der EXPO verwendet. Die Bürgerinitiative unterstützte auch aktiv das im Februar 1991 gegründete *Personenkomitee zur Verhinderung der 2. Wiener City und EXPO 95*.

⁹⁰ Vgl.: *Bürgerinitiative gegen Donau(alp)traum*, Pressekonferenz Cafe Landtmann, 15.2.1991

6.3.2. Komitee zur Verhinderung der EXPO/2. Wiener City und Förderung von Alternativen

Unterstützt wurde dieses Komitee vor allem von namhaften Politikerinnen und Politikern der Grünen wie Freda Meissner-Blau, Friedrun Huemer, Madeleine Petrovic oder Peter Pilz. Ebenso waren aber auch der Sozialdemokrat Paul Blau oder die KPÖ-Größen Hubert Schmiedbauer und Waltraud Stiefsohn Mitglieder dieses Personenkomitees.

Die Ziele waren allgemein gegen eine zweite Wiener City gerichtet. Man wollte etwa anstatt der EXPO, die nur als Vorwand für die Errichtung einer zweiten City interpretiert wurde, „ökologische Kleinprojekte“ mit Nachbarländern initiieren. Außerdem wurden „Volksabstimmung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei allen Großprojekten“ gefordert. In einer Aussendung hieß es etwa: „Gönnen wir Mayr kein Denkmal an der Donau! Nein zur Expo! Nein zur 2. Wiener City! Unterstützen Sie unseren Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung mit Ihrer Unterschrift!“⁹¹ Der Vorwurf, dass sich der damalige Wiener Bürgermeister Helmut Zilk aber vor allem sein Stellvertreter Hans Mayr mit den Bauten für die Weltausstellung 1995 in ähnlicher Manier wie in den 1970er Jahren der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky mit dem Bau der UNO-City in den Geschichtsbüchern und mehr noch im Stadtbild von Wien verewigen wollten, wurde, wie bereits oben erwähnt, auch explizit von der Grünen Alternative geäußert. Darauf wird im Verlauf dieser Arbeit auch noch näher einzugehen sein.

⁹¹ Vgl.:Anhang 2

7. Medienberichterstattung zur EXPO '95

Die These, die den folgenden Betrachtungen zugrunde liegt, ist jene, dass die Medien maßgeblichen Einfluss auf das negative Votum der Wiener Bevölkerung bei der Volksbefragung 1991 hatten. Analysiert werden ausschließlich Zeitungsberichte österreichischer Tageszeitungen und Zeitschriften, die im Zeitraum zwischen 1987 und 1991 über die Vorbereitungen zur EXPO '95 berichteten. Besonders genau werden dabei Artikel, die in der *Neue Kronen Zeitung*, als Vertreter der Massenmedien und im *Standard*, stellvertretend für Qualitätsmedien, erschienen sind, untersucht werden.

Bei der Interpretation und Analyse dieser beiden Printmedien muss auch die jeweilige Reichweite der Zeitungen berücksichtigt werden. Die Kronen Zeitung lag laut Erhebungen der MA⁹² 1990 bei einer Reichweite von 42,6 Prozent, während der 1988 neu gegründete Standard nur 3,8 Prozent der österreichischen Bevölkerung erreichen konnte.⁹³

7.1. Die Berichterstattung in der Anfangsphase der Planung

Als Quelle für die folgenden Ergebnisse dient eine von der Firma TRICONCONSULT durchgeführte und im Dezember 1988 veröffentlichte *Inhaltsanalyse der Berichterstattung über die Weltausstellung*⁹⁴. Im Untersuchungszeitraum von Jänner 1987 bis Dezember 1988 wurden insgesamt 937 „Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, die sich mit dem Thema „Weltausstellung“ befassten“ untersucht.

Aus dem Balkendiagramm zur *Tendenz der Berichterstattung zu: WELTAUSTELLUNG GENERELL*⁹⁵ geht hervor, dass die Berichterstattung aller größeren österreichischen Tageszeitungen überwiegend neutral, aber tendenziell doch positiv war. In der Kronen Zeitung etwa wurde in 32 Prozent der Artikel für die EXPO geschrieben, während nur drei Prozent eine eindeutig

⁹² MA: ARGE Media Analysen: MA 90, Basis: 6301000Bev.

⁹³ Vgl.: Bronner Oscar (Hrsg.): Medienkompendium. Medienwirtschaft 92. Daten und Berichte. In: Der Standard Bibliothek. Wien: Oscar Bronner Ges.m.b.H.1992, S.36

⁹⁴ Vgl.: TRICONCONSULT. Wirtschaftsanalytische Forschung Gesellschaft m.b.H. Projekt 9013/88: Inhaltsanalyse der Berichterstattung über die Weltausstellung. Wien: Dezember 1988

⁹⁵ Vgl.: Ebd.: Grafikband S. 16

negative Haltung erkennen ließen. Im Standard wiederum waren 23 Prozent der Berichte positiv konnotiert und kein einziger negativ. Auffällige Ergebnisse brachten *Die Ganze Woche*, die keine positiven Artikel zum Thema Weltausstellung druckte, dafür 58 Prozent dagegen und *Die Wirtschaft*, wo wiederum 71 Prozent der veröffentlichten Artikel pro EXPO ausfielen.

Die meisten Artikel aus dem untersuchten Zeitraum – nämlich insgesamt 85 Prozent - erschienen vom zweiten bis zum vierten Quartal 1988⁹⁶, also zwischen dem offiziellen Ansuchen Österreichs und Ungarns beim B.I.E. im Mai 1988 und der Präsentation des Projekts *EXPO '95* im Dezember desselben Jahres.

Aus den Erhebungen der Firma TRICONSLUT geht ebenfalls hervor, dass das (Medien)Interesse von Beginn an vor allem in Wien vorhanden war und es eine Ungleichbehandlung in Bezug auf die anderen Bundesländer gab. In Zahlen lässt sich dies wie folgt ausdrücken: 73 Prozent, also 684 der insgesamt 937 zum Thema Weltausstellung verfassten Artikel, erschienen in den Wiener Ausgaben der Tageszeitungen⁹⁷. Diese Zahlen belegen das bereits thematisierte Scheitern der Organisation, von Beginn an alle neun Bundesländer mit in die Planung der Weltausstellung mit einzubeziehen. Dadurch beschränkte sich die mediale Berichterstattung über das geplante österreichische Großereignis vor allem auf den Großraum Wien und es wurde sowohl vonseiten der Medien, also auch von der Politik der Eindruck erweckt, es handle sich bei der geplante EPXO'95 um ein kommunales Projekt.

Von allen zum Thema Weltausstellung verfassten Artikeln, fielen 9 Prozent auf die *Kronen Zeitung* und drei Prozent auf den *Standard*. Bei all den Zahlen und Statistiken nicht außer Acht zu lassen ist, dass die erste Ausgabe der von Oskar Bronner neu gegründeten Tageszeitung *Der Standard* erst am 19. Oktober 1988 erschienen ist. Umso bemerkenswerter also, dass in den wenigen verbleibenden Monaten des von TRICONSLUT festgelegten Untersuchungszeitraums, noch eine Quote von 3 Prozent an Berichten über die EXPO '95 erreicht werden konnte.

⁹⁶ Vgl.: TRICONSLUT: Projekt 9013/88. Tabellenband S.6

⁹⁷ Vgl.: Ebd. S.9

Des Weiteren fällt auf, dass sowohl der Kurier, als auch Die Presse (16% beziehungsweise 18%)⁹⁸ in etwa doppelt so viel über die geplante EXPO berichteten, als die Kronen Zeitung.

Interessant zu beobachten ist auch, dass das Wochenmagazin *Profil* nur einen Gesamtanteil von zwei Prozent der Artikel vorweisen konnte, die mehrheitlich gegen die geplante Weltausstellung gerichtet waren. Dies ist vor allem deshalb erwähnenswert, da der damalige Chefredakteur dieses Magazins, Peter Rabl, ein erklärter Befürworter der EXPO war.

Insgesamt war die geplante Weltausstellung bis zum Ende des Jahres 1988 aber nicht viel mehr als eine Randnotiz in den österreichischen Printmedien.

7.2. Die Berichterstattung im Vorfeld der Volksbefragung

Da eine detaillierte Analyse aller österreichischen Printmedien im Laufe der Vorbereitungsphase für die EXPO '95 den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, wird in weiterer Folge vor allem noch die Berichterstattung der beiden Tageszeitungen *Der Standard* und *Neue Kronen Zeitung* sowie jene der Wochenzeitschrift *profil* im Vorfeld der Volksbefragung – genauer definiert von Beginn des Jahres 1991 bis Mai 1991 - analysiert.⁹⁹

7.2.1. Neue Kronen Zeitung

Bei der Analyse der Berichterstattung der *Neuen Kronen Zeitung* fällt vor allem auf, dass dem Thema EXPO '95 keine besondere Beachtung geschenkt wurde. In unregelmäßigen Abständen erschienen Berichte über die geplante Weltausstellung. Diese meist kurzen Artikel befanden sich an wenig prominenter Stelle im Lokalteil der Zeitung.

Erst im Mai 1991, also unmittelbar vor der Volksbefragung, wurde die Berichterstattung intensiver, verblieb allerdings im Bereich „Lokales“. Außerdem wurden bezahlte Anzeigen sowohl von den EXPO-Befürwortern ÖVP und SPÖ,

⁹⁸ Ebd.: S.10

⁹⁹ Die folgenden Erkenntnisse entstammen der eigenen Recherche. Die Berücksichtigung aller verfassten Artikel kann daher nicht garantiert werden.

also auch - in etwas geringerer Zahl - jene gegen eine Austragung der Weltausstellung gerichteten der FPÖ abgedruckt. Auf die Titelseite der *Kronen Zeitung* schaffte es die Weltausstellung erst posthum, nämlich nach Bekanntwerden des Volksbefragungsergebnisses am 17. Mai 1991 mit dem Titel „EXPO in Wien ist gestorben!“.¹⁰⁰

7.2.2. Der Standard

In der Tageszeitung *Der Standard* erschienen Berichte rund um das Thema EXPO '95 in regelmäßigen Abständen und vor allem auch in unterschiedlichen Ressorts des Blattes. Neben dem am häufigsten vorkommenden Platz im Inland-Teil, befassten sich auch regelmäßig die Kultur-, Wirtschafts-, und Auslandsredaktionen mit dem gerade aktuellen Stand der Vorbereitungen. Auch in der Rubrik *Kommentar* und *Kommentar der anderen* kamen immer wieder Personen zu Wort, die sich mit der geplanten Weltausstellung auseinandersetzten und sich - vorwiegend positiv aber von Zeit zu Zeit auch kritisch – dazu äußerten.

In der Wochenendausgabe von 16. und 17. März 1991 gab es sogar einen *SCHWERpunkt* mit „ausführliche[n] Berichte[n] zum Stand der EXPO 1995“¹⁰¹ auf mehreren Seiten.

Immer wieder schaffte es das Thema vor allem im Vorfeld der Volksbefragung, also Anfang Mai 1991 auch auf die Titelseite. Insgesamt kann festgehalten werden, dass seit der Bekanntgabe der Tatsache, dass es eine Volksbefragung zur EXPO'95 geben würde, die ohnedies schon eher ausführliche Berichterstattung zum Thema nochmals intensiviert wurde. Des Weiteren sucht man im *Standard* im Unterschied zur *Kronen Zeitung* vergeblich nach bezahlten Anzeigen von EXPO-Gegnern. Werbeinserate der Weltausstellungsbefürworter hingegen findet man vor allem in den Ausgaben ab etwa einer Woche vor der Befragung des Öfteren, am 10.5. sogar im Umfang von einer ganzen Seite.¹⁰² Auch die Nachberichterstattung, nach dem Aus für die EXPO'95 infolge des negativen Ergebnisses der Volksbefragung erfolgte in der Tageszeitung *Der Standard* weit intensiver und umfangreicher als etwas in der *Kronen Zeitung*. So

¹⁰⁰ Vgl.: *Kronen Zeitung*, EXPO in Wien ist gestorben! 17.5.1991, Titelseite

¹⁰¹ Vgl.: *Der Standard*, SCHWERpunkt. 16./17.3.1991, Titelseite

¹⁰² Vgl.: *Der Standard*, Ja zur Expo.... 10.5.1991, S.16

findet man noch Ende Mai 1991, also mehr als zwei Wochen nach Bekanntgabe des Befragungsergebnisses, immer wieder ausführliche Artikel zum Thema Weltausstellung.

7.2.3. profil

Der damalige Herausgeber der Wochenzeitschrift *profil*, Peter Rabl, war ein bekannter und auch offensiver Befürworter der EXPO'95. Diese Tatsache kann zugleich als Grund angeführt werden, warum die Zeitschrift doch überdurchschnittlich viele Artikel und Reportagen zum Thema Weltausstellung verfasste und veröffentlichte. Den Großteil der im Jahr 1991 über die EXPO erschienenen Artikel, wurde von Alfred Worm verfasst, der für seine investigativ-journalistische Arbeitsweise bekannt war. Unter anderem moderierte er ein Streitgespräch zwischen dem Wiener Vizebürgermeister Hans Mayr und dem Obmann der Wiener FPÖ Erwin Hirnschall im Vorfeld der Volksbefragung.¹⁰³

Der EXPO-Berichterstattung wurde zwar insgesamt viel Raum gegeben, auf die Titelseite schaffte sie es allerdings – wie bei der Kronen Zeitung – erst nach Veröffentlichung des negativen Volksbefragungsergebnisses mit dem Titel „Der Wille zur Provinz?“.¹⁰⁴ Der sich im Blattinneren dieser Ausgabe befindliche Artikel mit dem Titel „Wien im Eck“¹⁰⁵ rechnet in sehr deutlichen Worten mit den Verfehlungen der Politik im Vorfeld der Volksbefragung ab. Beginnend bei der plötzlichen Kehrtwende Heinrich Willes FÜR eine Befragung, über die Kritik am schlechten Timing bezüglich der Eröffnung einer Baustelle auf der Reichsbrücke während der Volksbefragung und einem damit verbundenen Verkehrschaos, bis hin zu steigenden Preisen und dem Vorwurf, dass politisches Unvermögen Schuld daran trage, dass den Österreicherinnen und Österreichern nicht die wirtschaftlichen Vorteile einer Weltausstellung vor Augen geführt werden konnten, reichte die Liste, die allerdings leider zu spät abgedruckt wurde.

¹⁰³ Vgl.: *profil*, „Kein Allheilmittel – aber ein Impuls“..18/1991, S.32-34

¹⁰⁴ Vgl.: *profil*, Der Wille zur Provinz? 21/1991, Titelseite

¹⁰⁵ Vgl.: *profil*, Wien im Eck? 21/1991, S.18-21

8. Stimmungsbarometer und Meinungsumfragen

Im Februar 1990, also etwa zwei Monate nach der Vergabe der Weltausstellung im Jahr 1995 an Österreich und Ungarn, veröffentlichte TRICONSLUT ein weiteres Papier zum Thema. Anders als bei der ersten Erhebung über die Printmedienberichterstattung gab es diesmal einen konkreten Auftraggeber, nämlich die EXPO VIENNA AG. In einem 114 Seiten starken Berichtband sollte die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zu der geplanten Weltausstellung mithilfe einer „breit angelegten Repräsentativ-Umfrage“¹⁰⁶ beleuchtet werden.

Neben allgemeinen Fragen zum Wissen rund um die EXPO, Vorstellungen und Besuchsabsichten, wurde also „eines der Hauptziele der vorliegenden Untersuchung“¹⁰⁷ auch die Einstellung der Österreicherinnen und Österreicher zur Weltausstellung hinterfragt. Befragt wurden Personen im gesamten Bundesgebiet, womit die Ergebnisse im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit, nämlich dem negativen Ergebnis der Wiener Volksbefragung, relativiert werden müssen. Dennoch können die Daten das allgemeine Stimmungsbild etwa eineinhalb Jahre vor dem Scheitern der EXPO-Pläne gut widerspiegeln.

8.1. Grundeinstellung zur EXPO Anfang 1990

Aus einer Grafik¹⁰⁸ des Berichtbandes der Firma TRICONSLUT geht hervor, dass zu Beginn des Jahres 1990 etwa 80 Prozent der Befragten die Weltausstellung allgemein befürworteten und auch die geplante Zusammenarbeit mit Budapest wurde zu diesem Zeitpunkt überwiegend positiv bewertet. Bei der Betrachtung der einzelnen Bundesländer fällt auf, dass die Steiermark, das Burgenland, Kärnten und Tirol dem Projekt überdurchschnittlich positiv gegenüberstanden, während vor allem die Bevölkerung der designierten Gastgeberstadt Wien bereits Anfang 1990 eine vergleichsweise reservierte

¹⁰⁶ Vgl.: TRICONSLUT. Wirtschaftsanalytische Forschung Gesellschaft m.b.H. Projekt-Nr.: 9501/90: EXPO Wien-Budapest 1995. Wissen, Einstellungen, Besuchsabsichten u. -motive. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung. Berichtband. Wien: Feber 1990, S.5

¹⁰⁷ Vgl.: Ebd. S.47

¹⁰⁸ Ebd. S.48

Haltung einnahm. Allgemein kann zu dieser Zeit dennoch von einem sehr positiven Meinungsklima im gesamten Bundesgebiet ausgegangen werden.

8.2. Argumente pro EXPO

Im Zuge der bereits mehrfach zitierten Befragung von Österreicherinnen und Österreichern zur EXPO wurden auch Argumente gesammelt und vorgelegt, die für eben diese Veranstaltung sprachen¹⁰⁹.

Mit 74 beziehungsweise 69 Prozent Zustimmung der Befragten, galten der zu erwartende Anstieg des Fremdenverkehrs und die Völkerverbindung als Hauptargumente für die Weltausstellung. Weitere Punkte, die über die Hälfte der Befragten als Vorteile einer EXPO in Wien sahen, waren die Tatsache, dass ein solches Projekt Österreich bekannt machen, es eine Annäherung zwischen Ost und West geben würde und diese zu erwartende Internationalisierung Österreichs neue Ideen für das Land bringen könnte.

Interessant zu beobachten ist, dass laut dieser Erhebung Argumente, die später im Vorfeld der Volksbefragung von den Parteien als zentral aufgegriffen wurden, wie etwa die Schaffung von neuem Wohnraum und neuen Arbeitsplätzen oder der Ausbau des Verkehrsnetzes von der österreichischen Bevölkerung Anfang 1990 als weniger wichtig eingestuft wurden.

Eine mögliche Erklärung für das doch deutliche Auseinanderklaffen der Rangordnung der wichtigen Themen, die für eine Weltausstellung in Wien sprechen, zwischen Bevölkerung und Politik könnte die Tatsache sein, dass bei der vorliegenden Erhebung die Befragten, die nicht in Wien oder rund um die Bundeshauptstadt leben, etwa von infrastrukturellen Verbesserungen im Großraum Wien nicht viel mitbekommen würden, während von Maßnahmen, die Österreich insgesamt attraktiver beziehungsweise international wettbewerbsfähiger machen würden, alle in gewisser Art und Weise profitieren könnten.

Die Conclusio des Berichtbands aus dem Jahre 1990 zum Thema *Wahrgenommene Nutznießer der Weltausstellung* lautet wie folgt:

¹⁰⁹ Vgl.: TRICONSLUT. Projekt-Nr.: 9501/90. Berichtband, S. 54

„Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass dem Argument, die Weltausstellung würde nur Wien etwas bringen, in der österreichischen Bevölkerung keine tragende Bedeutung zukommt. Man ist auch in den Bundesländern durchaus geneigt, aus der Weltausstellung resultierende Vorteile für ganz Österreich wahrzunehmen.“¹¹⁰

Dass dann etwa ein Jahr nach dieser Erhebung des Meinungsklimas rund um die geplante EXPO im Zuge der Werbung für ein positives Abstimmungsergebnis bei der Volksbefragung vor allem die beiden regierenden Parteien Wiens, SPÖ und ÖVP, in erster Linie Argumente für die Weltausstellung vorbrachten, von denen die Wienerinnen und Wiener etwas direkt und auf längere Sicht profitieren würden, war mit Sicherheit politisches Kalkül und erscheint absolut nachvollziehbar und logisch. Warum schließlich dennoch die negative Argumentation, die wie in der Folge gezeigt werden soll 1990 noch eher vernachlässigt betrachtet wurde, die Mehrheit der Wienerinnen und Wiener überzeugen konnte, wird in weiterer Folge zu analysieren sein.

8.3. Argumente contra EXPO

Auffällig ist, dass weit weniger der Befragten negative als positive Kriterien der Weltausstellung sahen. Dies wird bei der Betrachtung der Prozentanteile deutlich¹¹¹. So brachten die beiden am häufigsten als Contra-Argumente genannten Themen, die mit den Überbegriffen Finanzierung und Umweltschutz benannt werden können, nur ein Ergebnis von 50 Prozent zustande. Das bedeutet, nur die Hälfte der Befragten sah diese Punkte als Argumente gegen die Weltausstellung.

Die größten Bedenken bezüglich Finanzierbarkeit der EXPO lagen bereits zu Beginn des Jahres 1990 darin, dass sowohl eine Kostenexplosion befürchtet wurde, als auch die Rentabilität der Veranstaltung in Frage gestellt wurde.

Hinsichtlich der Umwelt wurden in erster Linie die Müllentsorgung und Umweltbelastungen aufgrund des zunehmenden Verkehrs als mögliche negative Konsequenzen der Weltausstellung genannt.

Besonders hervorzuheben ist vor allem in Hinblick auf die spätere FPÖ-Propaganda gegen die EXPO auch noch, dass die Angst vor zu vielen

¹¹⁰ Vgl.: Ebd.: S.61

¹¹¹ Vgl.: TRICONSLUT. Projekt-Nr.: 9501/90. Berichtband, S. 58

ausländischen Besuchern, beziehungsweise die Ausländerfeindlichkeit im Allgemeinen zum Zeitpunkt der Befragung nur für etwas zehn Prozent der Umfrageteilnehmer überhaupt ein Thema war.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass die Argumente gegen eine EXPO damals noch nicht sehr ausgeprägt vorhanden waren. Vor allem das Thema, das in weiterer Folge die österreichische Politik prägen sollte, nämlich die Ausländerproblematik, wurde Anfang 1990 von der Bevölkerung noch nicht als zentral wahrgenommen. Dennoch mussten bereits zu diesem Zeitpunkt deutliche Anzeichen vorhanden gewesen sein, wie in weiterer Folge erläutert werden soll.

8.4. Forschungsprojekt Ausländerfeindlichkeit

Neben dem bereits besprochenen allgemeinen Bericht über Einstellung der Bevölkerung zur Weltausstellung, beauftragte die EXPO Vienna AG interessanterweise unter anderem auch ein Forschungsprojekt das vom Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien durchgeführt wurde und dessen „Endbericht über die erste Projektstufe“¹¹² im Februar 1991 vorlag.

Die Vorgespräche zwischen den Verantwortlichen der EXPO Vienna AG und dem Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften für diese Studie begannen Mitte 1990 und wurden im Dezember desselben Jahres vertraglich besiegelt.

Es soll hier die Frage geklärt werden, welche Entwicklungen die EXPO Vienna AG dazu veranlassten, ein solches Projekt überhaupt in Auftrag zu geben und in weiterer Folge auch, ob und inwieweit die Ergebnisse mit dem allgemeinen Stimmungsbild in der Bevölkerung zu diesem Thema übereinstimmen.

¹¹² Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften der Universität Wien: Forschungsprojekt Ausländerfeindlichkeit und nationale Identität. Endbericht über die erste Projektstufe. Auftraggeber: EXPO Vienna AG. Wien, Februar 1991

8.4.1. Ausländerfeindlichkeit - politischer Umbruch im Osten Europas

Im Zuge der Ostöffnung kam es in Österreich „nach einer kurzen Phase der Euphorie“ relativ schnell zu einem Stimmungsumschwung in der Bevölkerung. Als Gründe dafür nennen Fritz Plasser und Peter A. Ulram in ihrem Beitrag zu bereits zitierter Studie, der auch im Österreichischen Jahrbuch für Politik 1990¹¹³ abgedruckt wurde, unter anderem das „Ost-West-Wohlstandsgefälle“ oder eine „militante negative [mediale] Berichterstattung“. Nicht zuletzt ist aber sicherlich auch die an Hetze grenzende Ausländerpolitik der FPÖ ein wichtiger Faktor für das sich umbildende Meinungsklima in Österreich.

Als eines der Grundprobleme im Ausländerdiskurs geben Fritz Plasser und Peter A. Ulram die in der Zweiten Republik doch sehr homogene Bevölkerungsstruktur in Österreich an. Im Gegensatz zum multikulturellen Habsburgerreich war nach Ende des Zweiten Weltkriegs die kulturelle und ethnische Vielfalt vergangener Jahrhunderte fast ausgelöscht.

Erst die Gastarbeiter bildeten ab den siebziger-Jahren wieder eine größere Einwanderungsgruppe. Sie wurden aber – spätestens in der zweiten Generation – gut in Österreich integriert.

Als Folge dieser Homogenität konnte eine regelrechte Inselmentalität der Österreicherinnen und Österreicher beobachtet werden.

„Vor diesem Hintergrund ist Österreich seit 1989/90 mit einer neuen Welle von Touristen, Kauf –und Schauwilligen, Arbeitssuchenden und Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostblockstaaten konfrontiert – und obwohl sie sich , anders als in Frankreich, Italien und teilweise der BRD, mit Ausnahme von Sprach-und Geldschwierigkeiten kaum von den Österreichern unterscheiden – gibt es auf einmal ein „Ausländerproblem“¹¹⁴.

Diese Denkweise vieler Österreicherinnen und Österreicher machte sich die FPÖ zunutze und so wurde die Ausländerfeindlichkeit eines der Leitthemen des Wahlkampfes vor der Nationalratswahl 1990.

¹¹³ Vgl.: Plassner, Fritz; Ulram, Peter, A.: „Die Ausländer kommen!“ Empirische Notizen zur Karriere eines Themas und der Bewusstseinslage „im Herzen Europas“. In: Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1991, S.311-323

¹¹⁴ Ebd.: S.312

8.4.2. Die „Ausländerfrage“

In dem bereits genannten Forschungsprojekt wurde auch einem 1990 erschienen Werk des Philosophen und Naturwissenschaftlers Walter Weiss mit dem Titel *Fremde im Land*¹¹⁵ große Beachtung geschenkt, wenn auch Stefan Wallisch in seiner Analyse den Inhalt dieses Buch als „mehr populistisch als wissenschaftlich“¹¹⁶ zusammenfasste, so wird darin doch ziemlich deutlich, inwiefern der Umbruch in Osteuropa die Debatte über Zuwanderung, Ausländer und die vermeintlich damit verbundene steigende Kriminalität in Österreich beeinflusste.

Walter Weiss bezeichnet das Jahr 1989 etwa als „Schicksalsjahr“, da mit dem „Zusammenbruch des Kommunismus“ die Welt der Österreicherinnen und Österreicher aus den Fugen geraten sei. Diese These wird durch verschiedene Statistiken zu untermauern versucht, die allesamt eine dem Umbruch im Osten geschuldete steigende Kriminalitätsrate in Österreich belegen sollen.¹¹⁷ Die mit solchen Berichten verbundene steigende Verunsicherung in der Bevölkerung wurde von den politischen Akteuren ebenfalls schnell erkannt und für den Nationalratswahlkampf 1990 medienwirksam ausgeschlachtet.

Dazu wird eine vom *Institut für empirische Sozialforschung (IFES)* durchgeführte Umfrage mit folgendem Ergebnis zitiert: „Beachtung verdient das Ausmaß der Mobilisierbarkeit ausländerfeindlicher Gefühlspotentiale in einem von zumindest ambivalenten Einstellungen geprägten Meinungsklima.“¹¹⁸ Eine ebenfalls in diesem Werk zitierte Aussage von Ernst Gehringer verdeutlicht die These, dass vor allem populistisch argumentierende politische Parteien die zunehmende Xenophobie im Land dankend aufgriffen und damit versuchten Kapital in Form von möglichst vielen Wählerstimmen daraus zu schlagen.

„Es muss klar unterschieden werden zwischen Zuwanderern, die in normale Arbeits- und Wohnverhältnisse integriert sind, und Asylanten, die hier aus humanitären Gründen mit einem Minimum an Unterstützung auszustatten sind...Die Ausländerfrage kann somit zum politischen

¹¹⁵ Weiss, Walter: *Fremde im Land*: Quer durch alle politischen und sozialen Gruppen wird die „Ausländerfrage“ in Schulen, Familien, Betrieben und Massenmedien eifrig diskutiert und kommentiert. Ein „heißes Eisen“...(kurz&bündig) Wien: hpt-Verl.-Ges. 1990

¹¹⁶ Vgl.: Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften der Universität Wien: Forschungsprojekt Ausländerfeindlichkeit und nationale Identität. Endbericht über die erste Projektstufe. Auftraggeber: EXPO Vienna AG. Wien, Februar 1991, S.40

¹¹⁷ Vgl.: Weiss (1990), S.12f

¹¹⁸ Ebd.: S.14

*Kapital für Parteien oder Persönlichkeiten werden, die Erregung und Opposition für sich nützen wollen.*¹¹⁹

In einer Anmerkung von Stefan Wallisch zum Werk von Walter Weiss wird diese These nochmals unterstrichen und kann außerdem vor allem auf das Agieren und Argumentieren der Freiheitlichen besonders in Wahlkampfphasen übertragen werden:

*„Politiker demonstrieren oft nicht die nötige Toleranz, denn sie wissen, dass man Wahlen mit den Stimmen der Österreicher und nicht mit denen der Minderheiten gewinnt.“*¹²⁰

8.5. Die Frage der Finanzierbarkeit

War zu Beginn des Jahres in Umfragen das Thema, wie die geplante Weltausstellung finanziert werden sollte, noch eines von vielen, gelangte es im Laufe des Jahres 1990 immer mehr ins Zentrum der öffentlichen Kritik an der EXPO. Befeuert wurde dies durch geschicktes Intrigieren vonseiten der FPÖ, die nun gemeinsam mit der Ausländerfrage mit der vermeintlichen Nutzung von Steuergeldern für die Finanzierung der EXPO'95 ein zweites populistisches Thema für ihre Argumentation gefunden hatte.

Doch nicht nur in Österreich sondern vor allem auch in Ungarn führte diese Debatte zu ersten ernsthaften Überlegungen, die Weltausstellung doch nicht zu veranstalten.

8.5.1. Die Stimmung in Ungarn Ende 1990

Mit der Wahl des jungen Politikers Gabor Demszky vom liberalen oppositionellen Bund Freier Demokraten (BFD) zum Budapester Bürgermeister im November 1990, wurde besonders deutlich wie sehr die Bereitschaft der Budapester Stadtregierung eine Weltausstellung auszutragen von der Finanzierbarkeit eben dieser abhängt. In einem von Julia Stein, der Korrespondentin der Tageszeitung Der Standard in Ungarn, geführten

¹¹⁹ Ebd.: S.45

¹²⁰ Vgl.: Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften der Universität Wien: Forschungsprojekt Ausländerfeindlichkeit und nationale Identität. Endbericht über die erste Projektstufe. Auftraggeber: EXPO Vienna AG. Wien, Februar 1991, S.40

Interview, brachte Gabor Demszky dies auch deutlich zum Ausdruck: „In der wirtschaftlichen Lage von heute wäre es höchst unverantwortlich, die Expo auf Kosten der Steuerzahler und der Inflation zu finanzieren.“¹²¹

Aus einer bei der Budapester Bevölkerung durchgeführten Meinungsumfrage kurz bevor die EXPO-Anmeldung Österreichs und Ungarns durch das B.I.E. am 12.Dezember 1990 verlängert werden sollte, geht hervor, dass etwa 60 Prozent der Budapester und Budapesterinnen der EXPO positiv gegenüberstanden, da sie sich dadurch neue positive Impulse für die Wirtschaft im Land erhofften. Der Stadtrat wiederum stand einer Verlängerung des Weltausstellungsansuchens zu diesem Zeitpunkt eher negativ gegenüber. Da letztendlich aber die Entscheidungsgewalt bei der Regierung lag, wurde diese ersucht „im Namen von Budapest keine bindenden Verpflichtungen einzugehen.“¹²²

¹²¹ In: *Der Standard*, 2.11.1990, S.3

¹²² In: *Der Standard*, Expo-Zweifel: Budapest und das Provisorium. 10.12.1990, S.9

9. Analyse

Nach den allgemeinen Betrachtungen, Einschätzungen und Informationen rund um die geplante EXPO 1995, sollen nun im zweiten Teil der Arbeit ausgewählte Artikel, die in verschiedenen österreichischen Printmedien zu diesem Thema erschienen sind, auf möglicherweise bewusst oder unbewusst verwendete Metaphern hin untersucht werden.

Gegliedert wird in einige relevante Untersuchungszeiträume, in denen markante Schritte in Richtung Austragung einer Weltausstellung gesetzt wurden, beziehungsweise wo Spannungen geortet werden können, die möglicherweise mitverantwortlich für das spätere Scheitern der EXPO-Pläne waren.

Zu Beginn der Analyse werden noch allgemein die verschiedenen Bezeichnungen für die Weltausstellung und jene für den Wiener Vizebürgermeister Hans Mayr näher beleuchtet. Beide Betrachtungen sollen als Grundlage für die weiterführenden Gedanken dienen.

9.1. Metaphern zur EXPO

Sowohl in den zu analysierenden Printmedien, als auch in Aussendungen und Statements von politischen Parteien und den dazugehörigen Politikern findet sich eine Vielzahl an – teils recht kreativen – Metaphern für die geplante Weltausstellung, denen zum Teil wiederum eine tiefere Bedeutung nachzuweisen ist. Dies soll im Folgenden anhand ausgewählter Vergleiche gezeigt werden.

9.1.1. EXPO-Metaphern in der Politik

9.1.1.1. Das Monsterprojekt

Der Vergleich mit einem der Definition nach *furchterregenden, hässlichen Fabelwesen* beziehungsweise *Ungeheuer von fantastischer, meist riesenhafter*

*Gestalt*¹²³ wurde, wie nicht unschwer zu erkennen ist, von EXPO-Gegnern verschiedener politischer und ideologischer Lager geprägt und kommt daher bei weitem als am häufigsten gebräuchliche Metapher für die Weltausstellung vor.

Bemerkenswert ist vor allem, dass sowohl verschiedene Bürgerinitiativen, die Grünen als auch die FPÖ dieselbe Metaphorik verwenden. So findet sich etwa in einem Schreiben der *Initiative für Heimat und Umwelt* aus dem Jahr 1988, in welchem eine Volksabstimmung zur Weltausstellung gefordert wurde, der Ausdruck *Monsterveranstaltung*, als Synonym für die geplante EXPO '95.¹²⁴

Auch in der Mitschrift zur Pressekonferenz der Bürgerinitiative gegen Donau(ALP)traum vom 15.2.1991 im Cafe Landtmann wird als rhetorische Verstärkung der ablehnenden Haltung gegenüber der Weltausstellung eben diese Metapher verwendet: „Entgegen den Rathauspolitikern werden wir (...) weiter für die Interessen der Bewohner dieser Stadt eintreten und versuchen, dieses *Monsterprojekt* zu verhindern.“¹²⁵

Neben den meist politisch links ausgerichteten Bürgerinitiativen verwendeten auch die Wiener Grünen die Monsternetapher, um gegen die Weltausstellung Stimmung zu machen. So lautet etwa der Titel eines im November 1988 publizierten Schreibens „Wider die Monster im Donauraum! Ein Grün-Alternatives Manifest zur Zukunft Wiens.“¹²⁶ Bereits im Titel befindet sich der Vergleich mit Ungeheuern. Daneben wird die EXPO '95 auch im Hauptteil des Textes als *Monstervorhaben* bezeichnet. Inhaltlich bemerkenswert ist, dass hier bereits im November 1988 eine Volksbefragung zu Weltausstellung UND Staustufe gefordert wurde.

Auch in einem wenige Monate davor von den *Grünen Donaustadt* verfassten Artikel mit dem auf das Thema der Weltausstellung anspielenden Titel „Krücken in die Zukunft-WOZU?“¹²⁷ wird die EXPO '95 als *Monsterprojekt* bezeichnet.

Wie bereits festgehalten, bediente sich auch die FPÖ mehrfach derselben Wortwahl wie die Grünen. Die beiden Parteien, die ansonsten darauf bedacht

¹²³ Vgl.: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Monster> (Stand 20.9.2015)

¹²⁴ Vgl.: *Initiative für Heimat und Umwelt*, Resolution zur Weltausstellung. 8.11.1988

¹²⁵ Vgl.: *Bürgerinitiative gegen Donau(ALP)traum*, Pressekonferenz Cafe Landtmann, 15.2.1991

¹²⁶ Vgl.: Grüne Alternative (Grüne) (Hrsg.): *Wider die Monster im Donauraum! Ein Grün-Alternatives Manifest zur Zukunft Wiens*. Wien, November 1988

¹²⁷ Vgl.: *Grüne Donaustadt – Zeitung der Grünen Alternative (Grüne) Bezirksgruppe Donaustadt*, *Krücken in die Zukunft-WOZU?* September/Okttober 1988, S.3

sind, so weit voneinander entfernte Standpunkte wie nur irgendwie möglich zu vertreten, sind sich in Bezug auf die EXPO'95 plötzlich einig. Exemplarisch verdeutlichen lässt sich dieses Kuriosum eben etwa durch die Analyse der Parteibroschüren und – plakate. So könnte der Satz „Sie werden ein klares Nein zum *Monsterspektakel* EXPO sagen“¹²⁸ auf einem Flyer der Grünen ebenso wie auf in einer Informationsbroschüre zur Volksbefragung, verfasst und gedruckt von der Wiener Freiheitlichen Zeitung, stehen.

Die Frage, wer die Monster-Metapher zuerst verwendete, lässt sich zumindest zwischen diesen beiden Parteien sehr leicht beantworten. Die Grüne Alternative - und dieser politischen Bewegung nahe stehende Bürgerinitiativen - druckte, wie bereits angeführt, schon im Jahr 1988 Artikel gegen die Weltausstellung, in denen immer wieder von einem *Monsterprojekt* oder –*spektakel* zu lesen ist. Aus dieser Zeit gibt es von der FPÖ noch keine Gegenstimmen zur EXPO und daher auch noch keine Vergleiche mit Monstern oder anderen Ungeheuern. Erklärbar unter anderem durch den von der FPÖ mitgetragenen, einstimmigen Gemeinderatsbeschluss für die Bewerbung um eine gemeinsame Weltausstellung mit Ungarn im Jahr 1995.

9.1.1.2. Das Prestigeprojekt

Ein absolutes Lieblingswort der Freiheitlichen Partei in Bezug auf die EXPO'95 war im Vorfeld der Volksbefragung *Prestige*. So wurden im Zuge des wahlkampfähnlichen Werbens gegen die Weltausstellung verschiedene Substantivkomposita damit gebildet. Das sprachliche Spektrum reichte von *Prestige-Politikern*¹²⁹, denen ausreichendes Demokratieverständnis abgesprochen wurde, bis hin zur fast schon banal und einfallslos anmutenden Formulierung *Prestigeprojekt*¹³⁰

Weniger vielleicht die Wortwahl, aber der Vorwurf, dass einige Stadtpolitiker aus Eigeninteresse und von purem Egoismus getrieben, die Pläne für die EXPO'95 vorantreiben wollten, entstammt ebenso wie die Monster-Metapher dem Gedankengut und der Argumentation der Grünen Alternative und ihr nahestehenden Bürgerinitiativen – wie bereits oben etwa anhand von Denkmal-Vorwürfen gegenüber Hans Mayr angeführt wurde.

¹²⁸ Vgl.: Wiener Freie Zeitung 4E/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung)

¹²⁹ Vgl. u.a.: Wiener Freie Zeitung 4E/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung)

¹³⁰ Vgl.: Wiener Freie Zeitung 3/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung)

Dieser Vorwurf wurde auch in einer Informationsbroschüre der FPÖ zur Volksbefragung formuliert. Nach Meinung der Freiheitlichen würden die Wienerinnen und Wiener mit den „Politikern, denen es nur noch um ihr *Prestige* geht“ zwischen 14. und 16. Mai 1991 abrechnen, es ansonsten die Stadtbevölkerung wäre, die die „*Zeche dieses Spektakels*“¹³¹ zu zahlen hätte.

9.1.2. EXPO-Metaphern in Printmedien

9.1.2.1. Die Trägerrakete

Im Dezember 1990 prägte die damalige Wiener Kulturstadträtin Ursula Pasterk von der SPÖ im Zusammenhang mit der Ergebnispräsentation der einjährigen Tätigkeit des Weltausstellungs-Kulturbeirats den Begriff der *Trägerrakete EXPO*¹³².

Gemeint war ein durch die Weltausstellung ausgelöster erhoffter Aufschwung des kulturellen Treibens in der Bundeshauptstadt.

Die Trägerraketen-Metapher wurde unter anderem auch nach dem negativen Ausgang der Volksbefragung von Erhard Busek – zu diesem Zeitpunkt Wissenschaftsminister – wieder aufgegriffen: „Wir werden die Trägerrakete wechseln müssen.“¹³³ Anstatt der geplanten Weltausstellung 1995 sollte nun die Jahrtausendwende als neuer Antrieb für das Wiener Kulturleben dienen.

9.1.2.2. Die Eintrittskarte

Obwohl durch den Fall des Eisernen Vorhangs und die damit einhergehende Öffnung in Richtung Osteuropa der ursprüngliche Gedanke der EXPO '95 als Brücke zwischen zwei politischen Systemen, zwischen Ost und West zu dienen, obsolet wurde, war dennoch klar, dass die enge Zusammenarbeit mit Österreich für Ungarn eine große politische, wirtschaftliche und kulturelle Hilfe darstellen würde. Daher wurde die Weltausstellung als „*Eintrittskarte von Budapest ins Europahaus*“¹³⁴ bezeichnet. Damit einher ging die Befürchtung, dass dieses Ticket unter Umständen zu teuer für beide Seiten werden könnte.

¹³¹ Ebd.

¹³² Vgl.: *Der Standard*, Expo: Das Drei-Millionen-Papier. Wiens Kulturbeirat zieht Bilanz. 13.12.1990, S.12

¹³³ Vgl.: *Der Standard*, Millennium als neue Kultur-Trägerrakete. 18./19./20.5.1991, S.10

¹³⁴ Vgl.: *Der Standard*, Budapest: Visionen und Realitäten. 28.3.1991, S. 23

Geäußert wurden diese Bedenken von Béla Greskovits, dem Berater des damaligen Budapester Bürgermeisters Gabor Demsky, die beide als EXPO-Skeptiker galten und eine andere Form der Kooperation zwischen Wien und Budapest als „zukunftssträchtiger“¹³⁵ erachteten.

9.2. Metaphern zu Hans Mayr

Hans Mayr, ein Urgestein der Wiener Sozialdemokraten, war seit 1963 Abgeordneter zum Wiener Landtag und Mitglied des Wiener Gemeinderates. Seit 1973 fungierte er als amtsführender Stadtrat und von 1984 bis 1994 bekleidete er das Amt des Landeshauptmann-Stellvertreter und Vizebürgermeisters von Wien.¹³⁶

Schon alleine aufgrund seiner langen politischen Erfahrung war er im Vorfeld der Weltausstellungsplanung zu einer wahren Autorität in der Wiener Kommunalpolitik aufgestiegen, an der, was wichtige und wegweisende Entscheidungen betraf, kein Weg vorbeiführte. In Bezug auf die EXPO wurde er im Laufe der Vorbereitungszeit zu einer Art Gallionsfigur. Über keinen anderen österreichischen Politiker wurde in Verbindung mit diesem Thema so ausführlich berichtet. Daher scheint die Analyse der medialen Darstellung des Vizebürgermeisters und seiner Vorgehensweise im Vorfeld der EXPO-Volksbefragung für diese Arbeit nicht unwesentlich.

9.2.1. Die Vaterfigur

In Bezug auf den Wiener Vizebürgermeister Hans Mayr wird in der umfangreichen EXPO-Berichterstattung über Jahre hinweg das Bild eines fürsorglichen, aber zugleich auch patriarchalisch – strengen Familienoberhauptes gezeichnet, das die Familie, also das Projekt Weltausstellung 1995 unbedingt zusammenhalten möchte. So war in verschiedenen Medien immer wieder vom *EXPO-Vater*¹³⁷ Hans Mayr die Rede. Besonders deutlich wurde dies etwa in Bezug auf die Wankelmütigkeit des

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01118/index.shtml#tab-Ueberblick (Stand 26.8.2015)

¹³⁷ Vgl. u.a.: *Der Standard*, Die EXPO war tot – es lebe die EXPO. 16./17.3.1991, S.6

ungarischen Partners in den Medien ausgeschlachtet. Immer wieder war die Rede davon, dass Budapest doch nicht die Weltausstellung gemeinsam mit Wien austragen würde. Im Standard war daraufhin zu lesen, dass sich „das Stiefkind Budapest zeitweilig als *störrischer Balg*“¹³⁸ erwiesen hätte.

Indirekt lässt die Wahl der Metaphern bei der Berichterstattung in Bezug auf das gemeinsame Weltausstellungsprojekt darauf schließen, dass Wien, vertreten vor allem durch Vizebürgermeister Hans Mayr, das Familienoberhaupt und somit tonangebend war, während Budapest als rebellierender Teenager mit zahllosen plötzlichen Stimmungsumschwüngen und radikalen Meinungsänderungen erst wieder zurück in die rechten Bahnen geleitet werden musste.

Die Stiefkind-Metapher kann zusätzlich als ungeliebtes, nicht abzulegendes Übel gedeutet werden, ohne das die Familie nicht existieren würde, welches aber dennoch eher geduldet als geliebt wird.

Neben dem Stiefkind Budapest findet sich auch ein *Lieblingskind*¹³⁹ in der medial-inszenierten Familienmetaphorik rund um Hans Mayr, nämlich die Nachnutzung des EXPO-Geländes. Dieses Thema lag dem Wiener Vizebürgermeister besonders am Herzen und wurde von eben diesem immer wieder auf den Tisch gebracht und forciert. Etwa wurde er in der *Kronen Zeitung* zu diesem Thema im Oktober 1988 wie folgt zitiert. „Es darf keine *Wegwerf-Weltausstellung* geben.“¹⁴⁰

Ein weiterer Titel für Vizebürgermeister Mayr aus dem Sprachfeld Familie, geht auf die Anfänge, oder besser auf die Geburtsstunde der EXPO-Idee zurück, nämlich jener des *Ziehvaters*¹⁴¹. Da der damalige Wiener Stadtrat Jörg Mauthe sich selbst als Ideengeber für eine Weltausstellung in Wien bezeichnete, wurde sie vor allem dann nach dessen frühen Tod von Hans Mayr als fürsorglichen Ziehvater großgezogen. Welche machtvolle Position der Vizebürgermeister über Jahrzehnte hinweg in Wien inne hatte, wird auch gerade in Bezug auf die Expo-Geburtsstunde aus der Sicht der Tageszeitung *Der Standard* deutlich: „(...) – dann war Mauthe aber gleich mit Erhard Busek zum „gefährlichen“ Mayr

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Vgl.: *Der Standard*, Befragung zu Expo und Staustufe. 26.3.1991, S.7

¹⁴⁰ Vgl.: *Kronen Zeitung*, Nach Parteieneinigung fiel jetzt der Startschuß für die EXPO in Wien!, 11.10.1988, S.13

¹⁴¹ Vgl.: *Der Standard*, „Mayr Domus“ hat noch nicht „ausgeschäumt“. 18./19./20.5.1991

gepilgert, um diese Vision realisieren zu können.“¹⁴² Allein die Tatsache, dass zwei ÖVP-Politiker als erste Anlaufstelle für die Berichterstattung über eine doch revolutionäre Idee, den SPÖ-Vizebürgermeister wählen, lässt die machtvolle Position Hans Mayrs erahnen. In diesem Textauszug könnte man aufgrund der Verwendung des Ausdrucks *pilgern* anstatt des üblicherweise gebräuchlichen *gehen* oder *eilen* sogar noch einen Schritt weiter gehen und eine Deutung in Richtung Hans Mayr als gottähnliche Figur oder als Messias der Wiener Stadtpolitik wagen.

Zusammenfassend kann in Bezug auf die Familien-Metaphorik auffällig oft Hans Mayr als Vaterfigur dargestellt wurde, was auf eine einflussreiche Position in der Wiener Stadtpolitik und besonders auf jene innerhalb des EXPO-Projekts schließen lässt.

9.2.2. Weitere metaphorische Vergleiche

Wie bereits erwähnt, gehörte Hans Mayr neben Jörg Mauthe und Erhard Busek zu den Mitentwicklern der EXPO-Idee. Daher wurde er auch im Dezember 1988 im *Kurier* als *SPÖ-Widerpart* zum *Profi-Visionär* der ÖVP, Erhard Busek bezeichnet.¹⁴³ Nach dem frühen Tod Mauthes waren es diese beiden, die immer wieder neue Ideen und Visionen, wie man Wien im Zuge der EXPO fit für die Zukunft machen könnte, entwickelten.

Eine weitere Bezeichnung für Hans Mayr, die einmal mehr seine einflussreiche Position unterstreichen sollte, ist *Mayr Domus*¹⁴⁴. Dies ist eine Abwandlung des lateinischen Begriffs *maior domus*. Die im Deutschen als Hausmeier bekannte mittelalterliche Berufsbezeichnung scheint in Bezug auf Hans Mayr vor allem deshalb sehr treffend, da der frühmittelalterliche *maior domus* ursprünglich „nur“ das Amt des Hofverwalters inne hatte, später jedoch immer mehr Macht bekam, bis hin zum Leiter der Regierungsgeschäfte.¹⁴⁵

Bemerkenswert ist, dass diese auf Hans Mayr abgewandelte Bezeichnung vor allem nach der Bekanntgabe des Ergebnisses der Volksbefragung in den

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ Vgl.: *Kurier*, Eine „Tunnel-City“ als Wahrzeichen für die EXPO. 8.12.1988

¹⁴⁴ Vgl.: *Der Standard* „Mayr Domus“ hat noch nicht „ausgeschäumt“. 18./19./20.5. 1991

¹⁴⁵ <http://www.rechtslexikon.net/d/hausmeier/hausmeier.htm> (Stand 25.8.2015)

Medien eingesetzt wurde. Im Gegensatz zum damaligen Wiener ÖVP-Obmann Heinrich Wille hat es Hans Mayr also offensichtlich geschafft, trotz der Teilniederlage bei der Volksbefragung und des totalen Versagens in Bezug auf die Weltausstellung, weder seine politische Position noch seine Reputation zu verlieren.

Ende März 1991, als die Volksbefragung zur Weltausstellung bereits fixiert war, wurde Hans Mayr in einem Artikel der Tageszeitung *Der Standard* als *Expo-Protagonist* und *starker Mann*¹⁴⁶ der Wiener SPÖ bezeichnet. Beiden Ausdrücken kann man einen gewissen Zynismus nicht absprechen. Vor allem der Vergleich mit einer Hauptfigur eines Romans oder Theaterstücks, lässt zumindest erahnen, wie sehr die Berichterstattung über die EXPO zu diesem Zeitpunkt bereits ins Lächerliche gezogen wurde. Die zahlreichen Meinungsumschwünge in Ungarn aber auch die Unstimmigkeiten zwischen ÖVP und SPÖ in Wien, hinterließen ihre medialen Spuren.

Ein weiterer Vergleich, der aus der Sprache des Theaters entlehnt scheint, findet sich Anfang Mai 1991, also nur wenige Tage vor Beginn der Volksbefragung im *profil*. Im Zusammenhang mit der Diskussion in wieweit Volksbefragungen für parteipolitische Zwecke genützt werden sollen oder dürfen, ist zu lesen, dass Hans Mayr *den Unschuldigen spielt*.¹⁴⁷

9.3. Budapest und die EXPO-Zweifel

Vom gemeinsamen offiziellen Ansuchen von Wien und Budapest beim B.I.E. für die EXPO'95 im Mai 1988, einer Willenserklärungen beider Regierungen im November desselben Jahres bis hin zur Vergabe der Weltausstellung an die beiden Donaumetropolen am 14. Dezember 1989 lief die Zusammenarbeit weitgehend reibungslos ab. Direkt nach der Entscheidung für Wien und Budapest meinte der höchst erfreute letzte kommunistische Budapester Bürgermeister Jozsef Bielek auch auf die gemeinsame historische Vergangenheit anspielend: „Dies ist einer der wenigen Momente, wo

¹⁴⁶ Vgl.: *Der Standard*, Volksbefragung über die Weltausstellung ist sicher. 25.3.1991, S.8

¹⁴⁷ Vgl.: *profil*, „Abgewürgt“. Nr.19/ 6.5.1991, S.38

Österreich und Ungarn gemeinsam gewonnen haben. Bisher haben wir viel geredet, jetzt müssen wir viel arbeiten.“¹⁴⁸

Zu berücksichtigen ist, dass die Entscheidung des B.I.E. vom Dezember 1989 noch vor dem politischen Umbruch in Ungarn fiel. Entscheidend ist dies vor allem deshalb, da zu diesem Zeitpunkt noch dreiviertel der Abgeordneten des ungarischen Parlaments aus dem kommunistischen Lager kamen, wohingegen bereits damals die wenigen Demokraten in der Opposition den Weltausstellungsplänen skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden.

Die großen EXPO-Zweifel der ungarischen Verantwortlichen, vor allem jene der Budapester Stadtregierung, der seit Ende Oktober 1990 der liberale Gábor Demszky als Bürgermeister vorstand, wurden dann geballt ab Herbst 1990 geäußert. Dieses Zögern und Zaudern führte so weit, dass es am 14. Dezember 1990 nur zu einer vorbehaltlichen Registrierung der EXPO'95 durch das Weltausstellungsbüro in Paris kam. Diese bis dahin einzigartige Entscheidung des B.I.E. ließ Wien und Budapest eine Hintertür offen. Man würde sich noch ohne größere Probleme gegen die Abhaltung einer EXPO im eigenen Land entscheiden können. Damit wurden die Bitten des Budapester Bürgermeisters erfüllt, keine bindenden Verpflichtungen einzugehen.

Als Hauptgrund für die reservierte Haltung Budapests wurde die unsichere Finanzierung der Großveranstaltung angegeben. Im Standard war mehrfach von einem möglichen *Abspringen*¹⁴⁹ Ungarns zu lesen, aber gleichzeitig auch von einer möglichen „Solo-Expo“¹⁵⁰ in Wien.

Im Jänner 1991 schließlich wurde der *Ton* immer *rauer*. Österreichs Wissenschaftsminister Busek forderte die Stadt Budapest auf, sich bis April 1991 zu einer klaren Entscheidung *durchzuringen* und dann auch dabei zu bleiben.¹⁵¹ Im Februar 1991 begann Wiens Vizebürgermeister Hans Mayr sich „mit einem möglichen *Absprung*“¹⁵² Ungarns abzufinden, wenn nicht sogar anzufrunden.

Die Kehrtwende in Ungarn kam dann zu einer Zeit, als es im Wiener EXPO-Umfeld zu rumoren begann. (siehe 9.4.)

¹⁴⁸ Vgl.: *Kronen Zeitung*, EXPO wird ein Fest für Frieden und Freiheit! 15.12.1989, S.16

¹⁴⁹ Vgl.: u.a. *Der Standard*, Expo registriert: Wiener Alleingang möglich. 13.12.1990, S.8

¹⁵⁰ Vgl.: *Der Standard*, „Solo-Expo“ in Wien: Positive Pariser Haltung. 11.12.1990, S.8

¹⁵¹ Vgl.: *Der Standard*, Weltausstellung 1995: Budapest denkt und Österreich drängt. 22.1.1991, S.8

¹⁵² Vgl.: *Der Standard*, Expo-Wien mit Geld aus aller Welt. 18.2.1991, S.7

9.3.1. Die EXPO war tot – es lebe die EXPO¹⁵³

In Anlehnung an den aus dem Französischen stammenden Ruf *Le roi est mort, vive le roi!*, der den Tod des alten und die Thronbesteigung des neuen Monarchen bedeutete und allgemein als Zeichen für Kontinuität gilt, titelte der Standard in seiner Wochenendausgabe vom 16. und 17. März 1991. Konkret ging es um die Kehrtwende in Ungarn, wonach nun alles auf eine EXPO-Teilnahme des östlichen Nachbarn Österreichs hindeutete. Da hieß es etwa: „Noch vor ein paar Monaten war die Weltausstellung Wien-Budapest so gut wie *gestorben*. Jetzt ist das Großprojekt nicht einmal mehr *rekonvaleszent*, sondern erfreut sich offenbar wieder *besten Gesundheit*.“¹⁵⁴

Nur wenige Wochen später, Anfang Mai 1991, stimmten die Abgeordneten der Budapester Stadtregierung allerdings wiederum gegen die EXPO, was von einigen Beobachtern aber als taktisches Manöver abgetan wurde, um die ungarische Regierung unter Druck zu setzen und so mehr Geld vom Staat für die Weltausstellung zu bekommen.

9.4. März 1991 – Eintritt in die heiße Phase

Neben dem Beschluss zur Abhaltung einer Volksbefragung bezüglich EXPO, stand im März 1991 vor allem der ehemalige SPÖ- Politiker Günther Sallaberger im Zentrum der EXPO-Berichterstattung. Seine Nominierung durch die Sozialdemokraten für eine leitende Position in der EXPO-AG, sorgte bei der ÖVP für großen Unmut und brachte die sonst zumindest öffentlich demonstrierte Einigkeit der beiden Großparteien beim Thema Weltausstellung gehörig ins Wanken.

9.4.1. Die Causa Günther Sallaberger

Günther Sallaberger wurde im Sommer 1988 Zentralsekretär der SPÖ und war auch Präsident des Wiener Landtags. Nachdem allerdings publik wurde, dass er neben seinem Gehalt auch bei den Aufwandsentschädigungen einen 13.

¹⁵³ Vgl.: *Der Standard*, Die EXPO war tot – es lebe die EXPO“, 16./17.3.1991, S.6

¹⁵⁴ Ebd.

Anteil einstreifte, „eine Art Urlaubs – oder Weihnachtsentschädigung“¹⁵⁵, wie im *profil* zu lesen war, endete seine Politikerkarriere nach etwa einem halben Jahr im Amt abrupt.

Konkret stieß man sich in der ÖVP also daran, dass der wegen angeblicher Schwarzgeldbezüge aus dem Amt geschiedene, nun bei der EXPO-AG wieder in führender Position tätig werden sollte. Neben der gerechtfertigten Befürchtung, dass diese Personalentscheidung kein gutes Licht auf die EXPO-Organisation werfen würde, war wohl auch ein zweiter Grund für die allzu abweisende Haltung der ÖVP, dass man dieses Amt auch gerne durch eine der eigenen Partei nahestehenden Person besetzt gewusst hätte.

9.4.1.1. Metaphern in Bezug auf die Causa Günther Sallaberger

Der Standard berichtet etwa davon, dass sich bezüglich Günther Sallaberger Unstimmigkeiten zwischen dem Wiener ÖVP-Chef Heinrich Wille und dem SP-Vizebürgermeister Hans Mayr *entzündeten*.¹⁵⁶

Die geplante Besetzung Günther Sallabergers als EXPO-Direktor wurde auch als *Bühne für Politiker-Comeback*¹⁵⁷ bezeichnet.

In der Kronen Zeitung ist von einem *Wirbel* rund um die EXPO zu lesen, sogar davon, dass die ÖVP mit einem *Ausstieg* aus dem gemeinsamen Projekt *droht*. Auch von *Protest* und *ausscheren* ist die Rede.¹⁵⁸

Besondere Aufmerksamkeit schenkt diesem Thema auch das Wochenmagazin *profil*, das Ende 1988 maßgeblich am Aufdecken der Schwarzgeldaffäre beteiligt war. Schon die Überschrift des Artikels über die geplante Installation Günther Sallabergers birgt eine mehr oder weniger versteckte Botschaft: *Sallaberger ante portas* – eine bekannte Warnung vor einer drohenden Gefahr, die ihren Ursprung in den Schriften des römischen Autors Marcus Tullius Cicero hat und auf den zweiten Punischen Krieg zurückgeht, als der karthagische Feldherr Hannibal bis vor die Tore Roms herangekommen war. Weiters wird etwas davon berichtet, dass es im Umfeld der EXPO *rumort*. Günther Sallaberger wird als *gestrauchelter* Parteifreund von Hans Mayr eingeführt, der vom Vizebürgermeister in den Vorstandssitz der EXPO-Vienna

¹⁵⁵ <http://www.profil.at/oesterreich/25-jahren-der-fall-sallaberger-370179> (Stand 29.7.2015)

¹⁵⁶ Vgl.: *Der Standard*, VP-Wille gegen Sallaberger als neuen EXPO-Direktor. 8.3.1991, S.5

¹⁵⁷ Vgl.: *Der Standard*, Bühne für Politiker-Comeback. 16./17.3.1991, S.6

¹⁵⁸ Vgl.: *Kronen Zeitung*, Wirbel um EXPO: Wiener VP droht mit Ausstieg. 19.3.1991, S.13

AG *gehievt* werden soll. Ebenso ist von *Wellen, die überschwappen, Gesichtsbädern*, die Günther Sallaberger bereits im EXPO-Gebäude genommen hat und von einem *dumpfen Gefühl* des Bürgermeisters Helmut Zilk, der auch als *Mann mit dem G'spür*¹⁵⁹ bezeichnet wird, dass die Einsetzung Günther Sallabergers als Vorstandsdirektor „nicht eben imagefördernd wirkt“, zu lesen.¹⁶⁰

Als klar war, welche medialen Wellen dieses Thema schlug, machte Hans Mayr einen *öffentlichen Kniefall*, wie sich Alfred Worm in seinem bereits zitierten profil-Artikel *Wien, wie es leibt und lebt*, ausdrückte. Gemeint sind eine völlige Abkehr von Günther Sallaberger und vor allem das Lügenmärchen, dass dieser nie sein Wunschkandidat gewesen sei.

Nutznieser all dieser Querelen rund um die Besetzung des Vorstandes der EXPO-AG waren ganz klar die Wiener Freiheitlichen, die „im *Windschatten* dieser Turbulenzen“ bereits „genüsslich“ zum Wiener Kommunalwahlkampf *rüsteten*.¹⁶¹

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass quer durch alle Printmedien ein breiter Konsens bezüglich der Berichterstattung rund um die Causa Günther Sallaberger bestand. In sämtlichen darüber verfassten Artikeln finden sich Anspielungen auf drohendes Unheil, beziehungsweise einen anschwellenden Konflikt zwischen SPÖ und ÖVP.

Auch wenn in manchen Passagen das Thema ins Lächerliche gezogen wird, so ist doch ein deutlicher und vor allem folgenschwerer Riss zwischen SPÖ und ÖVP in Bezug auf die Weltausstellung 1995 nicht von der Hand zu weisen. Diese Entwicklung spielte natürlich vor allem, wie bereits angedeutet, der FPÖ in die Karten, die mit dem Beschluss der Abhaltung einer Volksbefragung einen ersten Teilerfolg verbuchen konnte.

9.4.2. Beschluss der Volksbefragung

Ende März 1991 wurde die Volksbefragung zur EXPO in Verbindung mit der Frage zur Errichtung des Kraftwerks Freudenau, vom Gemeinderat

¹⁵⁹ Vgl.: *profil*, Wien, wie es leibt und lebt. 14/1991, S.46

¹⁶⁰ Vgl.: *profil*, Sallaberger ante portas..10/1991, S.26

¹⁶¹ Vgl.: Ebd.

beschlossen. Vor allem die FPÖ konnte diese Entwicklung als Erfolg verbuchen. Heinrich Wille von der Wiener ÖVP hingegen, brachte durch seine rasanten Meinungsumschwünge die Partei gehörig in Erklärungsnot. Dies wiederum freute die SPÖ und machte den anfänglichen Ärger über die Befragung fast wieder wett.

9.4.2.1. Das EXPO - Wetter

Der *Standard* fasste die Meinungen und Emotionen der einzelnen Parteien über die endgültige Entscheidung, eine Volksbefragung zum Thema EXPO '95 abzuhalten, in seiner Ausgabe vom 26. März 1991 mit einem „*politischen Wetter* zur Volksbefragung“ wie folgt zusammen: „SPÖ *sonnig*, ÖVP *bewölkt*, FPÖ *heiter*.“¹⁶² Diese Wetteraussichten spiegeln die oben angeführten Positionen und Äußerungen vor allem der Parteiobmänner wider.

Etwa zur gleichen Zeit, als in Wien alles auf eine Volksbefragung zur EXPO hinauslief, änderte sich die Großwetterlage über Ungarn massiv: „So, wie es derzeit aussieht, schlägt das Klima in Ungarn eher zugunsten einer EXPO um(...)“¹⁶³

9.4.2.2. Der Befragungswalzer

Die Umstände, wie der Wiener Gemeinderat dann doch zu der Entscheidung gelangt ist, eine Volksbefragung durchzuführen, werden in einem Artikel des *Standard* sehr passend mit einem österreichischen Kulturgut, nämlich dem Walzertanz, verglichen:

*„Sie tanzen. Ein dem Opernball würdiger Walzer ist es, den die Wiener Rathaus-Altherren aufs Parkett legen: Rumpeln, Zehensteigen, links herum, rechts herum, vorwärts, rückwärts, - je nachdem, wo gerade ein Platzerl zum Ausweichen frei ist. (...) Es ist wie beim Walzer: Zu starkes Drehen erzeugt Schwindel und bringt einiges im Organismus durcheinander. Manche derart überdrehte Tänzer kommen dann ins Schleudern.“*¹⁶⁴

Der Walzer gilt als einer der schwierigsten Standardtänze, dennoch glauben die meisten Österreicherinnen und Österreicher ihn zu beherrschen. Ähnlich ist es mit der Politik. Ein guter und vor allem standhafter Politiker zu sein, ist schwierig

¹⁶² Vgl.: *Der Standard*, Befragung zu Expo und Staustufe. 26.3.1991, S.7

¹⁶³ Vgl.: *profil*, Wien, wie es leibt und lebt. 14/1991, S.44

¹⁶⁴ Vgl.: *Der Standard*, Befragungswalzer. 26.3.1991, S.24

und selten, trotzdem gibt es viele die meinen, gute Politik zu machen. Soweit zur allgemeinen Ausgangslage.

Wer mit den *Wiener Rathaus-Altherren* gemeint ist, scheint klar: Bürgermeister Helmut Zilk, vor allem aber Vizebürgermeister Hans Mayr und VP-Obmann Heinrich Wille. Die stärksten Drehungen und wildesten Tanzschritte vollzog zweifelsohne Heinrich Wille, der seine Kehrtwendung von seinem ursprünglichen, noch am 14. Februar 1991 öffentlich geäußerten Standpunkt, eine Volksbefragung sei „unnötig“ und „wenig sinnvoll, weil die Zeit drängt“¹⁶⁵, in Richtung Volksbefragungsbefürwortung etwas zu schnell machte und dadurch gehörig *ins Schleudern kam*. Als Gründe für die plötzliche Meinungsänderung gab man in der ÖVP vor allem die geplante Einsetzung Günther Sallabergers als EXPO- Vorstandsdirektor und den möglichen Bau einer „Entlastungsstraße“¹⁶⁶ im Donaupark an.

Während die FPÖ weiter Unterschriften für eine Befragung des Volkes sammelte, beschleunigte nun die Volkspartei die Diskussion und wollte bereits am 18.März 1991 in der Gemeinderatssitzung den Antrag für eine Volksbefragung stellen. Die SPÖ signalisierte schon im Vorfeld ihre Zustimmung, mit der Begründung, der „große Konsens zur Weltausstellung“¹⁶⁷ sei durch die aktuellen Entscheidungen der ÖVP nicht mehr gegeben. In der *Kronen Zeitung* war in diesem Zusammenhang von einem *Wackelkurs* der ÖVP die Rede, der „die EXPO-Koalition mit der SPÖ *ins Wanken* brachte“¹⁶⁸, zu lesen.

Bürgermeister Helmut Zilk sah demnach das Einlenken der Sozialdemokraten nicht als Kurskorrektur an, sondern als logische Konsequenz und Reaktion auf die ÖVP- Entscheidung. FPÖ-Obmann Erwin Hirnschall sah die Entscheidung für eine Abstimmung als einen Erfolg der Freiheitlichen an: „Unter dem Druck von 45 000 Bürger-Unterschriften ist die Wiener VP *zerbrösel*.“¹⁶⁹ Ob die Wiener FPÖ allerdings die erforderlichen 56 000 Unterstützungserklärungen für die Volksbefragung zusammenbekommen hätte, die notwendig gewesen

¹⁶⁵ Vgl.: *profil*, Wien, wie es leibt und lebt.14/1991, S.44

¹⁶⁶ Vgl.: *Der Standard*, Volksbefragung über Weltausstellung sicher. 25.3.1991, S.8

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Vgl.: *Kronen Zeitung*, Vom 14. Bis 16. Mai stimmen die Wiener über EXPO und Staustufe ab. 26.3.1991, S.13

¹⁶⁹ Ebd.

wären, um eine solche einleiten zu können, bleibt fraglich. Daher profitierte die FPÖ umso mehr vom Kurswechsel der ÖVP.

Auch die Wochenzeitschrift *profil* verwendete für das Verhalten des Wiener VP-Obmanns einen ähnlichen metaphorischen Vergleich, wie die beiden Tageszeitungen. Der politische „Kurs“ des Heinrich Wille bezüglich EXPO '95 wurde mit *Torkelbewegungen*¹⁷⁰ verglichen. Auch hier ist der Profiteur dieses Handelns klar auszumachen:

*„Erwin Hirnschalls FPÖ lacht sich ins Fäustchen: Die Rathaus-SPÖ und – ÖVP vor bevorstehenden Kommunalwahlen zu spalten und beide Parteien zur Totaländerung ihrer bisherigen Politlinie und zum Plebiszit zu zwingen ist ein fast historischer Erfolg.“*¹⁷¹

Im Unterschied zu *Standard* und *Kronen Zeitung*, wird im *profil*-Artikel nicht nur auf die unmittelbaren Konsequenzen für die einzelnen Parteien und Politiker hingewiesen, sondern explizit ein Ausblick auf die bevorstehende Wiener Gemeinderatswahl im Herbst 1991 gegeben und das Vorgehen der FPÖ in Bezug auf die EXPO-Volksbefragung, als gut durchdachte Maßnahme für den bald folgenden Wahlkampf interpretiert.

Außerdem beschrieb Alfred Worm in seinem bereits mehrfach zitierten Artikel *Wien, wie es leibt und lebt* die prekäre Lage, in der sich Heinrich Wille befand – ebenfalls sehr metaphorisch – genauer:

*„Heinrich Wille, umgeben von einigen Scharfmachern in der Wiener Parteizentrale, allen voran seinem Parteisekretär Anton Fürst, sah sich angesichts der freiheitlichen Anti-EXPO-Aktivitäten einem enormen Druck ausgesetzt: IN der ÖVP quetschte ihn der ÖAAB (der ÖVP-intern immer schon gegen die EXPO gearbeitet hatte, Anm.), außerhalb presste ihn die FPÖ.“*¹⁷²

Man kann also davon ausgehen, dass zu diesem Zeitpunkt die Position des Wiener ÖVP-Obmannes nicht gerade der angenehmste Job war und daher sollte man wohl einige der etwas ungeschickt wirkenden Aussagen und Meinungsumschwünge des Heinrich Wille in Relation zum Vorgehen hinter den Rathausmauern sehen.

Außerdem legte Heinrich Wille ebenfalls im März 1991 sein Amt als

¹⁷⁰ Vgl.: *profil*, Wien, wie es leibt und lebt. 14/1991, S.44

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Ebd.

Aufsichtsratsmitglied der EXPO Vienna AG zurück, was als ein erster Schritt seines persönlichen Abschieds von der Weltausstellung gedeutet werden kann.

Zusammenfassend kann dennoch festgehalten werden, dass sowohl in der Berichterstattung der Tageszeitungen *Der Standard* und *Kronen Zeitung*, als auch in jener der Wochenzeitschrift *profil* das Vorgehen der ÖVP in Bezug auf die Einleitung der Volksbefragung im März 1991 am meisten beleuchtet und gleichzeitig am negativsten dargestellt wurde. In allen drei verglichenen Printmedien wurden zwar unterschiedliche Metaphern verwendet, überall jedoch wollte man aber vor allem das Straucheln der Partei rund um Obmann Heinrich Wille skizzieren.

10. Agenda Setting – ein Analyseansatz

Die Gründe für das Scheitern der EXPO-Befürworter an der Volksbefragung sind vielschichtig und werden am Ende dieser Arbeit nochmals einzeln aufgeschlüsselt werden. Einen möglichen Erklärungsansatz vor allem in Bezug auf die mediale Berichterstattung kann der Agenda-Setting-Ansatz bieten.

Die Kernthese dieses zu Beginn der Arbeit bereits kurz angerissenen Analysebereichs der Medienwirkungsforschung ist jene, dass „die Medien nicht so sehr bestimmen, was das Publikum denkt, sondern vielmehr definieren, worüber das Publikum überhaupt nachdenken soll.“¹⁷³ Diese von Bernhard C. Cohen 1963 aufgestellte Behauptung kann als Grundlage für die bereits erwähnte Forschungsarbeit von Maxwell E. McCombs und Donald L. Shaw gelten.

Zentral für den Agenda-Setting Ansatz ist die Wahl der Tagesordnungspunkte¹⁷⁴ auf drei verschiedenen Ebenen, die in einer Wechselwirkung zueinander stehen und einander beeinflussen:

- Media-Agenda-Setting (Tagesordnung der Medien)
- Policy- Agenda –Setting (Tagesordnung des politischen Lebens)
- Public- Agenda-Setting (Tagesordnung der Öffentlichkeit)

Diese drei Ebenen werden auch als soziale Systeme innerhalb der Gesellschaft bezeichnet.¹⁷⁵

10.1. Agenda Setting in Österreich

Im politischen System Österreichs werden die Erkenntnisse des Agenda-Setting-Ansatzes immer wieder aktiv in die Medienarbeit der einzelnen Parteien eingebaut. Die Steuerung der Themen auf der gesellschaftlichen Tagesordnung machte sich schon der auch als „Medienkanzler“ in die Geschichtsbücher eingegangene Bruno Kreisky, von 1970 bis 1983 Bundeskanzler der Republik

¹⁷³ Vgl.: Schranz, Harry: Agenda Setting. In: Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffek, Karl A. (Hg.): Mediendemokratie Österreich. Wien/Köln/Weimar. Böhlau Verlag 2007, S.211

¹⁷⁴ Agenda = Tagesordnung

¹⁷⁵ Vgl.: Eichhorn (2005), S.100

Österreich, zunutze. Vor allem in den von ihm in die österreichische Medienlandschaft eingeführten TV-Konfrontationen verstand er es, „einzelne Methoden eines modernen Themenmanagements“¹⁷⁶ einzusetzen.

Besonders vor großen Wahlen wird bei den politischen Parteien in die Trickkiste gegriffen, um sich medial möglichst gut zu verkaufen, vor allem aber um erst einmal überhaupt die Aufmerksamkeit der Medien und damit in weiterer Folge jene der Öffentlichkeit zu bekommen. Die österreichischen Politikerinnen und Politiker sind von den Journalistinnen und Journalisten ebenso abhängig, wie auch umgekehrt. Diese Tatsache unterstreicht die These, dass die drei genannten Ebenen des Agenda-Setting-Ansatzes in einer ständigen Wechselwirkung zueinander stehen.

Harry Schranz äußert in seinem bereits mehrfach zitierten Beitrag zu Agenda-Setting in Österreich die These, dass „Themensetting“ auf Landesebene häufiger betrieben wird, als auf Bundesebene, was er auf die föderalistische Struktur Österreichs zurückführt, die immer das Wohl des Landes vor jenes des Bundes stellt.¹⁷⁷ Daher kann auf jeden Fall grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass auch in der Phase vor der Volksbefragung 1991 Agenda-Setting auf allen bereits genannten Ebenen - lokal begrenzt auf den Großraum Wien - betrieben wurde.

10.2. Policy- Agenda Setting

Die übergeordneten Ziele des professionellen Agenda Settings sind die „systematische Medienpräsenz“ und die „systematische Präsenz der hilfreichen Themen“. Dazu nennt Harry Schranz zwei stützende Säulen: nämlich „umfassende Meinungsforschung“ und „umfassende Medienanalyse“.¹⁷⁸

Wenn man diese Erkenntnisse auf das konkrete Beispiel der Kampagnen der einzelnen Parteien zur bevorstehenden Volksbefragung im Frühjahr 1991 ummünzt, wird man rasch zu möglichen Erklärungen für das Scheitern der

¹⁷⁶ Vgl.: Schranz (2007), S.214

¹⁷⁷ Ebd. S.215

¹⁷⁸ Ebd. S.216

sogenannten Großparteien und ihrem gemeinsamen Ziel, der Weltausstellung 1995, kommen.

10.2.1. Meinungsforschung

Die für richtig gesetztes Themensetting so wichtige Säule der Meinungsforschung kann als ein entscheidender Faktor genannt werden, der maßgeblichen Anteil am Zusammenbruch der EXPO-Vision hatte.

Wie bereits oben erläutert vergab die EXPO-Vienna AG mehrere Aufträge für Umfragen zur Stimmungslage der Österreicherinnen und Österreicher bezüglich der geplanten EXPO'95 an renommierte Meinungsforschungsinstitute wie TRICONSLUT und IFES. Dies lässt auch darauf schließen, dass das Team für Öffentlichkeitsarbeit der EXPO-Vienna AG unter der Leitung von Wolfgang Streitenberger aktiv Agenda- Setting betreiben wollte.

So wurde etwa noch im April 1991 in den von der EXPO-Vienna AG publizierten EXPO NEXS 95 über Ergebnisse von Umfragen oben genannter Institute berichtet:

„80% haben von der Expo gehört, 63% beurteilen die Veranstaltung als „sehr gut“ oder „gut“, 58% wollen schon jetzt, vier Jahre vor dem Eröffnungstag die Weltausstellung in Wien besuchen. Ein in Hinblick auf die geplante Volksbefragung in Wien bemerkenswertes Ergebnis.“¹⁷⁹

Durch diese Befragungsergebnisse wogen sich sowohl die EXPO-Vienna AG als auch SPÖ und ÖVP bezüglich der bevorstehenden Volksbefragung in Sicherheit.

Wenn man davon ausgeht, dass die EXPO-Vienna AG in ihren NEWS aktuelle und vor allem authentische Befragungsergebnisse veröffentlicht, was leider nicht überprüft werden kann, da die Unterlagen dazu nicht vorliegen, ist das Ergebnis umso erstaunlicher, vergleicht man die Daten mit jenen der vorhergehenden TRICONSLUT-Umfragen zum Thema Weltausstellung 1995 von Dezember 1989 beziehungsweise März 1990.¹⁸⁰ Die Erhebungen unter

¹⁷⁹ Vgl.: EXPO NEWS 95, 4/91

¹⁸⁰ Vgl.: TRICONSLUT. Wirtschaftsanalytische Forschung Gesellschaft m.b.H. Projekt-Nr.: 9502/90: EXPO Wien-Budapest '95. Medienberichterstattung und Einstellungsänderungen. Berichtband. Wien: März 1990, S.9

den Wienerinnen und Wienern ergaben nämlich folgende Bewertungen der EXPO'95:

	„Sehr gut“	„Gut“	„Sehr gut“ oder „Gut“
Dezember 1989	42%	35%	77%
März 1990	32%	38%	70%
März 1991	-	-	63%

Auch wenn ein genaues Umfrageergebnis für März 1991 nicht vorliegt, so kann davon ausgegangen werden, dass die Bewertung „sehr gut“ weiterhin rückläufig war und man deshalb bei der EXPO Vienna AG die Bewertungen addiert hat, um ein einigermaßen positives Ergebnis vorlegen zu können. Dass aber gerade diese Beschönigung der Umfrageergebnisse einen negativen Einfluss auf die Volksbefragung hatte, liegt auf der Hand. So fühlten sich die EXPO-Gegner mehr motiviert, zur Befragung zu gehen und das Ergebnis zu drehen und die Befürworter wiederum blieben eher zu Hause, da das Resultat vonseiten der EXPO Vienna AG schon im Vorfeld ohnedies als eindeutig dargestellt wurde. Indirekt spielte man also mit der Veröffentlichung dieser Zahlen wenige Wochen vor der Volksbefragung anderen in die Karten und ruhte sich selbst auf de facto nicht vorhandenen Lorbeeren aus.

10.2.2. Medienanalyse

Als zweite Säule des politischen Agenda-Setting gilt die Medienanalyse. Daher ist es auch wenig verwunderlich, dass in von der EXPO-Vienna AG beauftragten Meinungsforschungsberichten ganze Kapitel dem Thema Medienberichterstattung gewidmet sind. In der bereits zitierten TRICONSLT-Studie von März 1990 etwa, wird Agenda-Setting angewandt. Es werden Aspekte aufgelistet, die von Wienerinnen und Wienern positiv oder negativ zum Thema EXPO'95 in den Medien wahrgenommen wurden. Die Gewichtung hielt sich in etwa die Waage. Wesentliche positive Aspekte der Berichterstattung über die Weltausstellung, die den Befragten in Erinnerung blieben, waren etwa Schlagwörter wie Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, Wirtschaft, Fremdenverkehr und Völkerverbindung. Im Zentrum der Negativberichte

standen wiederum die Frage der Finanzierbarkeit und der Unsicherheitsfaktor Ungarn.¹⁸¹

Dass ausgerechnet in der Ausgabe der EXPO NEWS 95 vom April 1991 nochmals auf die beiden Themen, die in der Erhebung von März 1990 beim Publikum am negativsten wahrgenommen wurden, eingegangen wird, scheint daher eher Kalkül als Zufall zu sein.

So wird gleich im Editorial betont, dass „die Geschäftsführung der EXPO-VIENNA AG [...] die Weltausstellung privatwirtschaftlich zu finanzieren hat“¹⁸². Diese Formulierung war wohl ein Versuch, subtil darauf hinzuweisen, dass die vielen Sorgen und Diskussionen, ob und in welcher Höhe Steuergelder die Finanzierung der Weltausstellung stemmen sollten, unbegründet waren und die EXPO-Vienna AG diese Frage gelöst habe und dies daher kein Grund mehr war, bei der bevorstehenden Volksbefragung gegen die EXPO'95 zu stimmen. Das zweite negative Thema, das in der TRICONCONSULT-Analyse von 1990 das negative Meinungsklima zur geplanten Weltausstellung dominierte, war die Unentschlossenheit des ungarischen Partners. In den EXPO NEWS 95 wurde wenige Wochen vor der Befragung der Wienerinnen und Wiener mit allen Mitteln versucht, eine positive Stimmung zu verbreiten. Zwar gab es zu dieser Zeit in Ungarn tatsächlich ein Umdenken zugunsten der EXPO'95, doch entschieden hatte man sich noch nicht endgültig. Im bereits zitierten, von den beiden Vorstandsmitgliedern der EXPO-Vienna AG Sigmund Krämer und Gerhard Feltl verfassten Editorial zur Ausgabe von April 1991 wurde ausführlich darüber berichtet:

*„Wir gehen auch davon aus, dass Budapest an der gemeinsamen Weltausstellung festhält – in dieser Ausgabe der „Expo News“ wird auch vom erfreulichen Stimmungswandel in Ungarn berichtet. Aus guten Gründen sind wir daher optimistisch und sehen der bevorstehenden Volksbefragung und einer positiven Entscheidung zugunsten der Expo'95 mit Zuversicht entgegen.“*¹⁸³

¹⁸¹ Vgl.: TRICONCONSULT. Wirtschaftsanalytische Forschung Gesellschaft m.b.H. Projekt-Nr.: 9502/90: EXPO Wien-Budapest '95. Medienberichterstattung und Einstellungsänderungen. Berichtband. Wien: März 1990, S.13

¹⁸² Vgl.: EXPO NEWS 95, 4/91

¹⁸³ Vgl.: EXPO NEWS 95, 4/91

In gewisser Weise wird mit diesen Schlussworten der Vorstandsmitglieder der positive Ausgang der Volksbefragung mit einer fixen Zusage der Ungarn verknüpft.

Auch die parteiunabhängige und daher objektivere mediale Berichterstattung machte Anfang April 1991 immer wieder die Trendwende in Ungarn zum Thema. So berichtete etwa der Standard von einem Treffen zwischen dem damaligen Budapester Bürgermeister Gábor Demszky und Österreichs Außenminister Alois Mock. Interessant dabei war vor allem, dass in Ungarn die Wiener Volksbefragung thematisiert wurde und somit Österreich wieder für Verunsicherung beim östlichen Nachbarn sorgte, in einem Moment, in dem sich dort alles zum Positiven wenden sollte. Alois Mock betonte zwar, dass diese Befragung „in keiner Weise eine Distanzierung vom Expo-Projekt“¹⁸⁴ bedeutete, was allerdings wohl eher wenig überzeugend war.

¹⁸⁴ Vgl.: *Der Standard*, Budapester Trendwende bei Expo. 8.4.1991, S.4

11. Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

Im abschließenden Teil der Arbeit sollen nun, auf Grundlage der eingangs formulierten forschungsleitenden Fragestellungen, die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und somit die Gründe für das Scheitern des Weltausstellungsprojektes nochmals systematisch angeführt werden.

11.1. Politische und mediale Grundeinstellungen

Die Anfänge der EXPO-Überlegungen Mitte der 1980er Jahre und die darauffolgende politische und mediale Resonanz waren auf den ersten Blick weitestgehend positiv, fast schon euphorisch. Da hochrangige Wiener Stadtpolitiker der beiden großen Parteien die Weltausstellungsidee trugen und erweiterten, schien schnell ein überparteilicher Konsens zwischen SPÖ und ÖVP gefunden. Die dritte damals im Wiener Landtag vertretene Partei, die FPÖ unterstützte zwar ebenfalls den dadurch am 17. Oktober 1988 einstimmig im Gemeinderat gefassten Beschluss, dennoch kann man den Zeitungsinterviews und Kommentaren der damaligen blauen Stadtpolitiker eine gewisse Skepsis entnehmen.¹⁸⁵

Die Grünen, damals noch nicht in der Wiener Stadtpolitik vertreten, machten mithilfe verschiedener Vereine und Bürgerinitiativen von Beginn an gegen die EXPO-Pläne mobil. Waren die Sorgen und Bedenken der FPÖ eher finanzieller Natur, lag der Fokus der Kritik bei den Grünen eindeutig auf großflächiger Verbauung und der Entstehung einer 2. City zu Lasten des Erholungsgebietes beim Donaupark.

Sowohl bei den Grünen als auch in der FPÖ wurden früh Stimmen laut, die eine Befragung der Wiener Bevölkerung zu den Plänen der Stadtpolitik forderten.

Bezüglich der Frage, ob einzelne Persönlichkeiten die Vorbereitungen zur EXPO '95 positiv oder negativ beeinflussen konnten, müssen vor allem zwei Namen genannt werden: einerseits SPÖ-Vizebürgermeister Hans Mayr und andererseits Erhard Busek von der ÖVP, der im Laufe der EXPO-

¹⁸⁵ Vgl.: *Kronen Zeitung*, Nach Parteieneinigung fiel jetzt Startschuß für EXPO in Wien! 11.10.1988, S.13

Vorbereitungen verschiedene Ämter sowohl auf Landes- als später auch auf Bundesebene bekleidete. Nach dem frühen Tod des Ideengebers Jörg Mauthe waren es diese beiden Politiker, die den Expo-Gedanken weiterentwickelten und forcierten.

Auf den ersten Blick hatten sie beide dasselbe Ziel: eine Großveranstaltung zu organisieren, die Österreich wieder zurück in den Fokus der Weltöffentlichkeit bringen soll. Wenn man allerdings die Motive genauer untersucht, wird schnell klar, dass die Erwartungshaltungen doch sehr auseinanderklafften. Erhard Busek, der gerne auch als Visionär und glühender Europäer beschrieben wurde und wird, sah in der Weltausstellung und vor allem in der damit verbundenen Kooperation mit Ungarn eine Chance, das Gefälle zwischen West- und Osteuropa zu verringern und wieder auf einen gemeinsamen europäischen Weg zu kommen.

Hans Mayr wiederum war mit Leib und Seele Wiener Kommunalpolitiker und legte seinen Fokus daher auf eine positive Stadtentwicklung Wiens mithilfe der geplanten EXPO'95. So ist es wenig verwunderlich, dass sein Hauptaugenmerk auf der Standortfrage und in weiterer Folge auf der Nachnutzung des EXPO-Geländes lag.

Die mediale Berichterstattung in dieser ersten Phase der Planung und Vorbereitung war, wie im Verlauf der Arbeit bereits analysiert wurde, ebenfalls durchwegs positiv und noch etwas ausführlicher als in den folgenden Jahren bis zur Volksbefragung 1991.

Eindeutige meinungsbildende Tendenzen konnten um das Jahr 1988 herum noch nicht ausgemacht werden. Die Mehrheit der österreichischen Printmedien mit größerer Reichweite, berichtete eher neutral über das bevorstehende Großereignis. Die Euphorie blieb aber, die Zahl und Länge der zum Thema gedruckten Artikel, überschaubar.

11.2. Konkrete stimmungsbeeinflussende Ereignisse

Die Frage, ob ein bestimmtes Ereignis die Stimmung bezüglich EXPO'95 nachhaltig negativ beeinflussen konnte, kann nicht eindeutig beantwortet werden.

Einerseits bedeutete natürlich der Umbruch im Osten einen nicht unbedingt positiven Wendepunkt für die zu diesem Zeitpunkt bereits voll angelaufenen EXPO-Vorbereitungen und vor allem das ausgegebene Thema „Brücken in die Zukunft“ verlor dadurch stark an Aussagekraft, andererseits waren für den negativen Ausgang der fast zwei Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs abgehaltenen Volksbefragung in Wien einige andere innenpolitische Ereignisse und Themen dominierend.

11.2.1. Der Fall des Eisernen Vorhangs

Mit der Öffnung in Richtung Osteuropa kam es auch zu einer Änderung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Menschen mit geringer Ausbildung fürchteten, durch billigere Arbeitskräfte aus dem Osten ersetzt zu werden. Des Weiteren wurde ein Anstieg der Kriminalität kolportiert. Beide Ängste entstammen vor allem Bevölkerungsschichten mit einem höheren Wählerpotential für die FPÖ. Die Zuwanderung aus dem Osten war allerdings kein Hirngespinnst der Blauen, sondern kann auch durch Zahlen belegt werden. So wuchs die „österreichische Wohnbevölkerung“ allein in den ersten beiden Jahren nach der Ostöffnung, also 1989 und 1990 um 180 000 Personen an.¹⁸⁶

Die Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt waren allerdings in dieser ersten Phase unmittelbar nach der Öffnung keineswegs negativ und werden wie folgt beschrieben:

„Die österreichische Wirtschaftsentwicklung zwischen 1989 und 1991 verlief äußerst positiv und war mit hohen Beschäftigungsgewinnen verbunden, insbesondere erhöhte sich der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung von rund 5,5% auf 9%. Ursachen waren sowohl gestiegene Beschäftigungschancen aufgrund der Expansion der Exporte nach Deutschland und Osteuropa als auch die von den politischen Reformbewegungen in Ost- und Südosteuropa ausgelösten Abwanderungen, die zum Anstieg der Asylwerber und Flüchtlinge in Österreich führten.“¹⁸⁷

Dass die positive Stimmung in der österreichischen Bevölkerung allerdings enden wollend war, erkannte auch die EXPO VIENNA AG und beauftragte daher im Jahr 1990 eine Studie zum Thema Ausländerfeindlichkeit, die oben bereits thematisiert wurde. Mit dem politischen Umbruch im Osten einher ging

¹⁸⁶ Vgl.: <http://www-ruw.wu-wien.ac.at/SEMINAR.WS95/Arbeitsmarkt.html> (Stand 2.2.2016)

¹⁸⁷ Ebd.

der rasante Aufstieg der FPÖ. Wie eine Studie von Ruht Picker, Brigitte Salfinger und Eva Zeglovits belegt, begann die Partei ab Beginn der 1990er Jahre verstärkt Ängste zu schüren, etwa gegen AusländerInnen.¹⁸⁸ Durch diese neue Strategie, gewann man mit einem Mal die Sympathie vieler Wählerinnen und Wähler, was sicherlich nicht unentscheidend für das weitere Vorgehen in Bezug auf die Wiener Volksbefragung war. Die FPÖ konnte offensiver und siegessicherer für eine solche Befragung eintreten und werben, die ja den Blauen vor allem als Stimmungstest für die bevorstehende Gemeinderatswahl im Herbst 1991 dienen sollte.

Die Strategie der FPÖ sollte sich als genialer Schachzug erweisen, da einerseits die lange geforderte Volksbefragung abgehalten wurde und auch noch im Sinne der Freiheitlichen ausfiel und andererseits konnte die FPÖ aufgrund der hohen Verluste von SPÖ und ÖVP ihre Wählerstimmen von 9,7 Prozent bei den Gemeinderatswahlen 1987 im Jahr 1991 mehr als verdoppeln und hielt nun in Wien bei 22,5 Prozentpunkten.¹⁸⁹

11.2.2. Die vorbehaltliche Registrierung

Da erstmals in der langen Geschichte der Weltausstellungen vonseiten des B.I.E. einer solchen vorbehaltlichen Registrierung zugestimmt wurde, konnten sich sowohl Österreich als auch Ungarn eine Hintertür bezüglich der tatsächlichen Form der Durchführung offen lassen. Eine Folge dieser Vereinbarung war etwa, dass auf beiden Seiten immer wieder Rückzugsgedanken gehegt wurden. Dieses Zaudern und Zögern wirkte erstens nicht sehr professionell und ließ außerdem das Vertrauen der Bevölkerung in die Organisatoren dieses Großprojektes schrumpfen.

¹⁸⁸Vgl.: Picker, Ruth ; Salfinger, Brigitte ; Zeglovits, Eva: Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der Empirischen Wahlforschung : eine Langzeitanalyse (1986-2004). In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2004), S. 263-279. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssaar-60666> (Stand 2.2.2016)

¹⁸⁹Vgl.: <https://web.archive.org/web/20070112000541/http://wien.gv.at/statistik/daten/pdf/grstimmenanteil.pdf> (Stand 12.2.2016)

11.2.3. Die Standortdiskussion

Zu Beginn der EXPO-Überlegungen waren einige Standorte in Wien im Gespräch, wie etwa das Nordbahnhofgelände, das Museumsquartier oder eben der dann beschlossene Austragungsort am Donaupark in der Donaustadt. Diese Entscheidung erhitze die Gemüter und führte zur Gründung einiger Bürgerinitiativen, die zum einen das Erholungsgebiet in Gefahr sahen und zum anderen das Entstehen einer zweiten City befürchteten und daher mit allen Mitteln dagegen protestierten. Vor allem den Grünen nahestehende Gruppierungen sahen es als ihre Pflicht an, die Natur zu verteidigen. Die Bevölkerung des 22. Wiener Gemeindebezirks, speziell jene des betroffenen Viertels Kaisermühlen, war rasch Teil der Protestbewegung. Auch wenn schlussendlich dieser Aspekt wohl nicht entscheidend für das negative Votum der Wienerinnen und Wiener war, so kann man durch diese Entwicklungen doch von einem Riss in der positiven Fassade der Weltausstellungspläne ausgehen und damit verbunden den Bürgerinitiativen einen gewissen Einfluss auf das Befragungsergebnis nicht absprechen.

11.2.4. Wohnen und Verkehr

Neben der Angst vor Ausländern oder vor dem Fremden allgemein, waren es vor allem alltägliche Sorgen aus der unmittelbaren Lebenswelt der Wienerinnen und Wiener, die von der Stadtpolitik nicht ernst genug genommen wurden, oder sogar indirekt verstärkt wurden. So war ein Steigen der Wohnungspreise infolge der Expo nicht von der Hand zu weisen, ebenso musste mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen während der Großveranstaltung gerechnet werden. Dass gerade in Bezug auf das Thema Verkehr ein riesiger Fehler passierte, wurde an anderer Stelle bereits erwähnt. Die Eröffnung einer Baustelle auf der Reichsbrücke ausgerechnet am ersten Abstimmungstag, verbunden mit anderen Straßenausbesserungen an Nordbrücke und Ringstraße¹⁹⁰, kann getrost als politisches Eigentor bezeichnet werden. Dass für die Stadtbevölkerung dadurch ohnehin zu wenig propagierte wirtschaftliche Vorteile

¹⁹⁰ Vgl.: *profil*, Wien im Eck?, 21/1991, S.19

in den Hintergrund rückten und vor allem Unentschlossene nun eher gegen eine Weltausstellung in Wien stimmten, war die logische Folge.

11.2.5. (Personal-) Politische Fehlentscheidungen

Im Laufe der Vorbereitungszeit bis hin zum Scheitern der Expo '95 gab es einige Entscheidungen vonseiten politischer Verantwortungsträgern, die im Nachhinein betrachtet, als mitentscheidend für das negative Votum der Wiener Stadtbevölkerung waren. So war etwa die Bestellung des ehemaligen SPÖ-Politikers Günther Sallabergers eine Fehlentscheidung mit weitläufigen Auswirkungen. In erster Linie verärgerte man damit die ÖVP. Des Weiteren war diese Personalentscheidung ein gefundenes Fressen für die Medien. Genüsslich konnte man die Causa Sallaberger nochmals aufrollen und schlagzeilenträchtig zeigen, wie korrupt Österreichs Politiker agieren können. Nicht außer Acht lassen darf man auch, dass durch diese Entscheidung Anfang März 1991, also kurz vor dem fixen Beschluss eine Volksbefragung abzuhalten, auch EXPO-Gegnern ein Argument gegen die Weltausstellung auf dem Silbertablett serviert wurde.

Eine ebenfalls im März 1991 getroffene Entscheidung kann als Fehler in Bezug auf das Abstimmungsergebnis angesehen werden: nämlich jene des Wiener ÖVP-Chefs Heinrich Wille, eine von der FPÖ vehement geforderte Volksbefragung zu unterstützen. Dadurch war erst der Weg geebnet und wenig später zog auch die SPÖ nach und trat für eine Befragung des Volkes ein.

11.3. Medien und Politik im Kampf um die Meinungsführerschaft

In erster Linie muss man sich bewusst machen, dass über weite Strecken der EXPO-Vorbereitungen das Thema weder in den Medien noch in der Politik eine zentrale Rolle spielte. Zu einzelnen wichtigen Entscheidungen, wie etwa der Registrierung beim B.I.E wurde von beiden Seiten eher kurz und vor allem neutral berichtet. Interessanter und vor allem emotionaler waren die

Diskussionen rund um die Standortfrage, die vor allem von linksgerichteten politischen Gruppierungen als Bühne genutzt wurden.

Spätestens mit dem Fall des Eisernen Vorhangs witterte dann die FPÖ ihre Chance und in Hinblick auf die Gemeinderatswahlen 1991 wurde dann mit immer mehr Nachdruck eine Volksbefragung über die Abhaltung einer Weltausstellung gefordert. Die meisten Medien berichteten zwar über dieses Ansinnen, ernst wurde es aber sowohl auf politischer als auch auf medialer Seite erst mit dem endgültigen Beschluss. Von März bis Mai 1991 nahmen die Menge und vor allem auch die Länge der EXPO-Berichterstattung in den untersuchten Printmedien zu. Weiterhin wurde allerdings in keinem der hier analysierten Printmedien eindeutig Partei ergriffen.

Erst nach Ende der Volksbefragung, als das negative Ergebnis fix war, erreichte die mediale Berichterstattung zu diesem Thema ihren Höhepunkt. Sowohl in der *Kronen Zeitung* als auch im *profil* schaffte es das nun gescheiterte Weltausstellungsprojekt erstmals auf die Titelseite. Auch wurde den Leserinnen und Lesern nun vor Augen geführt, welche Vorteile eine solche Veranstaltung gehabt hätte und was die Politiker falsch gemacht hätten. Wenn darüber eine Woche vor der Volksbefragung in dieser Intensität und mit ähnlichem Inhalt berichtet worden wäre, wer weiß wie die Befragung ausgegangen wäre.

Einzig *Der Standard* berichtete kontinuierlich und ausführlich über den jeweiligen Stand der Vorbereitungen und zeigte seinen Leserinnen und Lesern auch deutlich vor allem wirtschaftliche Vorteile für Österreich bei der Ausrichtung einer solchen Großveranstaltung auf. Da aber die große Mehrheit der Wiener Stadtbevölkerung andere (Print-)Medien konsumier(t)en, blieben diese Argumente weitgehend unbekannt.

So kann abschließend festgehalten werden, da es keinen Sieger aus diesem eigentlich nicht sehr leidenschaftlich ausgetragenen Kampf um die Meinungsführerschaft gibt. Zumindest nicht, wenn man Medien und Politik einander gegenüberstellt. Die Printmedien haben ihren potentiellen gesellschaftlichen Einfluss nicht genutzt und die Politik scheiterte vor allem daran, zu wenig positive Werbung für die EXPO '95 gemacht zu haben.

Als Sieger geht eindeutig die FPÖ hervor, die ein jahrelanges Ansinnen, nämlich die Abhaltung der Volksbefragung durchgebracht hatte und dabei auch noch das erwünschte Ergebnis erreicht hatte. Diese Partei schaffte es außerdem am Demonstrationsbeispiel Weltausstellung die Angst vor Fremdem in der Bevölkerung zu streuen und so kann diese Volksbefragung als erste Etappe des steilen Aufstiegs der Freiheitlichen Partei in den darauffolgenden Jahren angesehen werden.

12. Resümee

Die Gründe für das Scheitern des Großprojektes EXPO'95 sind – wie in dieser Arbeit versucht wurde aufzuzeigen – vielschichtig und können in einer abschließenden Betrachtung in drei Ebene unterteilt werden:

Auf europäischer Ebene kann als Schlüsselereignis oder besser als erster Vorbote der Absage, der Fall des Eisernen Vorhangs genannt werden. Dadurch verlor nicht nur das Thema an Bedeutung, sondern das gesamte Twin-City-Konzept war plötzlich nicht mehr aktuell. Dazu kam, dass in beiden Ländern nun die EXPO-Zweifler größeres Gehör fanden, was in einer vorbehaltlichen Registrierung mündete. Diese Entwicklung traf vor allem die österreichischen EXPO-Planer hart, da man die Illusion begraben musste, als Mittler zwischen Ost und West wieder eine bedeutendere Rolle in Europa einnehmen zu können.

Auf einer weiteren Ebene kann man den Fokus auf Österreich legen. Neben den bereits genannten geänderten Rahmenbedingungen waren es hier innenpolitische Veränderungen, die sich direkt oder indirekt auf das Ergebnis der Volksbefragung auswirkten. Neben der Entwicklung der Grünen Alternative zu einer seriösen Partei war vor allem das Erstarken der FPÖ ein zentraler Grund für das negative Votum. Die Freiheitlichen verstanden es geschickt, die Volksbefragung als Stimmungsbarometer für die bevorstehende Landtagswahl zu nutzen.

Auf einer dritten, kommunalen Ebene können die personalpolitischen Fehlentscheidungen in Wien genannt werden. Außerdem darf man nicht außer Acht lassen, dass einzelne Stadtpolitiker durchaus bestrebt waren, die Weltausstellung zu nutzen, um sich ihren Platz in den Geschichtsbüchern zu sichern.

Durch diese Vielzahl an Intentionen und Motiven sich für oder gegen die EXPO'95 stark zu machen, verlor man neben den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung auch die politischen Gegner aus den Augen. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass man die Strahlkraft der Argumentation der FPÖ auf die Wienerinnen und Wiener unterschätzt hatte, wurde man schließlich vom Befragungsausgang überrascht.

13. Literaturverzeichnis

13.1. Primärquellen

13.1.1. Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Der Standard*, EXPO 1995: Architektur-Visionen. 1.4.1989
Der Standard, 2.11.1990
Der Standard, Expo-Zweifel: Budapest und das Provisorium. 10.12.1990
Der Standard, „Solo-Expo“ in Wien: Positive Pariser Haltung. 11.12.1990
Der Standard, Expo: Das Drei-Millionen-Papier. Wiens Kulturbeirat zieht Bilanz. 13.12.1990
Der Standard, Expo registriert: Wiener Alleingang möglich. 13.12.1990
Der Standard, Brücken-Knick und Parteien-Trick. 31.12.1990
Der Standard, Weltausstellung 1995: Budapest denkt und Österreich drängt. 22.1.1991
Der Standard, Expo-Wien mit Geld aus aller Welt. 18.2.1991
Der Standard, VP-Wille gegen Sallaberger als neuen EXPO-Direktor. 8.3.1991
Der Standard, SCHWERpunkt. 16./17.3.1991
Der Standard, Die EXPO war tot – es lebe die EXPO. 16./17.3.1991
Der Standard, Bühne für Politiker-Comeback. 16./17.3.1991
Der Standard, Volksbefragung über die Weltausstellung ist sicher. 25.3.1991
Der Standard, Befragung zu Expo und Staustufe. 26.3.1991
Der Standard, Befragungswalzer. 26.3.1991
Der Standard, Budapest: Visionen und Realitäten. 28.3.1991
Der Standard, Budapester Trendwende bei Expo. 8.4.1991
Der Standard, JA zur EXPO...(Anzeige). 8./9.5.1991
Der Standard, JA zur EXPO...(Anzeige). 10.5.1991
Der Standard, Millenium als neue Kultur-Trägerrakete. 18./19./20.5.1991
Der Standard, „Mayr Domus“ hat noch nicht „ausgeschäumt“. 18./19./20.5.1991
- Kronen Zeitung*, Nach Parteieneinigung fiel jetzt der Startschuß für die EXPO in Wien! 11.10.1988
Kronen Zeitung, EXPO wird ein Fest für Frieden und Freiheit! 15.12.1989
Kronen Zeitung, Wirbel um EXPO: Wiener VP droht mit Ausstieg. 19.3.1991
Kronen Zeitung, Vom 14. Bis 16. Mai stimmen die Wiener über EXPO und Staustufe ab. 26.3.1991
Kronen Zeitung, JA zur EXPO...(Anzeige). 6.5.1991
Kronen Zeitung, JA zur EXPO...(Anzeige). 11.5.1991
Kronen Zeitung, JA zur EXPO...(Anzeige). 12.5.1991
Kronen Zeitung, JA zur EXPO...(Anzeige). 15.5.1991
Kronen Zeitung, EXPO in Wien ist gestorben! 17.5.1991
- Kurier*, Eine „Tunnel-City“ als Wahrzeichen für die EXPO. 8.12.1988
- Falter*, Ließ er schlagen eine Bruckn. 43/1988

profil, Sallaberger ante portas..10/1991
profil, Wien, wie es leibt und lebt. 14/1991
profil, „Kein Allheilmittel – aber ein Impuls“..18/1991
profil, „Abgewürgt“. 19/1991
profil, Der Wille zur Provinz? 21/1991
profil, Wien im Eck? 21/1991

Unser Wien Extra, Das sagt Wille. VI/91

EXPO NEWS 95, 3/91

EXPO NEWS 95, 4/91

13.1.2. Forschungsprojekte

Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften der Universität
Wien: *Forschungsprojekt Ausländerfeindlichkeit und nationale Identität*.
Endbericht über die erste Projektstufe. Auftraggeber: EXPO Vienna AG. Wien,
Februar 1991

TRICONSULT. Wirtschaftsanalytische Forschung Gesellschaft m.b.H. Projekt
9013/88: *Inhaltsanalyse der Berichterstattung über die Weltausstellung*. Wien:
Dezember 1988

TRICONSULT. Wirtschaftsanalytische Forschung Gesellschaft m.b.H. Projekt-
Nr.: 9501/90: *EXPO Wien-Budapest 1995. Wissen, Einstellungen,
Besuchsabsichten u. –motive. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung*.
Berichtband. Wien: Feber 1990

13.1.3. Politische Schriften

AKIN-aktuelle Informationen. Bewegung für Sozialismus (Hrsg.) 16/1991

Bürgerinitiative gegen Donau(alp)traum, Pressekonferenz Cafe Landtmann,
15.2.1991

Die Grüne Alternative (Hrsg.): GAZ Nr.1, Wien 1991
Die Grüne Alternative (Hrsg.): GAZ Nr.14 ,Wien 1991

Grüne Alternative (Grüne) (Hrsg.): *Wider die Monster im Donaauraum! Ein Grün-
Alternatives Manifest zur Zukunft Wiens*. Wien, November 1988

Initiative für Heimat und Umwelt, Resolution zur Weltausstellung, 8.11.1988

Schrage, Dieter: *Statt „Weltausstellung“ – Ökologiestadt: eine grüne Alternative*.
Wien, 8.Juni 1988

Zeitung der Grünen Alternative (Grüne) Bezirksgruppe Donaustadt, Hände weg vom Donaupark! Keine Weltausstellung im Erholungsgebiet.

September/Okttober 1988

Zeitung der Grünen Alternative (Grüne) Bezirksgruppe Donaustadt, Krücken in die Zukunft-WOZU?. September/Okttober 1988

Wiener Freie Zeitung 3/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien

(Postwurfsendung) *Wiener Freie Zeitung* 4E/1991 – Hrsg. FPÖ, Landesgruppe Wien (Postwurfsendung)

13.2. Sekundärliteratur

Bronner Oscar (Hrsg.): Medienkompendium. Medienwirtschaft 92. Daten und Berichte. In: *Der Standard Bibliothek*. Wien: Oscar Bronner Ges.m.b.H.1992, S.36

Busek, Erhard (Hrsg): *Vision. Brücken in die Zukunft*. Weltausstellung Wien-Budapest 1995. Edition Atelier: Wien 1989

Feltl, Gerhard, Semrau, Eugen: Von der Ambition zur Resignation. EXPO '95 – Ein österreichisches Schicksal. In: Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991*. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1992, S.689-710

Kohl, Andreas: Österreich und Europa im Annus mirabilis Europae 1989. In : Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989*. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1990, S.814

Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988*. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1989

Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989*. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1990

Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990*. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1991

Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991*. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1992

Kruse, Jan; Biesel, Kay; Schmieder, Christian: *Metaphernanalyse: Ein rekonstruktiver Ansatz*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2011, S.94-103

Lang, Alfred: Chronologie zur EXPO '95. In: Krajasits, Cornelia; Lang, Alfred (Hrsg.): *EXPO '95 – abgesagt! Ein dokumentarischer Rückblick zum Forschungstag 1990*. Burgenländische Forschungsgemeinschaft, Eisenstadt 1991

Lippmann, Walter: *Public Opinion*. New York: Harcourt, Brace, and Company 1922

Maurer, Marcus: *Agenda-Setting*. Baden-Baden. Nomos 2010

Mayr, Hans: EXPO 95 – Brücken in die Zukunft bauen. In: Horak, Kurt (Hrsg.): *Europa ist mehr als die EG. Jahrbuch 1990 des österreichischen Gewerkschaftsbundes*. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GesmbH 1989

Niedermair, Klaus: Metaphernanalyse. In: Hug, Theo (Hrsg.): *Einführung in die Forschungsmethodik und Forschungspraxis*. Hohengehren: Schneider 2001

Plassner, Fritz; Ulram, Peter, A.: „Die Ausländer kommen!“ Empirische Notizen zur Karriere eines Themas und der Bewusstseinslage „im Herzen Europas“. In: Khol, Andreas; Ofner Günther; Stirnemann, Alfred: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990*. Verlag für Geschichte und Politik/ R. Oldenbourg Verlag: Wien/München 1991, S.311-323

Schmitt, Rudolf: Versuch, die Ergebnisse von Metaphernanalysen nicht unzulässig zu generalisieren. In: *Zeitschrift für Qualitative Forschung* 1/2007, S.139

Schranz, Harry: Agenda Setting. In: Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffek, Karl A. (Hg.): *Mediendemokratie Österreich*. Wien/Köln/Weimar. Böhlau Verlag 2007, S.211

Potyka, Hugo: Standortwahl. In: Institut für Wirtschafts-und Sozialforschung (Hrsg.): *Offene Herausforderung. Perspektiven, Befunde, Positionen. Weltfachausstellung '95 Wien-Budapest*. transfer verlag 1989, S.33-54

Weiss, Walter: *Fremde im Land*: Quer durch alle politischen und sozialen Gruppen wird die „Ausländerfrage“ in Schulen, Familien, Betrieben und Massenmedien eifrig diskutiert und kommentiert. Ein „heißes Eisen“...(kurz&bündig) Wien: hpt-Verl.-Ges. 1990

13.3. Internetquellen

Eichhorn, Wolfgang: Agenda-Setting-Prozesse. Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierungen. München ²2005 (digitale Ausgabe),

URL: <http://epub.ub.uni-muenchen.de/archive/00000734/> (Stand 30.11.2014)

EXPO '95 in Wien und Budapest. Schlussbericht

http://austria-forum.org/attach/AEIOU/Weltausstellung_in_Wien/Schlussbericht.pdf
(Stand 26.11.2014)

Picker, Ruth; Salfinger, Brigitte ; Zeglovits, Eva: Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der Empirischen Wahlforschung : eine Langzeitanalyse (1986-2004). In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2004), S. 263-279. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-60666> (Stand 2.2.2016)

<http://www.bie-paris.org/site/en/> (Stand 22.11.2014)

<http://www.duden.de/rechtschreibung/Monster> (Stand 20.9.2015)

http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01118/index.shtml#tab-Ueberblick
(Stand 26.8.2015)

<http://www.rechtslexikon.net/d/hausmeier/hausmeier.htm> (Stand 25.8.2015)

<https://web.archive.org/web/20070112000541/http://wien.gv.at/statistik/daten/pdf/grstimmenanteil.pdf> (Stand 12.2.2016)

<http://www.profil.at/oesterreich/25-jahren-der-fall-sallaberger-370179> (Stand 29.7.2015)

<http://www-ruw.wu-wien.ac.at/SEMINAR.WS95/Arbeitsmarkt.html> (Stand 2.2.2016)

Anhang

Anhang 1

Anhang 1

5 Fragen an die EXPO

- 1 Im Gefolge der EXPO explodieren Mieten und Bodenpreise. Was profitieren Sie davon?
- 2 Mit der EXPO kommt das "Ritzengeschäft" mit Millionen Touristen aus den Nachbarländern. Was haben Sie davon?
- 3 Während der EXPO wird sich der Verkehr in einigen zentralen und EXPO-nahen Gebieten vervielfachen. Was bringt das Ihnen?
- 4 Mit der EXPO kriegen österreichische und japanische Bauspekulanten ein gewinnträchtiges Stück Grün in die Hand. Was nützt das Ihnen?
- 5 Und mit der EXPO setzen sich ein paar Politiker ein Denkmal, um das sich noch Generationen erinnern werden. Weil Bentzergasse, AKH, Konferenzzentrum und EBS ja noch nicht genug sind. Oder haben Sie genug?

- und an Sie!

Wenn schon 10 Milliarden ausgehen, dann für die WienerInnen:

- für mehr als 40.000 Wohnungsverträge, die keine "engen Verpfändungen" haben;
- für mehr als einhundert Objekte, denen nur noch die Parks und die U-Bahn-Stationen fehlen;
- für die Lösung des Müllproblems, damit nicht ganze Bezirke von Müllbergen, Müllparks und EBS umgeben werden;
- für Wohnräume, die jeden Tag ein Stückchen Platz haben, aber noch immer kein tolles vielfaches Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln bekommen;
- und für die Alpen in Laibach, die im Gang liegen bleiben, während sich die Gemeinderäte für milliardenschwere Drehbänke setzen;
- für die Lösung ständiger Grenzverweigerungen, die Mann für Mann verpfändet werden.

Anhang 2

Keine EXPO! Keine Zweite Wiener City!



Impressum:

**Komitee zur Verhinderung
der EXPO/2. Wiener City und
Förderung von Alternativen**
Postfach 159
1220 Wien

UnterstützerInnen:

Aktionsgruppe
Auge Wiener Bürgerinitiativen
Bl gegen Dornau (ap)traum
Paul Blau
Erich Brannhas
Franz Franke
Friedrun Huemer
IG Freie Theaterarbeit
Komm. f. Humanökologie der ÖAW
Frieda Meisner-Blau
Günther Nennig
Öster. Naturschutzbund-Wien/Hannes Minich
Öster. Naturschutzjugend
Öster. Ökologielehrstuhl
Fritz Oberholzer
Peter Pitz
Madeleine Petrovic
Jutta Sander
Hubert Schmiedbauer
Waltraud Stelschön
Georg Tostmann
Hannelore Weber/Müllplattform
Ilse Wengraf

1. Auflage
Zeichnung: Petra Franke
Konto: PSK 2110.132

Herstellerin: Die Brücke, 1010 Wien

WAS WIR WOLLEN:

- Viele wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Kleinprojekte mit unseren Nachbarländern
- Volksabstimmung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei allen Großbauprojekten
- Erhaltung der Erholungsgebiete und »Grünkeile« für die Wiener Bevölkerung
- Nutzung von tausenden leerstehenden Wohnungen
- Investitionen hauptsächlich für den öffentlichen Verkehr
- Vollständige Sanierung von Mülldeponien an Ort und Stelle

WIR WOLLEN EINE VOLKSBEFRAGUNG!

Anhang 3



Anhang 3

Vorteile für Wien durch die EXPO '95:

Durch die Weltausstellung entstehen Arbeitsplätze für tausende Wienerinnen und Wiener.

Der rasche Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel für die "autofreie" EXPO wird den Autoverkehr in ganz Wien spürbar entlasten.

Die Weltausstellung ist ausschließlich privat finanziert und wird dem Steuerzahler keinen Schilling kosten.

Im Anschluß an die Weltausstellung werden auf dem Gelände mindestens 1000 neue Wohnungen errichtet!

Die Weltausstellung bringt im Bereich der Donau neue Freizeiteinrichtungen und attraktive Einkaufsmöglichkeiten.

Die Weltausstellung wird umweltbewußt geplant: Ein Beweis dafür ist die vorbildliche Sanierung der Mülldeponie vor dem Konferenzzentrum.

Die Grünräume im Bereich Donaupark und Donauinsel werden nicht angetastet - im Gegenteil, sie werden vergrößert und aufgewertet.

Die Weltausstellung bringt uns sechs Monate lang das beste Kultur- und Unterhaltungsprogramm aus aller Welt direkt vor die Haustür!

Nützen Sie Ihre demokratischen Rechte - Ihre Stimme zählt!

Stimmlokale finden Sie unter anderem auch in vielen U-Bahn-Stationen!

Vergessen Sie nicht, Ihre Stimmkarte und einen Lichtbildausweis mitzunehmen!

WIENER VOLKSBEFRAGUNG 14.-16. Mai 1991

JA zur EXPO !

Verleger und Hersteller: EXPO-VIENNA Wiener Weltausstellungs-Aktiengesellschaft, Renngasse 1, 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort Wien

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der geplanten Weltausstellung 1995 in Wien und Budapest. Ziel ist es, die Gründe für das Scheitern der Pläne von österreichischer Seite zu benennen und im innenpolitischen Kontext zu verorten.

War die Idee Mitte der 1980er Jahre als innovativ und über Grenzen hinweg als Chance für Europa und eine verbesserte Beziehung zwischen West und Ost angesehen und gefeiert worden, wich nach Fall des Eisernen Vorhangs die anfängliche Euphorie einem parteipolitischen Kalkül auf Kommunalebene. Mithilfe der Metaphernanalyse und des Agenda-Setting Ansatzes soll die printmediale Berichterstattung zu diesem Thema untersucht werden. Im Zentrum der Analyse stehen die *Kronen Zeitung* und *Der Standard*, ergänzt durch einzelne Artikel aus den Zeitschriften *profil* und *Falter*. Weitere Primärquellen bilden verschieden politische Schriften, Meinungsforschungsprojekte von der Firma TRICONSLT und eine beauftragte Forschungsarbeit zum Thema Ausländerfeindlichkeit. Als Untersuchungszeitraum werden die Jahre 1988 bis 1991 festgelegt. Aufgezeigt werden soll vor allem die Vielfalt der Gründe, warum es zum Scheitern der Weltausstellungspläne kam, außerdem steht die Klärung der Frage, ob es einen Sieger im Kampf um die Meinungsführerschaft zwischen Medien und Politik gibt, beziehungsweise ob überhaupt von einem solchen gesprochen werden kann, im Zentrum dieser Arbeit.